Verordnung

des Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde (AVPfleWoqG)

A) Problem

Die Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde (AVPfleWoqG) konkretisiert die ordnungsrechtlichen Bestimmungen des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (PfleWoqG) und enthält Regelungen zur Weiterbildung zur Einrichtungsleitung, zur Pflegedienstleitung, zur gerontopsychiatrischen Pflege und Betreuung sowie zur Praxisanleitung. Der ordnungsrechtliche Teil bezieht sich insbesondere auf bauliche und personelle Mindestanforderungen und deren Befreiungs- und Abweichungsmöglichkeiten sowie Ausführungen zur Mitwirkung, Mitbestimmung und Teilhabe. Um das Wohl der Bewohnerinnen und Bewohner und den Gesundheitsschutz bestmöglich sicherzustellen sowie die Änderungen des am 01.08.2023 in Kraft getretenen Gesetzes zur Änderung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (GVBl. 2023 S. 431) fortzuführen, müssen die ordnungsrechtlichen Ausführungsbestimmungen an die veränderten Lebenswirklichkeiten und Gegebenheiten in der Praxis angepasst werden. Rechtlich veränderte Rahmenbedingungen infolge des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und die Umsetzung des Personalbemessungssystems nach § 113c des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) erfordern insbesondere die Erweiterung des Gestaltungsspielraums für Einrichtungen und Wohnformen in der Umsetzung der personellen und baulichen Mindestanforderungen und eine stärkere Differenzierung zwischen den jeweiligen Einrichtungs- und Wohnformen.

Die AVPfleWoqG enthält Regelungen zu den Weiterbildungen für Pflegefachpersonen und Hebammen, u. a. zur staatlichen Anerkennung von Weiterbildungsstätten, zur Anrechnung von gleichwertigen Qualifikationen und zum Prüfungsgeschehen. Diese Regelungen sollen im Hinblick auf aktuelle Rechtsprechung zum Prüfungswesen angepasst, konkretisiert und vereinfacht werden.

B) Lösung

Der Verordnungsentwurf sieht eine neue Systematik sowie Anpassungen vor. Ziel ist eine Reduzierung des Bürokratie- und Verwaltungsaufwandes, ohne das Schutzniveau abzusenken, indem vielfältige Verfahrensweisen normativ als Grundsatz geregelt werden, für die bislang die kostenpflichtige Zustimmung der zuständigen Behörde und ein im Einzelfall konzeptionell begründeter Abweichungsantrag erforderlich waren. Die Ausführungsverordnung wird an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst, und es wird deutlicher zwischen den Bereichen der Pflege und der Eingliederungshilfe unterschieden, um die Individualität der Pflege- und Betreuungssettings abzubilden. Neben der systematischen Trennung der jeweiligen Einrichtungs- und Wohnformen sieht die Anwendung der Ausführungsverordnung eine stärkere Berücksichtigung der Bedarfe von Menschen mit Behinderung im Bereich der Eingliederungshilfe vor und das BTHG wird umgesetzt.

C) Alternativen

Keine.

Die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen und die gewandelten Lebenswirklichkeiten in der Praxis bedingen eine Änderung, um die Qualität in den Einrichtungs- und Wohnformen sicherzustellen, die unterschiedlichen Belange der Einrichtungs- und

Wohnformen sowie die Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner bzw. Mieterinnen und Mieter angemessen widerzuspiegeln und die notwendige Flexibilität in der Umsetzung der baulichen und personellen Mindestanforderungen für Betreiber zu gewährleisten. Ausschließlich durch eine Änderung der Ausführungsverordnung kann dies unbürokratisch und nachvollziehbar umgesetzt werden.

D) Kosten

Durch die Änderung der Ausführungsverordnung entstehen keine neuen Kosten.

Die baulichen und personellen Mindestanforderungen für stationäre Einrichtungen, besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe, trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften und Betreute Wohngruppen werden nicht erweitert, sie werden auf das für die jeweilige Wohnform erforderliche Maß reduziert, sodass hierdurch keine Kosten entstehen.

Die in § 8 Satz 1 vorgesehene Änderung für alle Einrichtungs- und Wohnformen zur Telekommunikation, wonach nunmehr spätestens innerhalb fünf Jahre nach Inkrafttreten dieser Änderungsverordnung jeder persönliche Wohnraum über die technischen Voraussetzungen, Telefonate zu führen, Rundfunk- und Fernsehprogramme zu empfangen sowie das Internet zu nutzen, verfügen „muss“ und nicht mehr „soll“, führt zu keinen Kosten. Bislang „soll“ jeder Wohnplatz über einen Telekommunikationsanschluss verfügen (§ 9 Abs. 2 AVPfleWoqG a.F.). Ein Telekommunikationsanschluss umfasst nach gängiger Auslegung die Möglichkeit, Telefonate zu führen, Rundfunk und Fernsehen zu empfangen sowie das Internet zu nutzen. Hinsichtlich der Internetnutzung zeigen die Erfahrungen, dass Einrichtungen in der Regel über einen Telekommunikationsanschluss verfügen. Eine quantitative Erhebung zum Status quo der Telematikinfrastruktur bayerischer Pflegeeinrichtungen in der Langzeitpflege durch das Landesamt für Pflege (LfP) im März 2024 ergab hinsichtlich der Internetanbindung, dass 98,1 % der befragten stationären und ambulanten Einrichtungen (96,6 % bei den stationären Einrichtungen) über einen Internetanschluss verfügen. Durch die Änderung („muss“ anstelle „soll“ sowie die Streichung des Wortes „Anschluss“) entstehen für Betreiber in der Regel keine Kosten. Die Erhebung zeigt, dass flächendeckend eine Internetanbindung besteht. Durch die Streichung des Wortes „Anschluss“ wird klargestellt, dass die Mindestanforderung auch durch den Einsatz von WLAN erfüllt werden kann. Für den schätzungsweise geringen Anteil an Einrichtungen, die bislang über keinen Internetanschluss verfügen, bestehen Fördermöglichkeiten für den Ausbau der digitalen Infrastruktur.

Im Hinblick auf die Anpassung der personellen Mindestanforderungen für stationäre Einrichtungen und besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe entstehen keine neuen Kosten, da diese nicht erweitert, sondern reduziert und an die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Speziell die in § 19 Abs. 4 Satz 2 vorausgesetzte Freistellung der gerontopsychiatrisch qualifizierten Fachkraft führt nicht zu neuen Kosten. Aktuell gilt die Gerontofachkraftquote nach § 15 Abs. 3 AVPfleWoqG a. F., wonach in vollstationären Pflegeeinrichtungen entsprechend dem Verhältnis von je einer gerontopsychiatrisch qualifizierten Fachkraft pro 30 und in gerontopsychiatrischen Einrichtungen oder Wohnbereichen entsprechend dem Verhältnis von je einer gerontopsychiatrisch qualifizierten Fachkraft pro 20 Bewohnerinnen und Bewohner eingesetzt werden muss. Nunmehr soll in § 19 Abs. 4 Satz 2 neben der Gerontofachkraftquote auch die Möglichkeit bestehen, dass ein höherer Personalschlüssel zur Erfüllung der Qualitätsanforderung gelten kann, wenn die gerontopsychiatrisch qualifizierte Fachkraft für den Bereich der gerontopsychiatrischen Pflege und Betreuung von ihren Aufgaben im Regelbetrieb freigestellt wird. Der Nachtrag zum Rahmenvertrag für die vollstationäre Pflege in Bayern vom 18.04.2023, der die Personalschlüssel regelt, die zwischen Leistungserbringer (Träger der Pflegeeinrichtung) und Leistungsträger (z. B. Pflegekasse)

vereinbart werden können, sieht ein Verhältnis von einem gerontopsychiatrisch qualifizierten Multiplikator für bis zu 120 Bewohnerinnen und Bewohner vor. Zwar ist eine Freistellung im Nachtrag zum Rahmenvertrag nicht abgebildet. Da es sich um eine weitere ordnungsrechtliche Alternative zur Erfüllung der Anforderung handelt, die bei finanziellen oder organisatorischen Vorteilen von Trägern in Anspruch genommen werden kann, aber nicht muss, entstehen durch die Änderung keine neuen Kosten für Betreiber von Pflegeeinrichtungen.

Die Regelungen betreffend die baulichen und personellen Mindestanforderungen für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften und Betreute Wohngruppen führen ebenfalls zu keinen neuen Kosten. Seit dem 01.08.2008 finden auf ambulant betreute Wohngemeinschaften und Betreute Wohngruppen, die die Voraussetzungen für eine ordnungsrechtliche Privilegierung nicht erfüllen, die Bestimmungen des zweiten Teils des PfleWoqG und damit die gesetzliche Verordnungsermächtigung Anwendung. Somit galten für diese Wohnformen seither die Bestimmungen für „stationäre Einrichtungen“ entsprechend mit der Möglichkeit einer konzeptionellen Abweichung. Mit der zum 01.08.2023 in Kraft getretenen Änderung des PfleWoqG differenziert der Anwendungsbereich des Gesetzes nun stärker zwischen den Einrichtungs- und Wohnformen. Um dies auch in der Ausführungsverordnung abzubilden, sieht der Verordnungsentwurf besondere bauliche und personelle Mindestanforderungen ausdrücklich für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften und Betreute Wohngruppen vor. Diese werden im Vergleich zur bisherigen Rechtslage reduziert, um die Gründung ambulanter Wohnformen und die Implementierung innovativer Konzepte zu unterstützen.

2170-5-1-G

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde

vom 3. Dezember 2024

Es verordnen auf Grund

- des Art. 25 Abs. 1 und 2a des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (PfleWoqG) vom 8. Juli 2008 (GVBl. S. 346, BayRS 2170-5-G), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 24. Juli 2023 (GVBl. S. 431) geändert worden ist, und
- des Art. 31 Abs. 1 Nr. 13 Buchst. a des Gesundheitsdienstgesetzes (GDG) vom 10. Mai 2022 (GVBl. S. 182, BayRS 2120-12-G), das zuletzt durch § 1 Abs. 34 der Verordnung vom 4. Juni 2024 (GVBl. S. 98) geändert worden ist,

das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention sowie

- des Art. 25 Abs. 2 des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (PfleWoqG) vom 8. Juli 2008 (GVBl. S. 346, BayRS 2170-5-G), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 24. Juli 2023 (GVBl. S. 431) geändert worden ist,

das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus, der Finanzen und für Heimat sowie für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie:

§ 1

Die Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde (AVPfleWoqG) vom 27. Juli 2011 (GVBl. S. 346, BayRS 2170-5-1-G), die zuletzt durch § 1 Abs. 49 der Verordnung vom 4. Juni 2024 (GVBl. S. 98) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Teile 1 bis 4 werden durch die folgenden Teile 1 und 2 ersetzt:

„Teil 1
Allgemeine Vorschriften zur Qualitätssicherung

Kapitel 1
Allgemeine Bestimmungen

§ 1
Anwendungsbereich und Zuständigkeit

(1) [1]Die Teile 1, 2 und 3 gelten für folgende Einrichtungs- und Wohnformen:

1. stationäre Einrichtungen im Sinn des Art. 2 Abs. 1 Satz 1 des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (PfleWoqG), die in der Regel mindestens sechs pflegebedürftige Personen im Sinn des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) aufnehmen,
2. besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe im Sinn des Art. 2 Abs. 2 PfleWoqG, die in der Regel mindestens sechs betreuungsbedürftige Personen aufnehmen,
3. trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinn des Art. 2 Abs. 4 Satz 5 PfleWoqG, die in der Regel mindestens sechs bis maximal zwölf pflegebedürftige Personen im Sinn des Elften Buches Sozialgesetzbuch aufnehmen und

4. Betreute Wohngruppen im Sinn des Art. 2 Abs. 5 Satz 4 PfleWoqG, die in der Regel mindestens sechs bis maximal zwölf betreuungsbedürftige Personen aufnehmen.

[2]Für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften und Betreute Wohngruppen, die in der Regel mehr als zwölf pflege- oder betreuungsbedürftige Personen aufnehmen, gelten die Bestimmungen für stationäre Einrichtungen und besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe entsprechend. [3]Stationäre Hospize und Kurzzeiteinrichtungen sind stationäre Einrichtungen im Sinn des Satzes 1 Nr. 1. [4]Die §§ 20 bis 38 gelten nicht für Einrichtungen im Sinn des Satzes 3.

(2) Zuständig für den Vollzug der Teile 1, 2 und 3 ist die nach Art. 24 PfleWoqG zuständige Behörde.

§ 2
Teilhabe am Leben in der Gesellschaft

[1]Einrichtungs- und Wohnformen im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 unterstützen die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mieter bei ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. [2]Dabei sind

1. die individuellen Bedürfnisse insbesondere hinsichtlich der Mobilität und des selbstbestimmten Wohnens zu fördern,
2. die individuellen Bedarfe und die kulturelle, ethnische, geschlechtliche und sexuelle Identität zu berücksichtigen sowie
3. die besondere Lebenssituation von schwer kranken und sterbenden Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mietern zu achten.

[3]Es sind insbesondere Angehörige, gesetzliche Betreuer, Bevollmächtigte, ehrenamtlich Tätige, Institutionen und Dienstleister bei der Tages- und Lebensgestaltung einzubeziehen.

§ 3
Fachliche Konzeption

(1) Der Zweck der Einrichtung oder Wohnform und der voraussehbare pflegerische und betreuerische Bedarf sowie die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mieter sind bei der Anwendung der baulichen und personellen Mindestanforderungen zu berücksichtigen und einzuplanen.

(2) Bei der baulichen und personellen Gestaltung ist der fachlichen Konzeption der Einrichtungs- oder Wohnform Rechnung zu tragen.

§ 4
Zusammenarbeit und Arbeitsgemeinschaften

(1) [1]Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zum Schutz der Interessen und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mieter, zur Sicherstellung einer angemessenen Qualität des Wohnens, der Pflege und Betreuung sowie angemessenen Überwachung sind die zuständigen Behörden verpflichtet, eng mit den Pflege- und Krankenkassen, deren Landesverbänden, dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, den örtlichen Seniorenbeiräten, den Prüforganisationen der gesetzlichen Pflege- und Krankenkasse sowie der privaten Krankenversicherung und den zuständigen Trägern der Sozial- und Eingliederungshilfe zusammenzuarbeiten. [2]Zur Durchführung der Zusammenarbeit können Arbeitsgemeinschaften gebildet werden.

(2) [1]Erforderliche Angaben einschließlich der gewonnenen Erkenntnisse können im Rahmen der Zusammenarbeit ausgetauscht werden. [2]Personenbezogene Daten sind vor der Übermittlung zu anonymisieren.

(3) [1]Abweichend von Abs. 2 Satz 2 dürfen personenbezogene Daten in nicht anonymisierter Form an die Pflegekassen und die Prüforganisationen der gesetzlichen Pflege- und Krankenkassen sowie der privaten Krankenversicherung übermittelt werden, soweit dies für Zwecke nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch oder dem Elften Buch Sozialgesetzbuch erforderlich ist. [2]Sie sind spätestens nach

Ablauf von zwei Jahren zu löschen. [3]Die Frist beginnt mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Daten gespeichert worden sind. [4]Die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mieter können verlangen, über die nach Satz 1 übermittelten Daten unterrichtet zu werden.

(4) Ergebnisprotokolle sind zu anonymisieren, wenn sie nach Art. 11 Abs. 10 PfleWoqG ausgetauscht werden.

§ 5
Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten

(1) [1]Aus den nach Art. 7 PfleWoqG vom Träger zu erstellenden Aufzeichnungen muss insbesondere

1. Nutzungsart, Lage, Zahl und Größe der Räume sowie die Belegung der Wohnräume,
2. Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift und Ausbildung der Beschäftigten mit regelmäßiger Arbeitszeit, ausgeübter Tätigkeit und Dauer des Beschäftigungsverhältnisses,
3. Name, Vorname, Geburtsdatum und Pflege- und Betreuungsbedarf sowie bei pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mieter der Pflegegrad,
4. Erhalt, Aufbewahrung und Verabreichung von Arzneimitteln einschließlich der pharmazeutischen Überprüfung der Arzneimittelvorräte,
5. Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung, wie Beschwerdemanagement, Personaleinsatzplanung und zur Fort- und Weiterbildung; freiheitsbeschränkende und freiheitsentziehende Maßnahmen, deren Überprüfung auf Notwendigkeit sowie Angaben des Verantwortlichen für die Anordnung

hervorgehen. [2]Satz 1 gilt nicht für ambulante Wohnformen im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4, die nicht durch einen Pflege- oder Betreuungsdienst oder vergleichbaren Träger betrieben werden.

(2) [1]Für jede Einrichtung oder Wohnform sind gesonderte Aufzeichnungen zu erstellen. [2]Aufzeichnungen, die für andere Stellen als die zuständige Behörde angelegt worden sind, können verwendet werden.

(3) [1]Für die Aufbewahrung gelten die Fristen des § 257 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches entsprechend. [2]Die Aufzeichnungen sind, soweit sie personenbezogene Daten enthalten, so aufzubewahren, dass nur Berechtigte Zugang haben.

Kapitel 2
Allgemeine bauliche Mindestanforderungen

§ 6
Bestandsschutz

Folgende bauliche Mindestanforderungen gelten nicht für stationäre Einrichtungen und besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe, die vor dem 1. September 2011 bestanden haben oder für die vor diesem Stichtag eine Baugenehmigung beantragt oder erteilt wurden:

1. Barrierefreiheit nach § 12, auch in Verbindung mit § 42 Abs. 1 Satz 1,
2. Zugang zu Sanitärräumen und Flächen von persönlichen Wohnräumen nach § 13 Satz 2, 4 und 5, auch in Verbindung mit § 42 Abs. 1 Satz 1,
3. Lagerraum und Fäkalienspülraum nach § 14 Abs. 1 und
4. Zuordnung von Gemeinschaftsräumen nach § 14 Abs. 4 Satz 3 und 4, auch in Verbindung mit § 42 Abs. 1 Satz 1.

§ 7
Wohnflächen und persönlicher Wohnraum

(1) [1]Die Berechnung der Wohnfläche erfolgt entsprechend der Wohnflächenverordnung in der am 31. Dezember 2024 geltenden Fassung. [2]Die Grundflächen

von Wintergärten, Balkonen, Loggien, Dachgärten und Terrassen werden bei der Berechnung der Wohnfläche nicht berücksichtigt.

(2) [1]Der persönliche Wohnraum dient sowohl dem dauerhaften Wohnen als auch der Pflege, Betreuung und Versorgung. [2]Persönliche Wohnräume für mehr als zwei Personen sind unzulässig. [3]Sie müssen unmittelbar von einem Flur oder einem gruppenbezogenen Gemeinschaftsraum erreichbar sein, der den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Mieterinnen und Mietern, dem Personal und den Besucherinnen und Besuchern allgemein zugänglich ist. [4]Türen müssen abschließbar und im Notfall von außen zu entriegeln sein.

§ 8
Telekommunikation

[1]Jeder persönliche Wohnraum muss innerhalb von spätestens fünf Jahren ab dem 1. Januar 2025 über die technischen Voraussetzungen, Telefonate zu führen, Rundfunk- und Fernsehprogramme zu empfangen sowie das Internet zu nutzen, verfügen. [2]Satz 1 gilt nicht für die Bereitstellung eines Endgeräts oder Vertrags mit einem Telekommunikationsanbieter.

Kapitel 3
Allgemeine personelle Mindestanforderungen

§ 9
Leitung und Verantwortung mehrerer Einrichtungen oder Wohnformen

(1) [1]Die Leitung mehrerer oder die Übernahme der Verantwortung für mehrere Einrichtungen und Wohnformen im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 durch eine Person bedarf der Zustimmung der zuständigen Behörde. [2]Gleiches gilt, wenn zusätzlich zur Leitung oder Verantwortung einer Einrichtung oder Wohnform im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 die Leitung oder Verantwortung für ambulante und teilstationäre Einrichtungen im Sinn des Elften Buches Sozialgesetzbuch, für andere Wohnformen im Sinn des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes sowie für Formen des Betreuten Wohnens übernommen wird. [3]Die Zustimmung bedarf es nicht, wenn ausschließlich Wohnformen im Sinn des Art. 2 Abs. 4 und 5 PfleWoqG geleitet oder verantwortet werden.

(2) [1]Die Zustimmung nach Abs. 1 darf nur erteilt werden, wenn die Sicherstellung der Anforderungen nach Art. 3 Abs. 2 PfleWoqG gewährleistet werden kann. [2]Zudem sind insbesondere Art und Größe der Einrichtung oder Wohnform, räumliche Entfernung zwischen den Einrichtungen oder Wohnformen sowie Konzeption und Organisation der Leitungs- und Verantwortungsebene zu berücksichtigen.

(3) [1]Über die Zustimmung ist innerhalb von zwei Monaten nach Antragstellung zu entscheiden. [2]Die Behörde kann die Frist gegenüber dem Träger einmalig um bis zu zwei Monate verlängern. [3]Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn über den Antrag nicht innerhalb der nach den Sätzen 1 und 2 maßgeblichen Frist entschieden worden ist.

§ 10
Fachkräfte

[1]Fachkräfte müssen eine mindestens dreijährig angelegte Berufsausbildung oder ein Studium zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung der ausgeübten Tätigkeit abgeschlossen haben. [2]Pflegerische und betreuende Tätigkeiten dürfen nur von Fachkräften oder unter angemessener Beteiligung von Fachkräften wahrgenommen werden.

§ 11
Fort- und Weiterbildung

[1]Der Träger ist verpflichtet, den in der Einrichtung oder Wohnform im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 tätigen Personen die Gelegenheit zur Teilnahme an Fort- und

Weiterbildungen zu ermöglichen. [2]Mehrjährig tätige Personen, die die Anforderungen des § 10 Satz 1 nicht erfüllen, ist Gelegenheit zur Nachqualifizierung zu geben. [3]Der Träger hat darauf hinzuwirken, dass bei der Auswahl geeigneter Fort- und Weiterbildungen insbesondere der von der zuständigen Behörde festgestellte Qualifizierungsbedarf berücksichtigt wird.

Teil 2
Besondere Vorschriften zur Qualitätssicherung

Kapitel 1
Stationäre Einrichtungen im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1

Abschnitt 1
Besondere bauliche Mindestanforderungen

§ 12
Barrierefreiheit

[1]Stationäre Einrichtungen und ihre Anlagen müssen entsprechend der DIN 18040-2, Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen – Teil 2: Wohnungen, Ausgabe September 2011, barrierefrei erreicht und genutzt werden können. [2]Soweit die Schwere der Beeinträchtigung der Bewohnerinnen und Bewohner oder die Konzeption es erfordert, müssen auch die persönlichen Wohnräume und ihre Sanitärräume uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbar sein. [3]Satz 1 gilt nicht für Räume, die ausschließlich für das Personal zugänglich sind.

§ 13
Persönlicher Wohnraum

[1]In stationären Einrichtungen muss ein angemessener Anteil der persönlichen Wohnräume als Einzelwohnräume ausgestaltet sein. [2]Jeder persönliche Wohnraum muss einen direkten Zugang oder einen Zugang über einen Vorraum zu einem Sanitärraum haben. [3]In einer stationären Einrichtung, die persönliche Wohnräume für zwei Personen vorhält, muss mindestens ein zusätzlicher persönlicher Wohnraum für eine Person zur vorübergehenden Nutzung vorhanden sein (Verfügungszimmer). [4]Der persönliche Wohnraum für eine Person muss mindestens eine Wohnfläche von 14 m^2, für zwei Personen mindestens eine Wohnfläche von 20 m^2 umfassen. [5]Hierbei nicht enthalten ist ein zugehöriger Sanitärraum sowie ein etwaiger Vorraum, auch wenn er nicht baulich abgetrennt ist. [6]Abweichend von Satz 4 sind solitäre und eingestreute Kurzzeitpflegeplätze für eine Person mit einer Wohnfläche von 12 m^2 und für zwei Personen von 18 m^2 zulässig, wenn über das trägereigene Mobiliar hinaus kein eigenes Mobiliar benötigt wird.

§ 14
Funktionsräume und Gemeinschaftsraum

(1) In stationären Einrichtungen müssen in jedem Stockwerk mit persönlichen Wohnräumen Lagerräume und Fäkalienspülräume vorhanden sein.

(2) [1]In jedem Gebäude sind Therapieräume entsprechend der verfolgten fachlichen Konzeption vorzusehen. [2]Eine Kombination mit Gemeinschaftsräumen ist zulässig.

(3) [1]Sanitäre Anlagen müssen über geeignete Haltegriffe verfügen. [2]Badewannen-, Dusch- und Waschtischarmaturen müssen über einen Verbrühungsschutz verfügen. [3]In stationären Einrichtungen muss mindestens ein Pflegebad zur Verfügung stehen.

(4) [1]Gemeinschaftsräume dienen der Teilhabe und sind entsprechend der fachlichen Konzeption zu gestalten. [2]Besteht eine stationäre Einrichtung aus mehreren Gebäuden, muss in jedem Gebäude mindestens ein Gemeinschaftsraum vorhanden sein. [3]Jeder Wohngruppe oder jedem Wohnbereich ist ein eigener Ge-

meinschaftsraum zuzuordnen, in dem grundsätzlich alle Bewohnerinnen und Bewohner einer Wohngruppe oder eines Wohnbereichs an Veranstaltungen und Zusammenkünften teilnehmen können. [4]Die Fläche eines Gemeinschaftsraumes darf 20 m² nicht unterschreiten.

§ 15
Rufsystem

[1]Persönliche Wohnräume, Sanitärräume, Therapieräume und Gemeinschaftsräume, die von pflegebedürftigen Menschen im Sinn des Elften Buches Sozialgesetzbuch genutzt werden, müssen mit einem geeigneten Rufsystem ausgestattet sein. [2]In persönlichen Wohnräumen muss das Rufsystem von jedem Bett aus bedient werden können.

Abschnitt 2
Besondere personelle Mindestanforderungen

§ 16
Eignung der Beschäftigten

[1]Personen, die in stationären Einrichtungen tätig sind, müssen die erforderliche persönliche und fachliche Eignung für die von ihnen ausgeübte Funktion und Tätigkeit besitzen. [2]Die Eignung für die jeweilige Funktion und Tätigkeit im Sinn des Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 PfleWoqG ist durch eine Einarbeitung sicherzustellen.

§ 17
Eignung der Einrichtungsleitung und Pflegedienstleitung; Persönliche Ausschlussgründe

(1) Als Leitung einer stationären Einrichtung der Pflege und für ältere Menschen ist fachlich geeignet, wer

1. Fachkraft gemäß § 10 Satz 1 ist oder ein Studium abgeschlossen hat, welches gemäß § 56 Abs. 3 gleichgestellt ist,
2. eine Qualifikation zur Leitung einer stationären Einrichtung gemäß
   a) den §§ 69 bis 72,
   b) den §§ 73 bis 77 in der am 31. Dezember 2020 geltenden Fassung oder
   c) den §§ 70 bis 73 in der am 31. Dezember 2024 geltenden Fassung

   erlangt hat, sofern nicht ein Studium nach Nr. 1 vorliegt oder sofern die zu leitende Einrichtung dauerhaft nicht mehr als zwölf Plätze hat, und
3. grundsätzlich mindestens ein Jahr hauptberuflich in einer Einrichtung des Sozial- oder Gesundheitswesens tätig war.

(2) Wird eine stationäre Einrichtung von mehreren Personen geleitet, muss jede dieser Personen die Anforderungen des Abs. 1 erfüllen.

(3) Als Pflegedienstleitung einer stationären Einrichtung ist fachlich geeignet, wer

1. die Voraussetzungen des § 71 Abs. 3 Satz 1 und 3 bis 5 SGB XI erfüllt oder
2. an einer Weiterbildungsmaßnahme gemäß den §§ 73 bis 76 oder einer Weiterbildungsmaßnahme gemäß den §§ 78 bis 82 in der am 31. Dezember 2020 geltenden Fassung oder den §§ 74 bis 77 in der am 31. Dezember 2024 geltenden Fassung, erfolgreich teilgenommen hat.

(4) [1]In der Person der Einrichtungsleitung dürfen keine Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass sie für die Leitung einer stationären Einrichtung ungeeignet ist. [2]Ungeeignet ist insbesondere,

1. wer
   a) wegen einer Straftat gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung oder die persönliche Freiheit, wegen vorsätzlicher Körperverletzung, wegen Erpressung, Urkundenfälschung, Untreue, Diebstahls, Unterschlagung, Betrugs oder Hehlerei oder wegen einer gemeingefährlichen Straftat oder einer Insolvenzstraftat zu einer Freiheitsstrafe oder Ersatzfreiheitsstrafe von mindestens drei Monaten,

b) in den letzten fünf Jahren wegen einer Straftat nach den §§ 29 bis 30b des Betäubungsmittelgesetzes oder
c) in den letzten fünf Jahren wegen einer sonstigen Straftat, die befürchten lässt, dass die Vorschriften des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes oder einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung nicht beachtet werden,

rechtskräftig verurteilt worden ist und die Eintragung der Verurteilung noch nicht aus dem Bundeszentralregister zu tilgen ist,

2. diejenige oder derjenige, gegen die oder den wegen einer Ordnungswidrigkeit nach Art. 23 PfleWoqG mehr als zweimal eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt worden ist, soweit nicht fünf Jahre seit Rechtskraft des letzten Bußgeldbescheids vergangen sind.

[3]Für die Pflegedienstleitung gilt Satz 2 Nr. 1 entsprechend.

§ 18
Leitung und Verantwortung mehrerer Einrichtungen oder Wohnformen; Personalunion von Einrichtungs- und Pflegedienstleitung

(1) Die durch dieselbe Person nach § 9 zusätzlich zur Leitung einer stationären Einrichtung übernommene Leitung oder Verantwortung von mehr als zwei Einrichtungen oder Wohnformen ist unzulässig.

(2) [1]Der Einsatz einer Person als Einrichtungsleitung und als Pflegedienstleitung bedarf der Zustimmung der zuständigen Behörde. [2]§ 9 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 19
Personaleinsatz

(1) In stationären Einrichtungen ist die ständige Anwesenheit einer Fachkraft aus dem Bereich der Pflege sicherzustellen.

(2) [1]Die zuständige Behörde kann erforderliche personalbezogene Maßnahmen treffen, wenn Mängel und ein daraus resultierendes Qualitätsdefizit in der Versorgung von pflegebedürftigen Menschen bestehen und nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese auf unzureichendem Personaleinsatz oder unzureichender Konzeption beruhen. [2]Soweit erforderlich, kann die zuständige Behörde von den Abs. 1 und 3 bis 5 abweichende Anforderungen an Anzahl und Qualifikation des Personals sowie die Konzeption stellen.

(3) [1]In stationären Einrichtungen liegt eine ausreichende Personalausstattung in der Regel vor, wenn die Pflegesatzvereinbarung auf Grundlage der Personalbemessung gemäß § 113c SGB XI abgeschlossen wurde. [2]In Einrichtungen, für die noch keine Pflegesatzvereinbarung im Sinn des Satzes 1 abgeschlossen wurde, muss mindestens die Hälfte der zur Betreuung und Pflege eingesetzten Personen eine Fachkraft sein.

(4) [1]Für den Bereich der gerontopsychiatrischen Pflege und Betreuung muss für jeweils bis zu 30 Bewohnerinnen und Bewohner je eine gerontopsychiatrisch qualifizierte Fachkraft beschäftigt werden. [2]Abweichend von Satz 1 ist der in der Pflegesatzvereinbarung verhandelte Personalschlüssel zulässig, wenn die jeweilige Fachkraft entsprechend für den Bereich der gerontopsychiatrischen Pflege und Betreuung von ihren Aufgaben im Regelbetrieb freigestellt wird. [3]Sind nach den Sätzen 1 und 2 mindestens zwei gerontopsychiatrisch qualifizierte Fachkräfte zu beschäftigen, muss mindestens eine aus dem Bereich der Pflege stammen.

(5) [1]In der Nacht müssen in stationären Einrichtungen für bis zu 40 Bewohnerinnen und Bewohner je eine Pflegekraft, mindestens aber eine Fachkraft aus dem Bereich der Pflege anwesend sein. [2]Stationäre Einrichtungen mit 41 bis 50 und mit mehr als 80 Bewohnerinnen und Bewohnern können die Anwesenheit maximal einer Pflegekraft nach Satz 1 durch eine in Rufbereitschaft befindende Pflegekraft ersetzen, wenn sie entsprechend der fachlichen Konzeption eine angemessene räumliche und zeitliche Distanz zur Einrichtung sowie Gründe für eine Kontaktaufnahme und Erreichbarkeit festlegen. [3]Abs. 1 bleibt unberührt. [4]Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für stationäre Hospize.

(6) Der Träger einer stationären Einrichtung hat durch Personaleinsatzplanung sicherzustellen, dass auch kurzfristige Ausfälle von Pflege- und Betreuungskräften ausgeglichen werden.

Abschnitt 3
Mitwirkung und Mitbestimmung

§ 20
Allgemeine Anforderungen

(1) [1]Die Mitwirkung und Mitbestimmung der Bewohnervertretung soll von dem Bemühen um gegenseitiges Vertrauen und Verständnis zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern, der Einrichtungsleitung und dem Träger bestimmt sein. [2]Die Selbstständigkeit und Verantwortung des Trägers bei der Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben wird durch die Bildung der Bewohnervertretung nicht berührt.

(2) Für Teile der stationären Einrichtung können eigene Bewohnervertretungen gebildet werden, wenn dadurch die Interessenvertretung der Bewohnerschaft besser gewährleistet wird.

§ 21
Aufgaben des Trägers und der Leitung

(1) Der Träger hat auf die Bildung einer Bewohnervertretung hinzuwirken und Bewohnerinnen und Bewohner über ihre Rechte im Zusammenhang mit der Bildung einer Bewohnervertretung aufzuklären.

(2) Der Träger und die Leitung unterstützen die Bewohnervertretung bei ihrer Wahl und der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

(3) In der stationären Einrichtung sind der Bewohnervertretung in angemessenem Umfang Räume sowie ein Platz für Aushänge zur Verfügung zu stellen und der Bewohnervertretung zu ermöglichen, Mitteilungen an die Bewohnerinnen und Bewohner zu versenden.

(4) Die durch die Tätigkeit der Bewohnervertretung entstehenden angemessenen Kosten übernimmt der Träger.

§ 22
Wahlberechtigung

(1) Wahlberechtigt sind alle Personen, die am Wahltag in der stationären Einrichtung wohnen.

(2) [1]Ist für eine Bewohnerin oder einen Bewohner zur Besorgung aller Angelegenheiten ein gesetzlicher Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt und wurde durch diesen unmittelbar vor der Wahl festgestellt, dass die Bewohnerin oder der Bewohner nicht mehr in der Lage ist, eine entsprechende Willensäußerung zu tätigen, geht das Wahlrecht auf den gesetzlichen Betreuer oder, soweit dieser ausdrücklich darauf verzichtet, auf einen von ihm bestimmten Angehörigen der Bewohnerin oder des Bewohners über. [2]Ist zur Besorgung aller Angelegenheiten eine Person, die nicht zu den in § 1816 Abs. 6 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Personen gehört, bevollmächtigt, gilt Satz 1 entsprechend. [3]Ein Übergang des Wahlrechts auf in der stationären Einrichtung tätige Personen ist unzulässig. [4]Die Person, auf die das Wahlrecht übergeht, hat dieses im Sinn der betroffenen Bewohnerin oder des betroffenen Bewohners wahrzunehmen und insbesondere Willensäußerungen, die die Bewohnerin oder der Bewohner vor Übergang des Wahlrechts getätigt hat, zu berücksichtigen.

§ 23
Wählbarkeit

(1) [1]Wählbar sind die nach § 22 Abs. 1 und 2 Satz 1 oder Satz 2 wahlberechtigten Personen und sonstige Vertrauenspersonen der Bewohnerinnen und Bewohner. [2]Anstelle einer wahlberechtigten Bewohnerin oder eines wahlberechtigten Bewohners ist

1. ein Angehöriger,
2. der bestellte gesetzliche Betreuer oder
3. die bevollmächtigte Person

wählbar, wenn dies die Bewohnerin oder der Bewohner ausdrücklich bestimmt.

(2) Nicht wählbar ist, wer

1. gegen Entgelt oder als Mitglied des Vorstands, des Aufsichtsrats oder eines gleichartigen Organs des Trägers
   a) bei dem Träger der stationären Einrichtung,
   b) bei dem Kostenträger oder
   c) bei der zuständigen Behörde

tätig ist;

2. eine Leitungsfunktion
   a) bei einem anderen Einrichtungsträger oder
   b) einem Verband von Einrichtungsträgern

innehat.

§ 24
Zahl der Mitglieder der Bewohnervertretung

(1) Die Bewohnervertretung besteht bei in der Regel 6 bis 19 Bewohnerinnen und Bewohner aus einem Mitglied.

(2) Die Mitgliederzahl der Bewohnervertretung beträgt bei einer regelmäßigen Bewohnerzahl von

1. 20 bis 50 Bewohnerinnen und Bewohner 3,
2. 51 bis 150 Bewohnerinnen und Bewohner 5,
3. 151 bis 250 Bewohnerinnen und Bewohner 7,
4. über 250 Bewohnerinnen und Bewohner 9.

(3) Bei Bewohnervertretungen mit nur einem Mitglied ist die Wahl einer Person, die nicht in der stationären Einrichtung wohnt, zulässig, wenn die Wahl einer Bewohnerin oder eines Bewohners nicht zustande kommt.

§ 25
Bestellung des Wahlausschusses

(1) Spätestens acht Wochen vor Ablauf ihrer Amtszeit wählt die Bewohnervertretung den Wahlausschuss, bestehend aus drei nach § 22 Wahlberechtigten und eine oder einen von diesen als Vorsitzende oder Vorsitzenden.

(2) [1]Besteht keine Bewohnervertretung oder besteht sechs Wochen vor Ablauf der Amtszeit der Bewohnervertretung kein Wahlausschuss, hat die Einrichtungsleitung diesen zu bestellen. [2]Soweit hierfür Wahlberechtigte nach § 22 nicht in der erforderlichen Zahl zur Verfügung stehen, hat die Leitung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der stationären Einrichtung zu Mitgliedern des Wahlausschusses zu bestellen.

§ 26
Vorbereitung und Durchführung der Wahl

(1) [1]Der Wahlausschuss bestimmt Ort und Zeit der Wahl und informiert die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die zuständige Behörde über die bevorstehende Wahl. [2]Der Wahlausschuss holt die Wahlvorschläge und die Zustimmungserklärungen der vorgeschlagenen Personen zur Annahme der Wahl ein. [3]Er erstellt eine Liste der Wahlvorschläge und gibt diese Liste sowie den Ablauf der Wahl bekannt.

(2) [1]Der Wahlausschuss legt fest, ob die Bewohnervertretung in einer Wahlversammlung oder durch schriftliche Abgabe der Stimmen gewählt wird. [2]Er hat

allen Wahlberechtigten spätestens vier Wochen vor der Wahl deren Ort und Zeitpunkt sowie die Namen aller Bewerberinnen und Bewerber mitzuteilen. [3]Wird eine Wahlversammlung einberufen, ist denjenigen Wahlberechtigten, die hieran nicht teilnehmen können, innerhalb einer angemessenen Frist Gelegenheit zur schriftlichen Stimmabgabe zu geben. [4]Die Stimmen dürfen erst nach Ablauf der Frist ausgezählt werden. [5]Die Leitung ist von der Wahlversammlung ausgeschlossen, sofern nicht durch den Wahlausschuss anders bestimmt. [6]Der Wahlausschuss kann auch eine elektronische Stimmabgabe zulassen.

(3) [1]Der Wahlausschuss hat die Wahlhandlung zu überwachen, die Stimmen auszuzählen und das Wahlergebnis in einer Niederschrift festzuhalten. [2]Das Ergebnis der Wahl hat er bekannt zu machen. [3]Bewerberinnen und Bewerber, die nicht in der stationären Einrichtung wohnen, sind über das Ergebnis zu informieren.

(4) Der Wahlausschuss fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit.

§ 27
Wahlverfahren

(1) Die Bewohnervertretung wird in geheimer Wahl gewählt.

(2) [1]Jede Wahlberechtigte und jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen wie Mitglieder zu wählen sind. [2]Für jede Bewerberin und jeden Bewerber kann nur eine Stimme abgegeben werden. [3]Gewählt sind die Bewerberinnen und Bewerber, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen. [4]Wird die Mitgliederzahl gemäß § 24 erreicht, ist bei Stimmengleichheit zwischen Bewerberinnen oder Bewerbern, die in der stationären Einrichtung wohnen, und solchen, die nicht in der stationären Einrichtung wohnen, die Person gewählt, welche in der stationären Einrichtung wohnt. [5]Im Übrigen entscheidet das Los.

§ 28
Wahlschutz, Wahlkosten und Wahlanfechtung

(1) Die Wahl der Bewohnervertretung darf nicht behindert oder durch Zufügung oder Androhung von Nachteilen oder Gewährung oder Versprechen von Vorteilen beeinflusst werden.

(2) Die erforderlichen Kosten der Wahl übernimmt der Träger.

(3) [1]Wahlberechtigte können binnen einer Frist von zwei Wochen vom Tag der Bekanntmachung des Wahlergebnisses an die Wahl bei der zuständigen Behörde anfechten, wenn gegen wesentliche Vorschriften des Wahlrechts, der Wählbarkeit oder des Wahlverfahrens verstoßen worden und eine Berichtigung nicht erfolgt ist. [2]Eine Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn durch den Verstoß das Wahlergebnis nicht beeinflusst wurde. [3]Über die Anfechtung entscheidet die zuständige Behörde.

§ 29
Mitteilung an die zuständige Behörde

(1) [1]Der Träger hat die zuständige Behörde unverzüglich zu unterrichten, wenn eine Bewohnervertretung nicht gebildet werden konnte. [2]In diesem Fall hat die Behörde in enger Zusammenarbeit mit wahlberechtigten Personen sowie mit dem Träger und der Leitung in geeigneter Weise auf die Bildung einer Bewohnervertretung hinzuwirken.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn die Bewohnervertretung vor Ablauf ihrer regelmäßigen Amtszeit neu zu wählen ist.

§ 30
Amtszeit und Neuwahl

(1) [1]Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. [2]Sie beginnt mit dem Tag der Wahl oder, wenn zu diesem Zeitpunkt noch eine Bewohnervertretung besteht, mit dem Ablauf von deren Amtszeit.

(2) Die Bewohnervertretung ist neu zu wählen, wenn die Anzahl ihrer Mitglieder um mehr als die Hälfte der ursprünglichen Zahl gesunken ist oder die Bewohnervertretung mit Mehrheit der Mitglieder ihren Rücktritt beschlossen hat.

§ 31
Ende der Mitgliedschaft und Nachrücken von Ersatzmitgliedern

(1) Die Mitgliedschaft der Bewohnervertretung endet durch
1. Ablauf der Amtszeit,
2. Rücktritt vom Amt,
3. Ausscheiden aus der stationären Einrichtung,
4. Verlust der Wählbarkeit oder
5. Feststellung der zuständigen Behörde auf Antrag von zwei Drittel der Mitglieder der Bewohnervertretung, dass das Mitglied seinen Pflichten nicht mehr nachkommt oder nicht mehr nachkommen kann.

(2) [1]Scheidet ein Mitglied aus der Bewohnervertretung aus oder ist ein Mitglied verhindert, rückt die nicht gewählte Person mit der höchsten Stimmenzahl als Ersatzmitglied nach. [2]§ 24 Abs. 3 findet Anwendung.

§ 32
Vorsitz der Bewohnervertretung

Die Bewohnervertretung mit mehr als zwei Mitgliedern wählt zur Vertretung der Interessen der Bewohnervertretung im Rahmen der von ihr gefassten Beschlüsse gegenüber der Leitung und außerhalb der Einrichtung in ihrer ersten Sitzung mit der Mehrheit ihrer Mitglieder die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter.

§ 33
Sitzungen und Beschlüsse der Bewohnervertretung

(1) Unbeschadet einer Wahlanfechtung beruft der Wahlausschuss die Bewohnervertretung binnen zwei Wochen nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses zu ihrer ersten Sitzung ein.

(2) [1]Die oder der Vorsitzende lädt zu den Sitzungen ein, legt die Tagesordnung fest und leitet die Sitzung. [2]Die Mitglieder der Bewohnervertretung werden spätestens sieben Tage vor Sitzungsbeginn eingeladen. [3]Die Einladung hat die Tagesordnung zu enthalten.

(3) Auf Antrag eines Viertels der Mitglieder der Bewohnervertretung oder der Einrichtungsleitung hat die oder der Vorsitzende eine Sitzung über den betreffenden Gegenstand einzuberufen.

(4) [1]Die oder der Vorsitzende informiert die Einrichtungsleitung rechtzeitig über Zeit und Ort der Sitzung. [2]Die Einrichtungsleitung hat an einzelnen Tagesordnungspunkten, die wesentliche Belange der Einrichtung betreffen, teilzunehmen, wenn sie hierzu eingeladen wurde.

(5) [1]Die Bewohnervertretung kann beschließen, zu bestimmten Themenbereichen fach- und sachkundige Personen zur Sitzung hinzuzuziehen. [2]Der Träger übernimmt die Auslagen der genannten Personen in angemessenem Umfang. [3]Sie erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

(6) [1]Die Beschlüsse der Bewohnervertretung werden mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. [2]Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. [3]Die Bewohnervertretung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist.

§ 34
Stellung der Mitglieder der Bewohnervertretung

(1) [1]Die Mitglieder der Bewohnervertretung führen ihr Amt unentgeltlich und ehrenamtlich. [2]Sie dürfen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und wegen ihrer Tätigkeit nicht behindert, benachteiligt oder begünstigt werden.

(2) Keine Bewohnerin und kein Bewohner darf auf Grund der Tätigkeit von Angehörigen, eines gesetzlichen Betreuers, eines Bevollmächtigten oder einer Vertrauensperson in der Bewohnervertretung begünstigt oder benachteiligt werden.

§ 35
Verschwiegenheit

[1]Über die im Rahmen der Ausübung des Amts bekannt gewordenen Erkenntnisse ist Stillschweigen, auch über die Dauer des Amts hinaus, zu bewahren. [2]Dies gilt nicht gegenüber den übrigen Mitgliedern der Bewohnervertretung. [3]Satz 1 gilt für die nach § 33 Abs. 5 Satz 1 teilnehmenden Personen entsprechend.

§ 36
Aufgaben der Bewohnervertretung

Die Bewohnervertretung hat folgende Aufgaben:

1. Maßnahmen des Betriebs der stationären Einrichtung, die den Bewohnerinnen und Bewohner dienen, bei der Einrichtungsleitung oder dem Träger zu beantragen,
2. Anregungen und Beschwerden von Bewohnerinnen und Bewohner entgegenzunehmen und erforderlichenfalls auf ihre Erledigung hinzuwirken,
3. die Eingliederung der Bewohnerinnen und Bewohner in der stationären Einrichtung zu fördern,
4. bei Entscheidungen in Angelegenheiten nach den §§ 37 und 38 mitzubestimmen und mitzuwirken sowie
5. unbeschadet des Art. 9 Abs. 2 PfleWoqG Bewohner- oder Teilbewohnerversammlungen, an denen auf Verlangen der Bewohnervertretung die Leitung teilzunehmen hat, durchzuführen.

§ 37
Mitbestimmungsrecht, Form und Durchführung der Mitbestimmung

(1) Die Bewohnervertretung bestimmt bei folgenden Entscheidungen der Leitung im Rahmen der vom Einrichtungsträger jährlich festzulegenden Budgets mit:

1. Aufstellung der Grundsätze der Verpflegungsplanung,
2. Freizeitgestaltung und Bildungsangebote einschließlich der Planung und Durchführung der von der Einrichtungsleitung angebotenen Veranstaltungen,
3. Angelegenheiten der sozialen Betreuung im Rahmen des Gesamtkonzepts der Einrichtung,
4. Qualitative Aspekte der Betreuung und Pflege im Rahmen des Gesamtkonzepts der Einrichtung und
5. Ausgestaltung der Gemeinschaftsräume.

(2) Entscheidungen, die der Mitbestimmung der Bewohnervertretung unterliegen, sind im gegenseitigen Einvernehmen zu treffen.

(3) Einrichtungsleitung oder Träger informieren die Bewohnervertretung rechtzeitig über der Mitbestimmung unterliegende Vorhaben und bemühen sich unter Berücksichtigung der Anregungen und Änderungswünsche der Bewohnervertretung um gegenseitiges Einvernehmen.

(4) [1]Die von der Bewohnervertretung geäußerten Vorschläge zu den der Mitbestimmung unterliegenden Angelegenheiten hat die Einrichtungsleitung oder der Träger wohlwollend zu prüfen. [2]Die Einrichtungsleitung oder der Träger teilt der Bewohnervertretung das Ergebnis der Prüfung in angemessener Frist, längstens binnen sechs Wochen, mit.

(5) Ist die Herstellung des Einvernehmens nicht möglich, hat die Bewohnerversammlung zu entscheiden.

§ 38
Mitwirkungsrecht, Form und Durchführung der Mitwirkung

(1) Die Bewohnervertretung wirkt bei Entscheidungen der Leitung oder des Trägers in folgenden Angelegenheiten mit:

1. Aufstellung oder Änderung der Musterverträge für Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Hausordnung,
2. Maßnahmen zur Verhinderung von Unfällen,
3. Unterkunft und Betreuung,
4. Erweiterung, Einschränkung oder Einstellung des Betriebs der stationären Einrichtung,
5. Zusammenschluss mit einer anderen stationären Einrichtung,
6. Änderung der Art und des Zwecks der stationären Einrichtung oder ihrer Teile,
7. umfassende bauliche Veränderungen oder Instandsetzungen der stationären Einrichtung und
8. Maßnahmen zur Förderung einer angemessenen Qualität der Betreuung.

(2) [1]Der Träger soll Mitglieder der Bewohnervertretung auf Verlangen der Bewohnervertretung zu den Verhandlungen über Vergütungsvereinbarungen hinzuziehen. [2]Die Mitglieder der Bewohnervertretung sind über den Inhalt der Verhandlungen, und soweit ihnen im Rahmen der Verhandlungen Betriebsgeheimnisse bekannt geworden sind, zur Verschwiegenheit verpflichtet. [3]§ 35 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Entscheidungen in Angelegenheiten nach den Abs. 1 und 2 hat die Einrichtungsleitung oder der Träger mit der Bewohnervertretung vor der Durchführung rechtzeitig und mit dem Ziel einer Verständigung zu erörtern und bei der Vorbereitung der Entscheidung Anregungen der Bewohnervertretung einzubeziehen.

(4) [1]Anträge oder Beschwerden der Bewohnervertretung sind von der Einrichtungsleitung oder vom Träger in angemessener Frist, längstens binnen sechs Wochen, zu beantworten. [2]Die Antwort ist auf Verlangen zu begründen, wenn das Anliegen der Bewohnervertretung bei der Entscheidung nicht berücksichtigt wird.

§ 39
Bestellung und Aufgaben der Bewohnerfürsprecherin oder des Bewohnerfürsprechers

(1) Die zuständige Behörde hat unverzüglich eine Bewohnerfürsprecherin oder einen Bewohnerfürsprecher zu bestellen, sobald der Träger gegenüber der zuständigen Behörde die Mitteilung nach § 29 Abs. 1 gemacht hat.

(2) [1]In stationären Einrichtungen mit mehr als 70 Bewohnerinnen und Bewohnern können zwei Bewohnerfürsprecherinnen oder Bewohnerfürsprecher, in stationären Einrichtungen mit mehr als 150 Bewohnerinnen und Bewohnern können drei Bewohnerfürsprecherinnen oder Bewohnerfürsprecher eingesetzt werden. [2]§ 20 Abs. 2 gilt entsprechend. [3]Sie stimmen ihre Tätigkeit untereinander ab und legen fest, wer die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner gegenüber der Leitung und außerhalb der Einrichtung vertritt.

(3) [1]Die regelmäßige Amtszeit beträgt zwei Jahre. [2]Eine Wiederbestellung ist zulässig, sofern in der stationären Einrichtung keine Bewohnervertretung gebildet werden kann.

(4) [1]Zur Bewohnerfürsprecherin oder zum Bewohnerfürsprecher kann nur bestellt werden, wer persönlich und fachlich geeignet und von der zuständigen Behörde und dem Träger, von den Kostenträgern und den Verbänden der Träger stationärer Einrichtungen unabhängig ist. [2]Die Bestellung bedarf der Zustimmung der oder des Bestellten.

(5) [1]Die Bestellung ist der Bewohnerfürsprecherin oder dem Bewohnerfürsprecher und dem Träger in Textform mitzuteilen. [2]Der Träger hat die Bewohnerinnen und Bewohner in geeigneter Weise von der Bestellung zu unterrichten.

(6) [1]Der Träger hat der Bewohnerfürsprecherin oder dem Bewohnerfürsprecher zur Ausübung seines Amts Zutritt zur Einrichtung zu gewähren, wenn sie oder er nicht in der Einrichtung wohnt. [2]Er ermöglicht ihr oder ihm, sich mit den Bewohnerinnen und Bewohnern in Verbindung zu setzen.

(7) [1]Die Bewohnerfürsprecherin oder der Bewohnerfürsprecher hat dieselben Rechte und Pflichten wie eine Bewohnervertretung. [2]§ 21 Abs. 2 bis 4 sowie die §§ 34 bis 38 gelten entsprechend.

§ 40
Aufhebung der Bestellung der Bewohnerfürsprecherin oder des Bewohnerfürsprechers

(1) Die zuständige Behörde hat die Bestellung aufzuheben, wenn
1. die Bewohnerfürsprecherin oder der Bewohnerfürsprecher
   a) die Voraussetzungen für das Amt nicht mehr erfüllt,
   b) gegen seine Amtspflichten verstößt,
   c) sein Amt niederlegt,
2. eine Bewohnervertretung gebildet worden ist oder
3. eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Bewohnerfürsprecherin oder dem Bewohnerfürsprecher und den Bewohnerinnen und Bewohnern nicht mehr möglich ist.

(2) § 39 Abs. 5 gilt entsprechend.

Kapitel 2
Besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2

Abschnitt 1
Grundsatz

§ 41
Berücksichtigung der Bedarfe von Menschen mit Behinderung

[1]Bei der Anwendung der baulichen und personellen Mindestanforderungen sind die
1. Aufgaben bei der personenzentrierten und sozialraumorientierten Betreuung, Förderung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung,
2. besondere Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner, die sich insbesondere aus Art und Schwere der Beeinträchtigung ergeben, sowie
3. fachliche Konzeption der Wohnform

zu berücksichtigen. [2]Es sind die nach den Lebensbereichen der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit im Sinn des § 118 Abs. 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) ermittelten Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner zu achten.

Abschnitt 2
Besondere bauliche Mindestanforderungen

§ 42
Anwendbare Vorschriften; Persönliche Wohnräume und Funktionsräume

(1) [1]Die baulichen Mindestanforderungen nach den §§ 12, 13 und 14 Abs. 2, 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 gelten entsprechend. [2]§ 15 Satz 1 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass die Räume von pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohnern, die erheblich in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, genutzt werden.

(2) In besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe müssen Funktionsräume und Fäkalienspülen in ausreichender Zahl vorhanden sein, wenn die fachliche Konzeption einen eindeutigen Schwerpunkt auf pflegerische Versorgung legt oder die tatsächliche Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohner es erfordert.

Abschnitt 3
Besondere personelle Mindestanforderungen

§ 43
Anwendbare Vorschriften

Die personellen Mindestanforderungen gemäß den §§ 16 und 19 Abs. 6 gelten entsprechend.

§ 44
Eignung der Leitung; Leitung und Verantwortung mehrerer Einrichtungen und Wohnformen

(1) [1]Als Leitung einer besonderen Wohnform der Eingliederungshilfe ist fachlich geeignet, wer Fachkraft gemäß § 10 Satz 1 ist und mindestens eine dreijährige Berufserfahrung in einer sozial- oder heilpädagogischen Einrichtung nachweisen kann. [2]§ 17 Abs. 2 und 4 Satz 1 und 2 gilt entsprechend.

(2) [1]Die nach § 9 zusätzlich zur Leitung einer besonderen Wohnform der Eingliederungshilfe übernommene Leitung oder Verantwortung von mehr als zwei Einrichtungen oder Wohnformen durch dieselbe Person ist unzulässig. [2]Abweichend von Satz 1 kann die Leitung einer besonderen Wohnform der Eingliederungshilfe mehr als insgesamt drei Einrichtungen oder Wohnformen leiten oder verantworten, wenn eine Gesamtzahl von 72 Betreuungsplätzen nicht überschritten wird.

§ 45
Personaleinsatz

(1) § 19 Abs. 2 gilt entsprechend.

(2) [1]In besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe ist unter Berücksichtigung von § 41 die Anwesenheit einer Fachkraft in der Regel sicherzustellen, wenn der betreuerische oder pflegerische Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner diese erfordert. [2]Erfordert der betreuerische oder pflegerische Bedarf in der Nacht keine Anwesenheit einer Fachkraft, ist die Erreichbarkeit einer in Rufbereitschaft befindlichen Fachkraft sicherzustellen.

(3) [1]In besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe liegt eine ausreichende Personalausstattung in der Regel vor, wenn eine schriftliche Vereinbarung, welche die wesentlichen Leistungsmerkmale gemäß § 125 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 und 5 SGB IX umfasst, abgeschlossen wurde, die Personalausstattung dieser entspricht und die fachliche Konzeption unter Berücksichtigung von § 41 nicht entgegensteht. [2]Liegen die Voraussetzungen im Sinn des Satzes 1 nicht vor, muss mindestens die Hälfte der zur Betreuung und Pflege eingesetzten Personen eine Fachkraft sein.

Abschnitt 4
Mitwirkung und Mitbestimmung

§ 46
Mitwirkung und Mitbestimmung

Die §§ 20 bis 40 gelten für die Bewohnervertretung in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe entsprechend mit der Maßgabe, dass

1. in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe zusätzlich ein Beirat aus gesetzlichen Vertretern gebildet werden kann, der die Leitung und die Bewohnervertretung bei ihrer Arbeit berät und durch Vorschläge und Stellungnahmen unterstützt,
2. bei der Mitgliederzahl gemäß § 24 die Bewohnerschaft die Mehrheit der Mitglieder der Bewohnervertretung stellt und
3. die Amtszeit gemäß § 30 Abs. 1 Satz 1 vier Jahre beträgt.

Kapitel 3
Trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3

§ 47
Besondere bauliche und personelle Mindestanforderungen

(1) [1]Für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften gelten die baulichen Mindestanforderungen nach §14 Abs. 3 Satz 1 und 2 entsprechend. [2]§ 14 Abs. 4 Satz 1 und 4 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass eine Küche vorhanden sein muss. [3]Persönliche Wohnräume sollen eine angemessene barrierefreie Lebensführung ermöglichen und sind in der Regel als Einzelwohnräume auszugestalten. [4]Trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften müssen unter Gewährleistung einer angemessenen pflegerischen Versorgung über ausreichende sanitäre Möglichkeiten verfügen. [5]Es dürfen nicht mehr als zwei ambulant betreute Wohngemeinschaften der gleichen Initiatoren in unmittelbarer räumlicher Nähe und organisatorischem Verbund gegründet werden. [6]Für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften der außerklinischen Intensivpflege gelten die Sätze 1 bis 5 entsprechend mit der Maßgabe, dass sie zusätzlich mit einem geeigneten Rufsystem ausgestattet sein müssen.

(2) [1]Zur Unterstützung der gemeinschaftlichen Lebensführung sowie zur Betreuung der Mieterinnen und Mieter muss in der Regel eine Pflege- oder Betreuungskraft anwesend sein. [2]In ambulant betreuten Wohngemeinschaften der außerklinischen Intensivpflege muss eine Fachkraft aus dem Bereich der Pflege ständig anwesend sein.

§ 48
Gremium der Selbstbestimmung

[1]Zum Zwecke der Regelung der Angelegenheiten des täglichen Lebens ist in trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften ein Gremium der Selbstbestimmung einzurichten. [2]Alle Mieterinnen und Mieter sind vertreten und stimmberechtigt und für den Fall, dass diese ihre Angelegenheiten nicht mehr selbstständig regeln können, die Vertretungs- und Betreuungspersonen. [3]Die Vermieterinnen und Vermieter sowie die Pflege- oder Betreuungsdienste haben in diesem Gremium kein Stimmrecht. [4]Die stimmberechtigten Personen müssen eine Gremiumssprecherin oder einen Gremiumssprecher aus ihren Reihen bestimmen. [5]Die Gremiumssprecherin oder der Gremiumssprecher leitet das Gremium und beruft die Sitzungen ein. [6]Die Aufgabe kann nicht auf Dritte übertragen werden. [7]Näheres bestimmt das Gremium selbst. [8]Das Gremium der Selbstbestimmung wirkt mit bei

1. allgemeinen Angelegenheiten der Pflege, Betreuung und des Wohnens sowie der hauswirtschaftlichen Versorgung,
2. Aufstellung der Grundsätze der Verpflegungsplanung,
3. Freizeitgestaltung einschließlich der Planung und Durchführung von Veranstaltungen,
4. Ausgestaltung des Gemeinschaftsraums,
5. Aufnahme neuer Mieterinnen und Mieter sowie
6. umfassenden baulichen Veränderungen oder Instandsetzungen an der ambulant betreuten Wohngemeinschaft, soweit der Träger auch Wohnraum überlässt.

[9]§ 20 Abs. 1, § 21 Abs. 1 und 2 sowie § 38 Abs. 3 gelten entsprechend. [10]Konnte ein Gremium nicht gebildet werden, sind Ausnahmen im Benehmen mit der zuständigen Behörde zulässig, wenn die Selbstbestimmung der Mieterinnen und Mieter gewahrt ist.

Kapitel 4
Betreute Wohngruppen im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4

§ 49
Besondere bauliche und personelle Mindestanforderungen

(1) [1]Für Betreute Wohngruppen gelten die baulichen Mindestanforderungen nach § 13 Satz 1 und § 14 Abs. 4 Satz 1 und 4 entsprechend. [2]Persönliche Wohnräume sollen eine angemessene Lebensführung ermöglichen.

(2) Zur Organisation und Koordination der Förderung der Selbstständigkeit, Selbstverantwortung, Selbstbestimmung und Unterstützung bei der Eingliederung

und Teilhabe am Leben der Gesellschaft muss in Betreuten Wohngruppen eine pädagogische Fachkraft entsprechend der fachlichen Konzeption verantwortlich sein.“

2. Teil 5 wird Teil 3 und in der Überschrift wird das Wort „ ; Ordnungswidrigkeiten“ gestrichen.
3. § 50 wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter „einer stationären Einrichtung“ gestrichen, die Wörter „in §§ 1 bis 9 genannten“ durch das Wort „baulichen“ ersetzt und nach den Wörtern „Bewohnerinnen und Bewohner“ die Wörter „sowie Mieterinnen und Mieter“ eingefügt.
   b) In Abs. 2 werden die Wörter „§ 4 Abs. 2, § 6 Abs. 1 und 2 und § 8 Abs. 1“ durch die Wörter „§ 13 Satz 2, 4 und 5 sowie § 14 Abs. 4“ und die Wörter „dem verfolgten fachlichen Konzept“ durch die Wörter „der verfolgten fachlichen Konzeption“ ersetzt.
   c) Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
      „(3) Von den baulichen Mindestanforderungen kann in stationären Hospizen, besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe, trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften und Betreuten Wohngruppen in begründeten Einzelfällen entsprechend der verfolgten fachlichen Konzeption und mit Zustimmung der zuständigen Behörde abgewichen werden.“
   d) Abs. 4 wird aufgehoben.
4. § 51 wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Einrichtung“ die Wörter „oder besonderen Wohnform der Eingliederungshilfe“ eingefügt und die Wörter „§ 12 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und 4 in Verbindung mit § 71 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XI“ durch die Wörter „§ 17 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 in Verbindung mit § 71 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 4 SGB XI sowie § 44 Abs. 1 Satz 1“ ersetzt.
   b) Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) Im Satzteil vor Nr. 1 wird die Angabe „§ 12“ durch die Angabe „§ 17“ ersetzt.
      bb) Nr. 1 wird wie folgt geändert:
         aaa) Im Satzteil vor Buchst. a wird die Angabe „nach Art. 24 PfleWoqG“ gestrichen und die Wörter „der Pflege und für ältere Menschen“ werden durch die Wörter „oder besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2“ ersetzt.
         bbb) In Buchst. b wird das Wort „Einrichtungsleitung“ durch das Wort „Leitung“ ersetzt.
      cc) In Nr. 2 wird die Angabe „§§ 70 bis 73“ durch die Angabe „§§ 73 bis 76“ ersetzt.
   c) Abs. 3 wird aufgehoben
   d) Die Abs. 4 und 5 werden die Abs. 3 und 4 und wie folgt gefasst:
      „(3) Von den Anforderungen des § 19 Abs. 1 und 3 bis 5 sowie § 45 Abs. 2 und 3 kann in Ausnahmefällen mit Zustimmung der zuständigen Behörde entsprechend der fachlichen Konzeption abgewichen werden, wenn dies für eine fachgerechte Pflege und Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner ausreichend ist.
      (4) Von den personellen Mindestanforderungen kann in stationären Hospizen, besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe, trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften und Betreuten Wohngruppen entsprechend der verfolgten fachlichen Konzeption mit Zustimmung der zuständigen Behörde abgewichen werden.“
   e) Abs. 6 wird aufgehoben.
5. § 52 wird aufgehoben.
6. Teil 6 wird Teil 4.
7. Die Überschrift von Teil 4 Abschnitt 1 wie folgt gefasst:
   „Kapitel 1
   Allgemeines“.
8. § 53 wird § 52 und wie folgt geändert:
   a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 52
Anwendungsbereich und Zuständigkeit“.

b) In Abs. 1 werden die Wörter „Teile 6, 7 und 8“ durch die Wörter „Teile 4, 5 und 6“ ersetzt.

c) In Abs. 2 Satzteil vor Nr. 1 werden die Wörter „Teile 6 und 7“ durch die Wörter „Teile 4 und 5“ ersetzt.

d) Folgender Abs. 3 wird angefügt:

„(3) Für den Vollzug der Teile 4, 5 und 6 sowie für die Ordnungswidrigkeitsverfahren nach § 89 Nr. 4 ist die Vereinigung der Pflegenden in Bayern KöR zuständige Behörde.“

9. § 54 wird § 53 und wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „v.H.“ durch die Angabe „%“ ersetzt.

b) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 3 wird die Angabe „§§ 82 bis 87“ durch die Wörter „den §§ 81 bis 86“ ersetzt.

bb) In Satz 4 wird die Angabe „§ 85“ durch die Angabe „§ 84“ ersetzt.

c) Abs. 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) [1]Auf Antrag kann die zuständige Behörde die Durchführung von Weiterbildungen als Fernlehrgang oder Fernstudienzeiten als Inhalte der Weiterbildungen zulassen. [2]Die Zulassung nach Satz 1 setzt die Zulassung durch die staatliche Zentralstelle für Fernunterricht nach § 12 des Fernunterrichtsschutzgesetzes voraus.“

10. § 55 wird § 54 und wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) [1]Auf Antrag können Module oder vergleichbare Qualifikationen auf die Weiterbildungen angerechnet werden, sofern diese mit einer Prüfung erfolgreich abgeschlossen wurden und die Inhalte gleichwertig sind. [2]Berufserfahrung oder durch lebenslanges Lernen erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten sind nicht als vergleichbare Qualifikation anrechnungsfähig.“

b) In Abs. 3 wird die Angabe „§ 60 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 59 Abs. 1“ ersetzt.

11. § 56 wird § 55 und wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 53“ durch die Angabe „§ 52“ ersetzt.

b) Die folgenden Abs. 5 bis 7 werden angefügt:

„(5) Die staatliche Anerkennung kann zurückgenommen werden, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung im Zeitpunkt der Erteilung nicht gegeben waren und diesem Mangel trotz Aufforderung der zuständigen Behörde innerhalb einer gesetzten Frist nicht abgeholfen wird.

(6) Die staatliche Anerkennung kann widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung weggefallen sind und diesem Mangel trotz Aufforderung der zuständigen Behörde nicht innerhalb einer gesetzten Frist abgeholfen wird.

(7) Im Falle der Rücknahme nach Abs. 5 oder des Widerrufs nach Abs. 6 ist die Weiterbildungseinrichtung verpflichtet, der zum Zeitpunkt der Rücknahme oder des Widerrufs bereits an der Weiterbildung teilnehmenden Person die Beendigung ihrer Weiterbildung zu ermöglichen.“

12. § 57 wird § 56 und in Abs. 1 Satzteil vor Nr. 1 werden nach den Wörtern „Den Weiterbildungen“ die Wörter „im Sinn dieser Verordnung“ eingefügt.

13. § 58 wird § 57.

14. Die Überschrift von Teil 4 Abschnitt 2 wird wie folgt gefasst:

„Kapitel 2
Prüfung“.

15. § 59 wird § 58.

16. § 60 wird § 59 und wie folgt geändert:

a) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 wird nach dem Wort „in“ das Wort „den“ eingefügt.

bb) Folgender Satz 3 wird angefügt:

„[3]Die Gesamtstundenzahl der Weiterbildung umfasst nicht den Stundenumfang der Fallbearbeitung.“

b) In Abs. 5 Satz 2 werden die Wörter „durch die Weiterbildungseinrichtung“ durch die Wörter „nach § 54 Abs. 1 durch die zuständige Behörde“ ersetzt.

17. § 61 wird § 60 und in Nr. 1 werden die Wörter „erfolgreich absolvierten“ gestrichen und die Angabe „§ 55“ wird durch die Angabe „§ 54“ ersetzt.
18. § 62 wird § 61 und wie folgt geändert:
    a) In Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 60 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 59 Abs. 3 Satz 1“ ersetzt.
    b) In Abs. 2 Satz 2 wird das Wort „und“ durch das Wort „oder“ ersetzt.
    c) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
        aa) Dem Wortlaut wird folgender Satz 1 vorangestellt:
            „[1]Die mündliche Abschlussprüfung wird vom Prüfungsausschuss abgenommen und benotet.“
        bb) Der bisherige Wortlaut wird Satz 2.
    d) Abs. 6 wird aufgehoben.
    e) Abs. 7 wird Abs. 6.
    f) Abs. 8 wird Abs. 7 und die Angabe „§ 60“ wird durch die Angabe „§ 59“ ersetzt.
19. § 63 wird § 62.
20. § 64 wird § 63 und Abs. 2 wird wie folgt geändert:
    a) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:
        „[2]Dabei erfolgt die Berechnung ohne Rundung auf zwei Nachkommastellen.“
    b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 und wird wie folgt gefasst:
        „[3]Entstehende Bruchteilsergebnisse werden wie folgt gerundet:

1.		bis 1,15	auf	1,0,
2.	von	1,16 bis 1,50	auf	1,3,
3.	von	1,51 bis 1,85	auf	1,7,
4.	von	1,86 bis 2,15	auf	2,0,
5.	von	2,16 bis 2,50	auf	2,3,
6.	von	2,51 bis 2,85	auf	2,7,
7.	von	2,86 bis 3,15	auf	3,0,
8.	von	3,16 bis 3,50	auf	3,3,
9.	von	3,51 bis 3,85	auf	3,7,
10.	von	3,86 bis 4,0	auf	4,0 und
11.	von	über 4,0	auf	5,0.“

21. § 65 wird § 64 und in Abs. 3 wird jeweils die Angabe „v.H.“ durch die Angabe „%“ ersetzt.
22. § 66 wird § 65 und Abs. 1 wird wie folgt geändert:
    a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 60“ durch die Angabe „§ 59“ ersetzt.
    b) In Satz 2 wird das Wort „schriftlich“ durch die Wörter „in Textform“ ersetzt.
    c) In Satz 3 wird die Angabe „§ 55“ durch die Angabe „§ 54“ ersetzt.
23. § 67 wird § 66 und wie folgt geändert:
    a) In Abs. 1 wird die Angabe „v.H.“ durch die Angabe „%“ ersetzt.
    b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
        aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:
            „[2]Die Leitung der Weiterbildung entscheidet über den Ausgleich der Fehlzeiten nach Satz 1.“
        bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 und die Wörter „Die Leitung der Weiterbildung“ werden durch das Wort „Sie“ ersetzt.
24. Die Überschrift von Teil 4 Abschnitt 3 wird wie folgt gefasst:

    „Kapitel 3
    Zeugnis, Nachweis, Urkunde“.

25. § 68 wird § 67 und wie folgt geändert:
    a) In Abs. 1 wird die Angabe „§ 77“ durch die Angabe „§ 76“ ersetzt.
    b) In Abs. 2 wird die Angabe „§ 55“ durch die Angabe „§ 54“ ersetzt.
26. § 69 wird § 68 und Abs. 1 wird wie folgt geändert:
    a) In Nr. 1 werden die Wörter „Teil 7 Abschnitt 1“ durch die Wörter „Teil 5 Kapitel 1“ ersetzt.
    b) In Nr. 2 werden die Wörter „Teil 7 Abschnitt 2“ durch die Wörter „Teil 5 Kapitel 2“ ersetzt.
    c) In Nr. 3 werden die Wörter „Teil 7 Abschnitt 3“ durch die Wörter „Teil 5 Kapitel 3“ ersetzt und die Wörter „jeweils im Sinn der nach § 16 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 erlassenen allgemeinen Verwaltungsvorschrift“ werden gestrichen.

d) In Nr. 4 werden die Wörter „Teil 7 Abschnitt 4“ durch die Wörter „Teil 5 Kapitel 4“ ersetzt.

27. Teil 7 wird Teil 5.
28. Die Überschrift von Teil 5 Abschnitt 1 wird wie folgt gefasst:

„Kapitel 1
Einrichtungsleitung“.

29. § 70 wird § 69.
30. § 71 wird § 70 und in Satz 1 wird die Angabe „§ 12“ durch die Angabe „§ 17“ ersetzt.
31. § 72 wird § 71 und in Abs. 1 Nr. 1 wird die Angabe „§ 71“ durch die Angabe „§ 70“ ersetzt.
32. § 73 wird § 72.
33. Die Überschrift von Teil 5 Abschnitt 2 wird wie folgt gefasst:

„Kapitel 2
Pflegedienstleitung“.

34. § 74 wird § 73.
35. Die §§ 75 bis 77 werden die §§ 74 bis 76.
36. Die Überschrift von Teil 5 Abschnitt 3 wird wie folgt gefasst:

„Kapitel 3
Gerontopsychiatrische Pflege und Betreuung“.

37. § 78 wird § 77.
38. § 79 wird § 78 und Satz 1 wird wie folgt geändert:
    a) In Nr. 1 werden die Wörter „nach § 16 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ durch die Wörter „vom Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention (Staatsministerium)“ ersetzt.
    b) In Nr. 2 werden die Wörter „nach § 16 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ durch die Wörter „vom Staatsministerium“ ersetzt.
    c) In Nr. 3 werden die Wörter „nach § 16 Abs. 2 Satz 2“ durch die Wörter „vom Staatsministerium“ und die Angabe „bzw.“ durch das Wort „oder“ ersetzt.
39. Die §§ 80 und 81 werden die §§ 79 und 80.
40. Die Überschrift von Teil 5 Abschnitt 4 wird wie folgt gefasst:

„Kapitel 4
Praxisanleitung“.

41. Die §§ 82 bis 85 werden die §§ 81 bis 84.
42. § 86 wird § 85 und wie folgt geändert:
    a) In Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 60“ durch die Angabe „§ 59“ ersetzt.
    b) In Abs. 2 Satz 1 Satzteil vor Nr. 1 wird die Angabe „§ 60“ durch die Angabe „§ 59“ ersetzt.
43. § 87 wird § 86 und wie folgt geändert:
    a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 62“ durch die Angabe „§ 61“ ersetzt.
    b) In Satz 2 wird die Angabe „§ 86“ durch die Angabe „§ 85“ ersetzt.
44. Teil 8 wird Teil 6.
45. § 88 wird § 87 und in Abs. 3 Satz 4 wird die Angabe „§§ 59 bis 67“ durch die Wörter „die §§ 58 bis 66“ ersetzt.
46. § 89 wird § 88 und Abs. 3 wird wie folgt geändert:
    a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 60“ durch die Angabe „§ 59“ ersetzt.
    b) In Satz 4 wird die Angabe „§§ 59 bis 67“ durch die Wörter „die §§ 58 bis 66“ ersetzt.
47. Teil 9 wird Teil 7 und in der Überschrift wird vor dem Wort „Übergangs-“ das Wort „Ordnungswidrigkeiten;“ eingefügt.
48. Die §§ 90 und 91 werden die §§ 89 und 90 und wie folgt gefasst:

„§ 89
Ordnungswidrigkeiten

Mit Geldbuße bis zu zehntausend Euro kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. eine Einrichtung oder Wohnform betreibt, in der
    a) die Grundanforderungen an die Barrierefreiheit der Einrichtung oder Wohnform und ihrer Anlagen nach § 12 Satz 1, auch in Verbindung mit § 42 Abs. 1 und § 47 Abs. 1 Satz 1,

b) die Ausstattung mit Lager- und Fäkalienspülräumen nach § 14 Abs. 1 und § 42 Abs. 2, oder
c) die Mindestanforderungen an die persönlichen Wohnräume und sanitären Anlagen nach § 7 Abs. 2 Satz 2 bis 4, § 12 Satz 2, § 13 Satz 3 bis 5 oder § 14 Abs. 3 jeweils auch in Verbindung mit § 42 Abs. 1 und § 47 Abs. 1 Satz 1,

nicht erfüllt sind oder

d) ein Raum der in einer in § 15 Satz 1, auch in Verbindung mit § 42 Abs. 1, oder § 47 Abs. 1 Satz 6 genannten Art nicht mit einem geeigneten Rufsystem ausgestattet ist oder in einem Raum der in einer in § 15 Satz 2 genannten Art das Rufsystem nicht von jedem Bett aus bedient werden kann;

2. entgegen
   a) § 17 Abs. 1 und Abs. 4 Satz 2 Nr. 1, auch in Verbindung mit § 44 Abs. 1 Satz 2, oder § 44 Abs. 1 Satz 1 oder
   b) § 17 Abs. 3 oder § 17 Abs. 4 Satz 3 in Verbindung mit § 17 Abs. 4 Satz 2 Nr. 1

   Personen beschäftigt oder
   c) § 9 Abs. 1 oder § 18 Abs. 2 Satz 1 eine Einrichtung oder Wohnform ohne Zustimmung leiten oder verantworten lässt oder
   d) § 10 Satz 2 in Verbindung mit § 19 Abs. 1 und 3 bis 5 oder § 45 pflegerische oder betreuende Tätigkeiten nicht durch Fachkräfte oder nicht unter angemessener Beteiligung von Fachkräften wahrnehmen lässt;
3. entgegen
   a) § 21 Abs. 2, auch in Verbindung mit § 46, die für die Vorbereitung oder Durchführung der Wahl erforderliche personelle oder sachliche Unterstützung nicht gewährt, insbesondere dem Wahlausschuss die notwendigen Unterlagen nicht zur Verfügung stellt und die erforderlichen Auskünfte nicht erteilt,
   b) § 25 Abs. 2, auch in Verbindung mit § 46, einen Wahlausschuss nicht bestellt,
   c) § 28 Abs. 1, auch in Verbindung mit § 46, die Wahl der Bewohnervertretung behindert oder beeinflusst,
   d) § 29 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 29 Abs. 2 oder § 46, der zuständigen Behörde die Unmöglichkeit der Wahl einer Bewohnervertretung nicht oder nicht rechtzeitig mitteilt,
   e) § 34 Abs. 1 Satz 2, auch in Verbindung mit § 39 Abs. 7 Satz 2 oder § 46, ein Mitglied der Bewohnervertretung oder die Bewohnerfürsprecherin oder den Bewohnerfürsprecher bei der Erfüllung der Aufgaben behindert oder wegen der Tätigkeit benachteiligt oder begünstigt,
   f) § 34 Abs. 2, auch in Verbindung mit § 39 Abs. 7 Satz 2 oder § 46, eine Bewohnerin oder einen Bewohner der stationären Einrichtung benachteiligt oder begünstigt,
   g) § 37 Abs. 2 bis 5, auch in Verbindung mit § 39 Abs. 7 Satz 2 oder § 46, eine Maßnahme ohne vollständige Durchführung des vorgesehenen Mitbestimmungsverfahrens oder trotz einer erfolgten Verweigerung des Einvernehmens durch die Bewohnervertretung vornimmt,
   h) § 38 Abs. 3, auch in Verbindung mit § 39 Abs. 7 Satz 2, §§ 46 und 48 Satz 9, eine in der Funktion als Einrichtungsleitung oder als Träger getroffene Entscheidung vor ihrer Durchführung nicht oder nicht rechtzeitig mit der Bewohnervertretung erörtert oder
   i) § 38 Abs. 4 Satz 1, auch in Verbindung mit § 39 Abs. 7 Satz 2 oder § 46, an die Einrichtungsleitung oder an den Träger gerichtete Anträge oder Beschwerden der Bewohnervertretung nicht oder nicht rechtzeitig beantwortet;
4. entgegen § 55 Abs. 2 Satz 1 Weiterbildungen nach § 52 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 ohne staatliche Anerkennung durchführt.

§ 90
Übergangsregelung

(1) Für Personen, die am 31. Dezember 2020 die Voraussetzungen des § 12 Abs. 1 Nr. 1 in der am 31. Dezember 2020 geltenden Fassung erfüllt haben und als Leitung einer Einrichtung der Pflege und für ältere Menschen tätig waren, gelten die Voraussetzungen des § 17 Abs. 1 Nr. 1 als erfüllt.

(2) [1]Abweichend von § 10 Satz 1 gelten Personen, die vor dem 1. September 2011 die Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung als Gesundheits- und Krankenpflegerin oder Gesundheits- und Krankenpfleger, als Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin oder Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger oder als Altenpflegerin oder Altenpfleger erhalten haben, als Fachkräfte. [2]Die Voraussetzung des § 17 Abs. 1 Nr. 1 gilt als erfüllt.

(3) Für Personen, die am 31. Dezember 2020 Leiter einer Weiterbildung zur Praxisanleitung gemäß § 90 in der am 31. Dezember 2020 geltenden Fassung waren oder als Leitung einer Weiterbildung zur Praxisanleitung an einer von der Deutschen Krankenhausgesellschaft anerkannten Weiterbildungsstätte tätig waren, gelten die Voraussetzungen des § 83 Abs. 1 als erfüllt."

49. § 92 wird § 91 und wie folgt geändert:
    a) In der Überschrift werden die Wörter „und Ersetzung von Bundesrecht" gestrichen.
    b) In Abs. 1 wird die Absatzbezeichnung „(1)" gestrichen.
    c) Abs. 2 wird aufgehoben.
50. Die Anlage 3 wird wie folgt geändert:
    a) Die Überschrift zu Modul C wird wie folgt gefasst:
    „**Modul C: Beratungs-Qualifikationen (128 Unterrichtsstunden)**".
    b) Die Überschrift zu Modul D wird wie folgt gefasst:
    „**Modul D: Strukturelle Qualifikationen (104 Unterrichtsstunden)**".

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

München, den 3. Dezember 2024

Bayerisches Staatsministerium
für Gesundheit, Pflege und Prävention

Judith G e r l a c h , Staatsministerin

Begründung:

A) Allgemeiner Teil

Der Verordnungsentwurf sieht eine neue Systematik sowie Anpassungen vor, um den Erfahrungen aus der Praxis und den rechtlichen Grundlagen Rechnung zu tragen. Maßgeblich ist eine Reduzierung des Bürokratie- und Verwaltungsaufwandes, ohne das Schutzniveau abzusenken, indem vielfältige Verfahrensweisen normativ als Grundsatz geregelt werden, für die bislang die kostenpflichtige Zustimmung der zuständigen Behörde und ein im Einzelfall konzeptionell begründeter Abweichungsantrag erforderlich waren.

I. Systematik der Ausführungsverordnung

Mit der vorliegenden Verordnung wird die Systematik der Ausführungsverordnung an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst und insbesondere eine stärkere Trennung der Bereiche Pflege und Eingliederungshilfe verwirklicht. In den ordnungsrechtlichen Teilen der Ausführungsverordnung werden die jeweiligen Einrichtungs- und Wohnformen (stationäre Einrichtung, besondere Wohnform der Eingliederungshilfe, trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaft und Betreute Wohngruppe) stärker abgebildet, um den unterschiedlichen Pflege- und Betreuungssettings stärker gerecht zu werden. Die ersten drei Teile gliedern sich in „Allgemeine Vorschriften zur Qualitätssicherung (Teil 1)“, „Besondere Vorschriften zur Qualitätssicherung (Teil 2)“ und „Befreiungen und Abweichungen (Teil 3)“. Die allgemeinen Vorschriften zur Qualitätssicherung umfassen allgemeine Bestimmungen sowie allgemeine bauliche und personelle Mindestanforderungen, die auf alle Einrichtungs- und Wohnformen Anwendung finden. Die besonderen Vorschriften zur Qualitätssicherung knüpfen in getrennten Kapiteln an die jeweiligen Einrichtungs- und Wohnformen an und regeln besondere bauliche und personelle Mindestanforderungen sowie Bestimmungen zur Mitwirkung und Mitbestimmung. Der vierte bis sechste Teil enthält die bisherigen Regelungen zur Weiterbildung zur Einrichtungsleitung, zur Pflegedienstleitung, zur gerontopsychiatrischen Pflege und Betreuung und zur Praxisanleitung. Im siebten Teil sind die Übergangs- und Schlussbestimmungen sowie Bestimmungen zu Ordnungswidrigkeiten geregelt.

II. Berücksichtigung der Bedarfe von Menschen mit Behinderung

Die Bedarfe von Menschen mit Behinderung im Bereich der Eingliederungshilfe werden stärker berücksichtigt. Der bislang in § 50 Abs. 4 Satz 1 AVPfleWoqG a. F. und § 51 Abs. 6 Satz 1 AVPfleWoqG a. F. geregelte Grundsatz, wonach bei der Anwendung der baulichen und personellen Mindestanforderungen die Aufgaben der Betreuung, Förderung und Eingliederung von Menschen mit Behinderung und die besonderen Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner, die sich insbesondere aus der Art und Schwere der Beeinträchtigung ergeben, zu berücksichtigen sind, wird in § 41 Satz 1 hervorgehoben und konkretisiert. Bei Anwendung der ordnungsrechtlichen Bestimmungen ist die inhaltliche Ausrichtung der Wohnform und der individuelle Schwerpunkt der betreuerischen Bedarfe und Versorgung zu berücksichtigen. Bei der Anwendung der baulichen und personellen Mindestanforderungen sind gemäß § 41 Satz 2 künftig die nach den Lebensbereichen der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) im Sinn des § 118 Abs. 1 SGB IX ermittelten Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner umfasst. Im Übrigen wird das BTHG umgesetzt und der Vielfalt in der Betreuung von Menschen mit Behinderung Rechnung getragen, indem nicht mehr an „stationäre Einrichtungen“, sondern an „besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe“ angeknüpft wird sowie die personenzentrierte und sozialraumorientierte Betreuung, Förderung und Eingliederung gestärkt werden.

III. Allgemeine Bestimmungen

§§ 1 bis 5 enthalten allgemeine Bestimmungen, die für alle Einrichtungen und Wohnformen gelten. Die neue Bestimmung in § 1 erleichtert die Zuordnung der anwendbaren Vorschriften für die jeweilige Wohnform. Im Vergleich zur bisherigen Rechtslage gelten sämtliche bauliche und personelle Mindestanforderungen sowie Bestimmungen zur Mitwirkung und Mitbestimmung nur für Einrichtungen und Wohnformen, die in der Regel mindestens sechs pflege- oder betreuungsbedürftige Personen aufnehmen. Bislang galt diese Grenze ausschließlich für bauliche Mindestanforderungen. Insoweit tritt der ordnungsrechtliche Schutzauftrag zurück, um die Gründung kleinerer und inklusiver Wohnformen zu unterstützen und für ambulante Wohnformen Erleichterungen zu ermöglichen. Pflege- und betreuungsbedürftige Menschen werden bei ihrer Teilhabe am Leben der Gesellschaft stärker unterstützt, indem nun in § 2 auch die individuellen Bedürfnisse zu fördern sowie die individuellen Bedarfe zu berücksichtigen sind. In § 3 wird als Neufassung der Begriff der fachlichen Konzeption konkretisiert, um die ordnungsrechtliche Bedeutung der Konzeption hervorzuheben. In § 4 wird die Zusammenarbeit der Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) mit relevanten Stellen verankert. Im Übrigen wird die bisher in der § 48 Abs. 1 AVPfleWoqG a.F. geregelte Konkretisierung der aufzeichnungspflichtigen Unterlangen in § 5 im Sinn der Entbürokratisierung aufgehoben, die allgemeinen Bestimmungen im Hinblick auf die Umsetzung des BTHG redaktionell überarbeitet und die bisher in § 49 AVPfleWoqG a. F. enthaltenen Ausführungen zum Begriff des sachverständigen Dritten aufgehoben.

IV. Bauliche Mindestanforderungen

Die baulichen Mindestanforderungen werden in allgemeine und besondere Mindestanforderungen aufgeteilt.

Die in §§ 6 bis 8 geregelten allgemeinen baulichen Mindestanforderungen, die für **alle Einrichtungs- und Wohnformen** Anwendung finden, beziehen sich auf „Bestandsschutz“ (§ 6) „Wohnflächen und persönliche Wohnräume“ (§ 7) und „Telekommunikation“ (§ 8). Neben der einheitlichen Verwendung des Wortes „persönliche Wohnräume“ anstelle von „Wohnplätze“ wird die Verpflichtung zur Angleichung von baulichen Mindestanforderungen nach § 10 AVPfleWoqG a. F. aufgehoben. Es ist geplant, in § 6 einen Bestandsschutz für kostenintensive bauliche Anforderungen zu regeln, um Träger zu entlasten. Zudem wird die Bestimmung zum „Telekommunikationsanschluss“ aktualisiert. Bislang „soll“ in persönlichen Wohnräumen von stationären Einrichtungen ein Telekommunikationsanschluss vorgehalten werden, künftig muss zur Stärkung der Teilhabe am Leben der Gesellschaft innerhalb von spätestens fünf Jahren ab dem Inkrafttreten dieser Verordnung in persönlichen Wohnräumen die technischen Voraussetzungen, Telefonate zu führen, Rundfunk- und Fernsehprogramme zu empfangen sowie das Internet zu nutzen, vorgehalten werden. Eine ausreichende Möglichkeit liegt in der Regel vor, wenn eine den Bedarfen der Bewohnerinnen und Bewohner entsprechend funktionierende Nutzung ermöglicht wird.

Neben den allgemeinen baulichen Mindestanforderungen regelt der zweite Teil abhängig von der jeweiligen Einrichtungs- und Wohnform besondere bauliche Mindestanforderungen. Im Vergleich zur bisherigen Rechtslage werden hierbei folgende Änderungen vorgenommen:

Die besonderen baulichen Mindestanforderungen für **vollstationäre Pflegeeinrichtungen** werden in den §§ 12 bis 15 geregelt. Die bislang in Verwaltungsvorschriften geregelte Einzelzimmerquote, wonach 75 % der persönlichen Wohnräume als Einzelwohnräume ausgestaltet sein müssen, wird nicht normativ geregelt und damit aufgehoben. Hintergrund ist der Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 21.08.2023 (Az.: 12 ZB 23.1134) zum Erfordernis normativer Regelung bei staatlicher

Festlegung quotendefinierter Anforderungen. Da Kurzzeiteinrichtungen wesentlicher Bestandteil der Versorgungssituation in Bayern sind, erfolgt in § 13 Satz 6 eine Reduzierung der Wohnfläche von Einzel- und Doppelwohnräumen von 14 m^2 bzw. 20 m^2 auf nun 12 m^2 bzw. 18 m^2 für eingestreute und solitäre Kurzzeitplätze, wenn über das trägereigene Mobiliar hinaus kein eigenes Mobiliar benötigt wird. Hierdurch soll die Entwicklung von Kurzzeitplätzen gefördert werden. Auch muss künftig nicht mehr für jeweils bis zu 40 Bewohnerinnen und Bewohner, sondern nur noch ein Pflegebad je vollstationärer Pflegeeinrichtung zur Verfügung stehen (§ 14 Abs. 3 Satz 3). Im Übrigen wird die bisher in § 5 AVPfleWoqG a. F. enthaltene Regelung, wonach ein Abschiedsraum vorgehalten werden soll, sofern persönliche Wohnräume für zwei Personen vorgesehen werden, aufgehoben. Die Verantwortung für den Umgang mit einem würdevollen, dem Pietätsgefühl entsprechenden Abschiednehmen ist in die Hände der Einrichtungen zu legen.

§ 42 regelt die besonderen baulichen Mindestanforderungen für **besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe**. Im Vergleich zur bisherigen Rechtslage wird die Bedeutung der Konzeption, der Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Ausrichtung der Wohnform gestärkt. Bei der Anwendung der baulichen Mindestanforderungen ist der in § 41 geregelte Grundsatz der Berücksichtigung der fachlichen Konzeption und des individuellen Schwerpunkts der betreuerischen Bedarfe und Versorgung zu beachten. Für Kurzzeiteinrichtungen der Eingliederungshilfe soll, wie bei Kurzzeiteinrichtungen der Pflege, die Wohnfläche von Einzel- und Doppelwohnräumen nicht mehr 14 m^2 bzw. 20 m^2, sondern neu 12 m^2 bzw. 18 m^2 betragen (§ 42 Abs. 1 i. V. m. § 13 Satz 6). Es ist kein Abschiedsraum mehr vorzuhalten.

Bislang galten für **trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften und Betreute Wohngruppen**, für die die Ausführungsverordnung Anwendung findet, die baulichen Mindestanforderungen für stationäre Einrichtungen bzw. besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe mit der Möglichkeit der konzeptionellen Abweichung entsprechend. Der Verordnungsentwurf sieht neben den allgemeinen baulichen Mindestanforderungen nun in § 47 Abs. 1 und § 49 Abs. 1 besondere bauliche Mindestanforderungen vor. Außerdem wird in § 50 Abs. 3 die Möglichkeit der konzeptionellen Abweichung bei trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften und Betreuten Wohngruppen ausdrücklich benannt, um innovative und von den Mindestanforderungen abweichende Konzepte sowie die Gründung ambulanter Wohnformen zu fördern. § 6 normiert für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung bestehen oder für die eine Baugenehmigung beantragt oder erteilt wurde, einen Bestandsschutz zur Erfüllung von bestimmten baulichen Anforderungen.

V. Personelle Mindestanforderungen

Auch die personellen Mindestanforderungen werden in allgemeine und besondere personelle Mindestanforderungen abhängig von der jeweiligen Einrichtungs- oder Wohnform aufgeteilt. Vor dem Hintergrund des Fachkräfte- und Personalmangels und des bundesrechtlichen Personalbemessungssystems werden sie unter Berücksichtigung des Bewohnerschutzes dahingehend angepasst, dass Einrichtungen und Wohnformen in der Erfüllung der Mindestanforderungen ein weiterer Gestaltungsspielraum im Vergleich zur bisherigen Rechtslage eingeräumt wird und unter Berücksichtigung des Bewohnerschutzes Mindestanforderungen teilweise reduziert werden.

Die allgemeinen personellen Mindestanforderungen in §§ 9 bis 11 finden für **alle Einrichtungs- und Wohnformen** Anwendung und beziehen sich auf „Leitung und Verantwortung mehrerer Einrichtungen oder Wohnformen“ (§ 9), „Fachkräfte “ (§ 10) und „Fort- und Weiterbildung“ (§ 11). Die Bestimmung zur Leitung mehrerer Einrichtungen oder

Wohnformen bezieht sich nunmehr sprachlich auch auf die „Verantwortung“ bei ambulanten Wohnformen. Die bisher in § 15 Abs. 1 Satz 1 AVPfleWoqG a. F. geregelte Bestimmung, wonach betreuende Tätigkeiten nur von Fachkräften oder unter angemessener Beteiligung von Fachkräften wahrgenommen werden dürfen, wird sprachlich um „pflegerische“ Tätigkeiten erweitert und aufgrund des engen Sachzusammenhangs bei der Definition des Begriffs der Fachkraft in § 10 Satz 2 verortet. Zudem wird die Bestimmung betreffend die Ermächtigung zum Erlass von Verwaltungsvorschriften zur Anerkennung von Fachkräften und zur Gleichstellung von Pflegekräften mit einer im Ausland abgeschlossenen Ausbildung in den Verwaltungsvorschriften (§ 16 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F.) aufgehoben, da diese nicht mehr den rechtlichen Gegebenheiten entsprechen.

Neben den allgemeinen personellen Mindestanforderungen regelt der zweite Teil der Ausführungsverordnung für die Einrichtungen und Wohnformen besondere personelle Mindestanforderungen.

§§ 16 bis 19 regeln die besonderen personellen Mindestanforderungen für **vollstationäre Pflegeeinrichtungen**. Die Eignung der Beschäftigten wird konkretisiert, indem nun in § 16 Satz 2 eine Einarbeitung sicherzustellen ist. Der Gestaltungsspielraum für die zuständige Behörde zur Erteilung der Zustimmung zum Einsatz einer Person als Einrichtungsleitung und als Pflegedienstleitung (Personalunion) wird erweitert, indem die Erteilung nicht mehr an einer festen Bewohneranzahl gebunden ist.

Die ordnungsrechtliche Fachkraftquote war über Jahrzehnte der maßgebliche Anknüpfungspunkt zur Beurteilung der personellen Mindestanforderungen in vollstationären Pflegeeinrichtungen. Ausgehend von den leistungsrechtlich verhandelten Personalschlüsseln müssen derzeit die Hälfte des Personals in Pflegeeinrichtungen Fachkräfte sein. Die Fachkraftquote wird im Zuge der Umsetzung der neuen Personalbemessung gemäß § 113c SGB XI für vollstationäre Pflegeeinrichtungen aufgehoben und die personelle Mindestanforderung an das neue Personalbemessungssystem angeglichen. Durch die Abschaffung werden keine Standards abgesenkt, sondern Freiräume für Organisationsentwicklung geschaffen. Der Personaleinsatz kann sich künftig an den Bedarfen der Bewohnerinnen und Bewohner orientieren und einrichtungsindividuell gestaltet werden. Die Abschaffung der Fachkraftquote führt nicht dazu, dass der Personaleinsatz nicht mehr durch die zuständige Behörde überprüft werden kann. Vielmehr prüft sie die personellen Mindestanforderungen nunmehr unter Bewertung der bei den Bewohnerinnen und Bewohnern unmittelbar ankommenden Versorgungsqualität.

Auf Grundlage der Ergebnisse des Projekts „Entwicklung und Erprobung eines wissenschaftlich fundierten Verfahrens zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen nach qualitativen und quantitativen Maßstäben gemäß § 113c SGB XI (PeBeM)“ wurden mit dem Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz bundesrechtliche Stellenschlüssel als sogenannte Personalanhaltswerte für die Ausstattung vollstationärer Pflegeeinrichtungen mit Pflege- und Betreuungspersonal festgelegt. Dadurch wird nicht mehr zwischen Fachkraft- und Hilfskraftpersonal, sondern zwischen Hilfskraftpersonal ohne Ausbildung, Hilfskraftpersonal mit landesrechtlich geregelter Helfer- oder Assistenzausbildung in der Pflege (Pflegefachhelferinnen und Pflegefachhelfer) und Fachkraftpersonal unterschieden. Dies hat zur Folge, dass Fachkräfte künftig verstärkt in ihrer Fachlichkeit tätig werden und Aufgaben delegieren. Da sich die Berechnung der Fachkraftquote an dem alten System der Verhandlung von Pflegesatzvereinbarungen orientiert, muss sie an das neue Personalbemessungssystem angepasst werden, um in Zeiten des Fachkräftemangels eine Personal- und Organisationsentwicklung und einen gezielten Einsatz von Fach- und Hilfskräften zu ermöglichen. Die formale Prüfung der Fachkraftquote, wonach bislang anhand der Pflegesatzvereinbarung geprüft wurde, ob die Hälfte des vorhandenen Personals Fachkräfte sind, wird durch eine qualitätsbezogene bewertende Prüfung ersetzt. Die Grundsätze der qualitätsbezogenen Prüfung von personellen Mindestanforderungen wird in § 19 Abs. 2 geregelt.

Demnach wird klargestellt, dass künftig jegliche personelle Mindestanforderung im Zusammenhang mit der (Ergebnis-)Qualität der pflegerischen Versorgung zu sehen ist. In einem ersten Schritt ist die Qualität der pflegerischen Versorgung zu überprüfen. Nur soweit Mängel und ein daraus resultierendes Qualitätsdefizit in der unmittelbaren Versorgung pflegebedürftiger Menschen festgestellt werden, bei denen nicht auszuschließen ist, dass sie entweder auf einem unzureichenden Personaleinsatz oder einer unzureichenden Konzeption beruhen, ist in einem zweiten Schritt die tatsächliche Personalausstattung zu überprüfen. In diesem Zusammenhang wird in § 19 Abs. 3 Satz 1 klargestellt, dass von „ausreichend fachlich geeignetem Personal“ im Sinn des Art. 3 Abs. 2 und 3 PfleWoqG auszugehen ist, wenn die Pflegesatzvereinbarung auf Grundlage der Personalbemessung gemäß § 113c SGB XI abgeschlossen wurde. Dies ermöglicht eine Harmonisierung mit dem Personalbemessungssystem und eine organisatorische Gestaltungsmöglichkeit der Einrichtungen hinsichtlich Personalausstattung und Personaleinsatz. Für vollstationäre Pflegeeinrichtungen, die noch keine Pflegesatzvereinbarungen auf Grundlage des neuen Personalbemessungssystems abgeschlossen haben, gilt die Fachkraftquote mit der Möglichkeit der konzeptionellen Abweichung fort. Die zuständige Behörde bleibt berechtigt, höhere Anforderungen zu treffen, wenn diese zum Schutze der Bewohnerinnen und Bewohner erforderlich sind.

Des Weiteren wird die in § 15 Abs. 5 AVPfleWoqG a. F. enthaltene Regelung, wonach der Einsatz von in einer stationären Einrichtung tätigen Betreuungskräften während ihrer Dienstzeit in ambulanten oder teilstationären Einrichtungen im Sinn des Elften Buches Sozialgesetzbuch, in anderen Wohnformen im Sinn des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes oder in Formen des Betreuten Wohnens unzulässig ist, soweit nicht Abweichendes im Gesamtversorgungsvertrag geregelt ist, aufgehoben. Die Streichung dient der Entbürokratisierung und Flexibilisierung, da den Einrichtungsträgern der nötige Freiraum zur eigenverantwortlichen, organisatorischen Gestaltung des Personaleinsatzes gegeben wird. Sofern im Rahmen des sektorenübergreifenden Einsatzes Mängel und ein daraus resultierendes Qualitätsdefizit in der unmittelbaren Versorgung pflegebedürftiger Menschen festgestellt werden, bei denen nicht auszuschließen ist, dass sie entweder auf einem unzureichenden Personaleinsatz oder einer unzureichenden Konzeption beruhen, können personelle Maßnahmen durch die zuständige Behörde getroffen werden.

Die Erweiterung des Gestaltungsspielraums bezieht sich auch auf den Bereich der gerontopsychiatrischen Pflege und Betreuung und auf die Anwesenheit von Pflegekräften in der Nacht. In § 19 Abs. 4 wird die sog. „Gerontofachkraftquote“, wonach in vollstationären Pflegeeinrichtungen je eine gerontopsychiatrisch qualifizierte Fachkraft pro 30 und in gerontopsychiatrischen Einrichtungen oder Wohnbereichen je eine gerontopsychiatrisch qualifizierte Fachkraft pro 20 Bewohnerinnen und Bewohner eingesetzt werden muss, flexibilisiert, um Einrichtungen ein größerer Spielraum zur Erfüllung der Anforderungen einzuräumen. Zum einen gilt künftig in vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie in gerontopsychiatrischen Einrichtungen oder Wohnbereichen einheitlich, dass für jeweils bis zu 30 Bewohnerinnen und Bewohner eine gerontopsychiatrisch qualifizierte Fachkraft beschäftigt sein muss. Zum anderen kann nun auch ein in der Pflegesatzvereinbarung verhandelter höherer Personalschlüssel (max. für bis zu 120 Bewohnerinnen und Bewohner) zur Erfüllung der Qualitätsanforderung gelten, wenn die gerontopsychiatrisch qualifizierte Fachkraft entsprechend für den Bereich der gerontopsychiatrischen Pflege und Betreuung von ihren Aufgaben im Regelbetrieb freigestellt wird. Zum einen wird eine Harmonisierung mit dem Leistungsrecht vollzogen und zum anderen der kompetenzorientierte Einsatz der gerontopsychiatrischen Fachkraft in der Einrichtung sichergestellt.

Derzeit muss in der Nacht in vollstationären Pflegeeinrichtungen mit bis zu 30 oder 40 Bewohnerinnen und Bewohner je eine Pflegekraft, mindestens aber eine Pflegefachkraft, ständig anwesend sein (§ 15 Abs. 1 Satz 3 AVPfleWoqG a. F.). Die Kriterien, in

welchen Fällen im Korridor von bis zu 30 oder bis zu 40 Bewohnerinnen und Bewohner je eine Pflegekraft anwesend sein muss, sind derzeit in Verwaltungsvorschriften geregelt. Im Sinn der Entbürokratisierung und vor dem Hintergrund des Fachkräfte- und Personalmangels ist kein Korridor mehr maßgeblich. Künftig muss einheitlich für bis zu 40 Bewohnerinnen und Bewohner je eine Pflegekraft, mindestens jedoch eine Pflegefachkraft, anwesend sein (§ 19 Abs. 5 Satz 1). Es wird klargestellt, dass dies nicht für stationäre Hospize gilt. Die Bestimmung wird insoweit erweitert, dass in vollstationären Pflegeeinrichtungen mit einer regelmäßigen Bewohnerzahl von 41 bis 50 und mit mehr als 80 Bewohnerinnen und Bewohner eine in Rufbereitschaft befindende Pflegekraft die Anwesenheit maximal einer Pflegekraft ersetzen kann, wenn entsprechend der fachlichen Konzeption eine angemessene räumliche und zeitliche Distanz zur Einrichtung sowie die Gründe für eine Kontaktaufnahme und die Erreichbarkeit festgelegt sind (§ 19 Abs. 5 Satz 2). Hiervon unberührt muss weiterhin eine Pflegefachkraft in der Einrichtung ständig anwesend sein. Die zuständige Behörde kann bei Erforderlichkeit anderweitige Maßnahmen im Sinn des Bewohnerschutzes anordnen. Im Tagdienst ist durch die Änderung mehr Personal verfügbar, Bürokratie- und Verwaltungsaufwand werden reduziert und zugleich weiterhin der Bewohnerschutz gewährleistet. Im Bereich von 51 bis 80 Bewohnerinnen und Bewohner ist der Pflege- und Betreuungsaufwand für nur eine anwesende Pflegekraft aus pflegefachlicher Sicht zu hoch, sodass hier im Interesse des Bewohnerschutzes keine grundsätzliche Ersetzung durch eine Rufbereitschaft vorgesehen ist. Die Möglichkeit, in Einzelfällen einen Antrag auf Abweichung zu stellen, ist weiterhin gegeben.

§§ 43 bis 45 enthalten besondere personelle Mindestanforderungen für **besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe**. Auch für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe wird die qualitätsbezogene Prüfung in den Vordergrund gestellt. Personalbezogene Maßnahmen können ebenso nur getroffen werden, wenn Mängel und ein daraus resultierendes Qualitätsdefizit in der Betreuung von Menschen mit Behinderung bestehen und nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese auf einen unzureichenden Personaleinsatz oder einer unzureichenden Konzeption beruhen (§ 45 Abs. 1). Das bloße Unterschreiten der Fachkraftquote führt nicht mehr zu einer Mangelfeststellung, erforderlich ist immer ein beim Betreuten ankommendes Qualitätsdefizit. Die Bestimmungen zur Anwesenheit von Betreuungskräften sowie zur Fachkraftquote werden dahingehend geändert, dass Wohnformen ein größerer Gestaltungsspielraum in der Erfüllung der Qualitätsanforderungen eingeräumt wird. Im Vergleich zur bisherigen Rechtslage, wonach am Tag und in der Nacht stets eine Fachkraft anwesend sein muss, ist für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe nun die bedarfsabhängige Ausgestaltung der Anwesenheit einer Fachkraft vorgesehen (§ 45 Abs. 2 Satz 1). Gemäß § 45 Abs. 2 Satz 2 ist hierbei, sofern der Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner keine Anwesenheit einer Fachkraft in der Nacht erfordert, die Erreichbarkeit einer Fachkraft in nächtlicher Rufbereitschaft sicherzustellen, um dem Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner Rechnung zu tragen. Vor dem Hintergrund des Fachkräfte- und Personalmangels und der leistungsrechtlichen Entwicklungen wird die ordnungsrechtliche Bestimmung zur Fachkraftquote geändert (§ 45 Abs. 3). Es wird davon ausgegangen, dass ausreichend fachlich geeignetes Personal in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe vorliegt, wenn für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe eine schriftliche Vereinbarung, welche die wesentlichen Leistungsmerkmale gemäß § 125 Abs. 2 Nr. 4 und 5 SGB IX umfasst, abgeschlossen wurde, die Personalausstattung dieser Vereinbarung entspricht und nach Prüfung der FQA die fachliche Konzeption unter Berücksichtigung von § 41 der Personalausstattung nicht entgegensteht. Im Übrigen gilt die Fachkraftquote fort. Dadurch soll auch im Bereich der Eingliederungshilfe eine hinreichende Flexibilität gewährleistet und klargestellt werden, dass eine formale Unterschreitung der Fachkraftquote nicht ohne Weiteres zu einer Mangelfeststellung führt. Die derzeit geltende Regelung, wonach zusätzlich zur Leitung einer besonderen Wohnform der Eingliederungshilfe die Leitung oder Verantwortung von maximal zwei weiteren Einrichtungen oder Wohnformen übernommen werden darf, wird an die Belange der Eingliederungshilfe angepasst. Es können auch mehr als insgesamt drei Einrichtungen oder Wohnformen geleitet oder verantwortet werden, wenn eine Gesamtzahl von 72 Betreuungsplätzen nicht überschritten wird (§ 44 Abs. 2 Satz 2). Nach bisheriger

Rechtslage ist hierfür die Zustimmung der FQA und ein konzeptionell begründeter Abweichungsantrag erforderlich, sodass durch die normative Regelung der Bürokratie- und Verwaltungsaufwand sowie die Kostenbelastung reduziert werden.

Bislang galten ordnungsrechtlich für **trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften und Betreute Wohngruppen**, für die die Ausführungsverordnung Anwendung finden, die personellen Mindestanforderungen für stationäre Einrichtungen bzw. besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe mit der Möglichkeit der konzeptionellen Abweichung entsprechend. Der Verordnungsentwurf sieht in § 47 Abs. 2 und § 49 Abs. 2 besondere personelle Mindestanforderungen vor. In § 51 Abs. 4 wird die Möglichkeit der konzeptionellen Abweichung von personellen Mindestanforderungen ausdrücklich umfasst, um die vielfältigen Rahmenbedingungen in ambulanten Settings zu berücksichtigen sowie die Gründung ambulanter Wohnformen und die Einführung innovativer Konzepte zu fördern. Im Vergleich zu den Vorgaben für vollstationäre Pflegeeinrichtungen und besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe geht keine Erhöhung der vorgesehenen Mindestanforderungen für ambulante Wohnformen einher.

VI. Mitwirkung und Mitbestimmung

Die aktuellen Regelungen zur Mitwirkung und Mitbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner von vollstationären Pflegeeinrichtungen und besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe werden in §§ 20 bis 40 sowie § 46 verortet und gelten weitestgehend unverändert fort. Im Sinn der Reduzierung des Bürokratieaufwands werden die Regelungen zum Zwecke der Übersichtlichkeit redaktionell überarbeitet und die Verpflichtung zur Meldung der Bildung einer Bewohnervertretung an die FQA in § 29 aufgehoben. Für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften werden in § 48 spezielle Bestimmungen zur Mitwirkung des Gremiums der Selbstbestimmung anstelle der bisher geltenden Bestimmungen zur Bewohnervertretung geregelt. Für Betreute Wohngruppen sieht der Verordnungsentwurf keine besonderen Anforderungen an die Mitbestimmung und Mitwirkung vor.

VII. Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde

Die in den Teilen 4 bis 6 enthaltenen Vorschriften zur Weiterbildung zur Einrichtungsleitung, zur Pflegedienstleitung, zur gerontopsychiatrischen Pflege und Betreuung und zur Praxisanleitung gelten inhaltlich unverändert fort. Eine für den Verwaltungsvollzug handhabbare Regelung zur Aufhebung der staatlichen Anerkennung von Weiterbildungseinrichtungen und zur Verfolgung von Weiterbildungseinrichtungen, die ohne staatliche Anerkennung die Weiterbildungen durchführen, ist vorgesehen. Zudem werden die Regelungen zur Anrechnung gleichwertiger Qualifikationen, zur Durchführung der Weiterbildung als Fernlehrgang, zur Bestimmung der Fehlzeiten und zum Prüfungsgeschehen konkretisiert. Die Regelung zur Zuständigkeit für die Weiterbildungsvorschriften wird aus dem bisherigen neunten Teil der Ausführungsverordnung (§ 90 AVPfleWoqG a. F.) an den Anfang des nunmehr vierten Teils in § 52 Abs. 3 gezogen. Im Übrigen sieht der Verordnungsentwurf Aktualisierungen der Normverweise vor.

VIII. Ordnungswidrigkeiten; Übergangs- und Schlussbestimmungen

Die Übergangsbestimmungen für Heimbeiräte und Weiterbildungseinrichtungen (§ 91 Abs. 5 und 6 AVPfleWoqG a. F.) und Bestimmungen zur Ersetzung von Bundesrecht (§ 92 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F.) werden aufgehoben, da diese keine Anwendung mehr finden.

B) Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Die Versorgung von pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen gewinnt in der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Insbesondere vor dem Hintergrund der sich wandelnden Rahmenbedingungen, des Fachkräfte- und Personalmangels, der Umsetzung des BTHG sowie der sich verändernden Lebenswirklichkeiten von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Mieterinnen und Mietern stellt die Weiterentwicklung und Sicherstellung einer angemessenen Pflege und Betreuung eine zentrale Zukunftsaufgabe dar. Aufgrund des medizinischen Fortschritts und des demografischen Wandels werden vermehrt multimorbid Pflegebedürftige in vollstationäre Pflegeeinrichtungen aufgenommen. Dies hat zur Folge, dass sich die Vulnerabilität, das Schutzbedürfnis sowie das Versorgungssetting der betroffenen Personengruppen verändert. In diesem Zusammenhang ist die Überwachungs-, Kontroll- und Beratungsfunktion der FQA ein wesentlicher Bestandteil für eine würde- und qualitätsvolle Versorgung in Einrichtungen und Wohnformen, die dem PfleWoqG unterliegen. Die für die Umsetzung des PfleWoqG einschlägigen Konkretisierungen, vor allem bauliche und personelle Mindestanforderungen, sind in der Ausführungsverordnung geregelt. Um eine Weiterentwicklung der Pflege- und Betreuungslandschaft unter Berücksichtigung der Veränderungen der Rahmenbedingungen und Lebenswirklichkeiten zu fördern, müssen die Ausführungsbestimmungen normativ angepasst werden. Im Übrigen sind die zum 01.08.2023 in Kraft getretenen Änderungen des PfleWoqG umzusetzen, sodass eine normative Regelung zwingend notwendig ist.

C) Besonderer Teil

Zu § 1 (Änderung der Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde)

Zu Nr. 1

Teil 1 und 2 werden neu gefasst und die jeweiligen Überschriften aktualisiert.

Teil 1 Allgemeine Vorschriften zur Qualitätssicherung

Teil 1 enthält allgemeine Bestimmungen sowie allgemeine bauliche und personelle Mindestanforderungen, die für alle Einrichtungs- und Wohnformen, für die die Ausführungsverordnung Anwendung findet, gelten.

Kapitel 1 Allgemeine Bestimmungen

Zu § 1 Anwendungsbereich und Zuständigkeit

§ 1 legt den Anwendungsbereich für die ordnungsrechtlichen Bestimmungen fest und enthält eine Klarstellung, welche Behörde für die Durchführung der Teile 1, 2 und 3 zuständig ist.

Zu Abs. 1

Die Ausführungsverordnung knüpft an die in Art. 2 Abs. 1, 2, 4 und 5 PfleWoqG definierten Einrichtungs- und Wohnformen an, wonach für bestimmte Einrichtungen und Wohnformen der zweite Teil des Gesetzes und damit die Ausführungsverordnung Anwendung findet. Um die Gründung kleinerer Wohn- und Einrichtungsformen zu unterstützen und ihren familiären Charakter zu erhalten, ist es geboten, Wohnformen mit einer geringen Bewohner- bzw. Mieterzahl von den Vorgaben der Ausführungsverordnung auszunehmen. Daher sind die ordnungsrechtlichen Bestimmungen der AVPfleWoqG nur noch auf Einrichtungen und Wohnformen anwendbar, die in der Regel mindestens sechs pflege- oder betreuungsbedürftige Personen aufnehmen. Für den Begriff der Pflegebedürftigkeit gelten die Bestimmungen des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) entsprechend. Die Mindestanzahl galt bislang nur für bauliche Mindestanfor-

derungen (§ 1 Abs. 1 AVPfleWoqG a. F.) und wird nun um die personellen Mindestanforderungen und Bestimmungen zur Mitwirkung und Mitbestimmung erweitert. Kleinstwohnformen sollen entlastet und die Gründung zur Aufrechterhaltung der pflegerischen und betreuerischen Versorgungssicherheit unterstützt und gefördert werden. Der Aufwand zur Erfüllung der personellen Mindestanforderungen bzw. Anforderungen an die Mitwirkung und Mitbestimmungen ist für Kleinstwohnformen unverhältnismäßig. Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mieter von Einrichtungs- und Wohnformen, die weniger als sechs Personen aufnehmen, werden durch die Änderung nicht schutzlos gestellt. Der Schutzauftrag des Staates bleibt weiterhin gewahrt. Auf die Anwendung des zweiten Teils des PfleWoqG hat die Begrenzung keine Auswirkungen, so dass auch Wohnformen mit bis zu sechs Personen den Vorgaben des PfleWoqG (insb. Sicherstellung von Qualitätsanforderungen, Qualitätsprüfungen durch die zuständige Behörde und Transparenzschutzregelungen über die Ergebnisse der Prüfungen) unterfallen und nicht in einem rechtsfreien Raum existieren. Für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften und Betreute Wohngruppen wird in § 1 Abs. 1 Satz 2 zudem klargestellt, dass maximal zwölf Pflege- oder Betreuungsbedürftige in einer Wohnform leben können, ohne dass die Mindestanforderungen für vollstationäre Einrichtungen bzw. besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe Anwendung finden. Hintergrund ist, dass der Charakter einer Wohngemeinschaft bzw. Wohngruppe aufrechterhalten werden soll. Im Übrigen wird dadurch die bereits bestehende Regelung des Art. 2 Abs. 4 Satz 6 PfleWoqG, wonach zwischen trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften und Wohngemeinschaften, in denen mehr als zwölf Mieterinnen und Mieter leben, unterschieden wird, konkretisiert. Für ambulante Wohnformen, in denen mehr als zwölf Pflege- oder Betreuungsbedürftige leben, finden somit die Vorschriften für stationäre Einrichtungen bzw. besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe Anwendung, um eine Umgehung der für den vollstationären Bereich geltenden Bestimmungen zu verhindern. Im Übrigen wird in § 1 Abs. 1 Sätze 3 und 4 klargestellt, dass für stationäre Hospize und Kurzzeiteinrichtungen die Bestimmungen für stationäre Einrichtungen mit Ausnahme der Bestimmungen zur Bewohnervertretung anwendbar sind.

Zu Abs. 2

§ 1 Abs. 2 stellt klar, dass die bei den Kreisverwaltungsbehörden angesiedelte FQA für die Durchführung der ordnungsrechtlichen Bestimmungen der AVPfleWoqG zuständig ist. Hintergrund der Regelung ist, dass für bestimmte Teile der Ausführungsverordnung verschiedene Behörden zuständig sind. Um die Zuständigkeiten nachvollziehbar in der Ausführungsverordnung darzustellen, sind entsprechende Klarstellungen zu Beginn der jeweiligen Teile vorgesehen.

Zu § 2 Teilhabe am Leben in der Gesellschaft

§ 2 enthält die bislang in § 46 AVPfleWoqG a. F. geregelte Bestimmung zur Unterstützung von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Mieterinnen und Mietern bei ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dies umfasst insbesondere die Orientierung in den sozialen Nahraum und das Öffnen gegenüber dem Gemeinwesen. Demnach sollen sich Einrichtungen und Wohnformen aktiv um die Vernetzung mit dem Gemeinwesen bemühen und vielfältige Außenkontakte pflegen (Inklusion). Die kommunale Gebietskörperschaft, auf deren Gebiet sich die Einrichtung oder Wohnform befindet, kann weiterhin im Einvernehmen mit der Leitung bzw. verantwortlichen Person ehrenamtlich Tätige als Verbindungspersonen zur Stärkung der Dialog- und Beteiligungskultur benennen.

Durch die systematische Stellung wird die ordnungsrechtliche Bedeutung der Förderung der Teilhabe gestärkt und durch die Bezeichnung „Mieterinnen und Mieter“ für Pflegebedürftige, die in ambulant betreuten Wohngemeinschaften leben, der allgemeine Sprachgebrauch verwendet. § 2 Satz 1 regelt dabei die aktive Unterstützung der

Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mieter bei ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dies wird in § 2 Satz 2 konkretisiert, wonach die individuellen Bedürfnisse insbesondere hinsichtlich der Mobilität und des selbstbestimmten Wohnens zu fördern (Nr. 1), die individuellen Bedarfe und die kulturelle, ethnische, geschlechtliche und sexuelle Identität zu berücksichtigen (Nr. 2) sowie die besondere Lebenssituation von schwer kranken und sterbenden Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Mieterinnen und Mietern zu achten (Nr. 3) sind. Die Nrn. 1 und 2 werden im Vergleich zur bisherigen Rechtslage zur Stärkung der Förderung der Teilhabe und der Personenzentrierung neu geschaffen. Dadurch wird die Teilhabe und Selbstbestimmung im Hinblick auf die Mitgestaltung von Planungen und Zielen gestärkt. Im Übrigen ist nun die kulturelle, ethnische, geschlechtliche und sexuelle Identität zu berücksichtigen, um einen Gleichlauf mit Art. 1 Abs. 1 Nr. 1 und Art. 3 Abs. 2 Nr. 1 PfleWoqG herzustellen.

Zu § 3 Fachliche Konzeption

Die Ausführungsverordnung sieht auch weiterhin an mehreren Stellen vor, dass die „fachliche Konzeption“ einer Einrichtung oder Wohnform bei der Anwendung der Bestimmungen zu berücksichtigen ist. Eine Konzeption spiegelt dabei das Gesamtbild einer Einrichtung oder Wohnform wider und enthält eine Zusammenfassung von inhaltlichen und strukturellen Informationen und Orientierungen. Um die Anwendung der Mindestanforderungen zu erleichtern und den Begriff der „Konzeption“ in den jeweiligen Kontexten näher zu bestimmen, sieht § 3 entsprechende Beschreibungen vor.

Zu Abs. 1

§ 3 Abs. 1 enthält die bislang in § 1 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F. geregelte Bestimmung zur Berücksichtigung des voraussehbaren pflegerischen Bedarfs sowie der Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mieter. Die Regelung wird dahingehend erweitert, dass nunmehr auch der Zweck der Einrichtung oder Wohnform zu berücksichtigen ist und der Grundsatz nicht mehr nur ausdrücklich für bauliche, sondern auch für personelle Mindestanforderungen gilt.

Zu Abs. 2

§ 3 Abs. 2 enthält die bislang in § 1 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F. geregelte Bestimmung, dass bei der räumlichen und baulichen Gestaltung der fachlichen Konzeption Rechnung zu tragen ist. Eine Konzeption im Sinne des § 3 Abs. 2 bedarf keines erheblichen Bürokratieaufwands. Vielmehr soll sie die wesentlichen Informationen über die Einrichtung bzw. Wohnform knapp und übersichtlich enthalten und vermitteln. Sie kann sich beispielsweise auf die Lage, Größe und räumliche Ausstattung sowie Zielgruppe, Art und Umfang der angebotenen Pflege- und Betreuungsleistungen beziehen. Außerdem ist bei der personellen Gestaltung ebenfalls die fachliche Konzeption, die sich bspw. auf die Anzahl und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Delegations- und Kommunikationsprozesse sowie das personalbezogene Qualitätsmanagement beziehen kann, zu berücksichtigen.

Zu § 4 Zusammenarbeit und Arbeitsgemeinschaft

Die Vorschrift bildet die Grundlage der Zusammenarbeit der FQA mit den Pflege- und Krankenkassen, deren Landesverbänden, dem Medizinischen Dienst, dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, den örtlichen Seniorenbeiräten, dem Verband der Privaten Krankenversicherung e. V. und den zuständigen Trägern der Sozial- und Eingliederungshilfe. Sie orientiert sich an der bisherigen Vorschrift des § 47 AVPfleWoqG a. F. und den Verwaltungsvorschriften zum Vollzug des Ordnungsrechts, wonach § 47 AVPfleWoqG a. F. bislang für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften und Betreute Wohngruppen analog galt.

Zu Abs. 1

Hintergrund des gesetzlichen Auftrags der FQA sind u. a. die Verbesserung des Schutzes der Interessen und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mieter, die Sicherung einer angemessenen Qualität des Wohnens sowie einer angemessenen Qualität der Überwachung. Hierbei sind sie nach § 4 Abs. 1 Satz 1 verpflichtet, eng mit den Pflege- und Krankenkassen, deren Landesverbänden, dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, den örtlichen Seniorenbeiräten, den Prüforganisationen der gesetzlichen Pflege- und Krankenkassen sowie der privaten Krankenversicherung und den zuständigen Trägern der Sozial- und Eingliederungshilfe zusammenzuarbeiten. Ergänzend wird hierbei im Vergleich zur bisherigen Rechtslage die Zusammenarbeit mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, der Prüforganisation des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e. V., den örtlichen Seniorenbeiräten und den Trägern der Eingliederungshilfe explizit in die Regelung neu aufgenommen. Insbesondere die Lehren aus der SARS-CoV-2-Pandemie haben gezeigt, dass bei Ausbruchsgeschehen effektiv und rasch gehandelt werden muss, sodass die Kommunikation mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst nun normativ sichergestellt wird. Außerdem wird die Zusammenarbeit um die Prüforganisation des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e. V., der Careproof GmbH, ergänzt, da deren Aufgaben mit denen des Medizinischen Dienstes vergleichbar sind. Auch die Zusammenarbeit mit den Trägern der Eingliederungshilfe wird hinzugefügt, weil im Zuge der Umsetzung des BTHG die Regelungen zu den Leistungen der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII in das SGB IX verlagert und seither nicht mehr die Träger der Sozialhilfe, sondern die Bezirke als Träger der Eingliederungshilfe für die Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe zuständig sind. Im Rahmen der Zusammenarbeit sollen sich die genannten Beteiligten zum Zwecke einer effektiven Qualitätssicherung gegenseitig informieren, Prüftätigkeiten koordinieren und sich über Maßnahmen zur Qualitätssicherung sowie zur Beseitigung von Beanstandungen austauschen. Eine effektive Qualitätssicherung bedeutet in diesem Zusammenhang eine möglichst bürokratiearme, digitale und zielgerichtete Zusammenarbeit. § 4 Abs. 1 Satz 2 ermöglicht wie bisher die vertrauensvolle Zusammenarbeit in Form von Arbeitsgemeinschaften (§ 47 Abs. 4 und 5 AVPfleWoqG a. F.). Näheres, wie beispielsweise Vorsitz, Kostentragung und Einbeziehung von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, kommunalen Träger und sonstigen Trägern sowie deren Vereinigungen, den Verbänden der Bewohnerinnen und Bewohner oder Mieterinnen und Mieter sowie den Verbänden der Pflegeberufe, den Betreuungsbehörden und den Angehörigenverbänden der Behindertenhilfe bzw. der Menschen mit Pflegebedarf, regeln künftig die Arbeitsgemeinschaften selbst, weshalb § 47 Abs. 4 und 5 AVPfleWoqG a. F. nicht mehr ausdrücklich Inhalt der Ausführungsverordnung ist.

Zu Abs. 2 bis 4

§ 4 Abs. 2 bis 4 enthält die bislang in § 47 Abs. 2, 3 und 6 AVPfleWoqG a. F. geregelte Bestimmung zum Austausch von Prüfberichten, Ergebnisprotokollen und personenbezogenen Daten sowie zur Anonymisierung der Ergebnisprotokolle bei einem Austausch innerhalb der für die Durchführung nach dem PfleWoqG zuständigen Behörden. Insoweit ergeben sich lediglich redaktionelle Änderungen.

Zu § 5 Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten

§ 5 orientiert sich an der bislang in § 48 Abs. 2 und 3 AVPfleWoqG a. F. enthaltenen Regelung. Gemäß Art. 7 PfleWoqG müssen Träger nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buch- und Aktenführung Aufzeichnungen über den Betrieb machen und die Qualitätssicherungsmaßnahmen und deren Ergebnisse so dokumentieren, dass der ordnungsgemäße Betrieb festgestellt werden kann. Somit müssen die vom Träger nach Art. 7 PfleWoqG zu erstellenden Aufzeichnungen alle relevanten Daten enthalten. Relevante Daten sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Nutzungsart, Lage, Zahl und Größe der Räume sowie die Belegung der Wohnräume;

Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift und Ausbildung der Beschäftigten mit regelmäßiger Arbeitszeit, ausgeübter Tätigkeit und Dauer des Beschäftigungsverhältnisses; Name, Vorname, Geburtsdatum und Pflege- und Betreuungsbedarf sowie bei pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mieter der Pflegegrad; Erhalt, Aufbewahrung und Verabreichung von Arzneimitteln einschließlich der pharmazeutischen Überprüfung der Arzneimittelvorräte; Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung, wie Beschwerdemanagement, Personaleinsatzplanung und zur Fort- und Weiterbildung; freiheitsbeschränkende und freiheitsentziehende Maßnahmen, Überprüfung deren Notwendigkeit sowie Angaben des für die Anordnung der Maßnahme Verantwortlichen. Im Vergleich zur bisherigen Rechtslage werden die Aufzeichnungspflichten entbürokratisiert. Neben der generellen Aufhebung der bislang geltenden Aufzeichnungspflichten zur Pflegeplanungen, zu Förder- und Hilfspläne und zur Verwaltung von Geldern und Wertsachen der Bewohnerinnen und Bewohner (§ 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, 6 und 9 AVPfleWoqG a. F.) werden die konkrete Angabe „Dienstpläne“ (§ 48 Abs. 1 Nr. 2 AVPfleWoqG a. F.), „das Geschlecht“ (§ 48 Abs. 1 Nr. 3 AVPfleWoqG a. F.), „Unterweisung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den sachgerechten Umgang mit Arzneimitteln“ (§ 48 Abs. 1 Nr. 4 AVPfleWoqG a. F.) sowie „zum Angebot von Supervision oder vergleichbaren Maßnahmen“ im Sinn der Entbürokratisierung (§ 48 Abs. 1 Nr. 7 AVPfleWoqG a. F.) als nicht mehr relevant eingestuft. Die FQA ist gehalten, sich bei der Überprüfung von Einrichtungen und Wohnformen an den internen Abläufen, insbesondere differenziert nach den jeweiligen Settings, sowie an geeigneten, wohnformindividuellen Systemen des Qualitätsmanagements und der Pflegedokumentation zu orientieren.

Kapitel 2 Allgemeine bauliche Mindestanforderungen

Zu § 6 Bestandsschutz

§ 6 enthält eine Bestandsschutzregelung für bestimmte bauliche Mindestanforderungen, um Einrichtungen und Wohnformen finanziell zu entlasten und bürokratischen Aufwand zu reduzieren. Insoweit ergeben sich Folgeanpassungen in § 90. Die in § 10 AVPfleWoqG a.F. enthaltene Regelung zur Angleichung von baulichen Mindestanforderungen wird aufgehoben.

§ 6 sieht für vollstationäre Pflegeeinrichtungen und besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe, die vor dem 01.09.2011 (Inkrafttreten der Verordnung) bestanden haben oder für die vor diesem Stichtag eine Baugenehmigung beantragt oder erteilt wurden, einen Bestandsschutz für bestimmte bauliche Mindestanforderungen vor. Der Bestandsschutz knüpft an dem erstmaligen Inkrafttreten der Ausführungsverordnung an, da dieser Stichtag für die Angleichung der baulichen Mindestanforderungen maßgeblich war. Einrichtungen, die nach dem 01.09.2011 errichtet wurden, mussten seither die baulichen Mindestanforderungen erfüllen. Da diese Planungs- und Rechtssicherheit hatten, ist es sachgerecht, dass der Bestandsschutz nur für stationäre Einrichtungen bzw. besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe gilt, die vor dem 01.09.2011 bestanden haben oder für die vor diesem Stichtag eine Baugenehmigung beantragt oder erteilt wurde. Der Bestandsschutz umfasst die in der bisherigen Fassung der Ausführungsverordnung geltenden Übergangsregelungen zu Lager- und Fäkalienspülräumen, zur Zuordnung von Gemeinschaftsräumen sowie zu Zugängen zu Sanitärräumen (§ 10 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F. und § 90 Abs. 1 und 2 AVPfleWoqG a. F.). Außerdem bezieht sich der Bestandsschutz auf die Anforderungen an die Flächen von persönlichen Wohnräumen und von Gemeinschaftsräumen sowie an die formale Anwendung der DIN-18040-2 (Barrierefreiheit). Diese Anforderungen sind von stationären Einrichtungen und besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe, die dem Bestandsschutz unterliegen, nicht mehr anzugleichen. Die im Jahr 2011 in Kraft getretene Bestimmung einer Angleichungsfrist, die den Einrichtungen die Möglichkeit einräumte, umfassende Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen bis spätestens zum 01.09.2036 umzusetzen, hat in den vergangenen ca. 13 Jahren einen Anreiz zur Modernisierung und Sanierung nach der DIN-18040-2 geschaffen und somit einen effektiven Beitrag zur Verbesserung der

Wohnsicherheit und Qualität der Bewohnerinnen und Bewohner geleistet. Eine Vielzahl an Einrichtungen und Wohnformen haben sich seither auf den Weg gemacht, um entsprechende bauliche Modernisierungen bzw. Sanierungen vorzunehmen. Nun bedingen die aktuellen Rahmenbedingungen eine Abkehr von der bisherigen Bewertung und elementare Veränderung der bestehenden Regelung aufgrund der äußerst angespannten Finanzsituation von Leistungserbringern und Kostenträgern sowie der inflationsbedingten enormen Preissteigerungen im Bausektor. Daher werden Träger von stationären Einrichtungen und besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe in § 6 durch die Abkehr von der Verpflichtung zur Angleichung hin zu einem Bestandsschutz für kostenintensive bauliche Anforderungen finanziell entlastet. Innovative und dem Teilhabegedanken entsprechende Anforderungen sowie solche, die für die Erfüllung des Schutzauftrags des Staates essentiell sind, sollen für Bestandsbauten weiterhin ihr Gültigkeit behalten. Durch die Abschaffung der Angleichung von bestimmten baulichen Mindestanforderungen und der Regelung eines Bestandsschutzes werden auch Pflegebedürftige entlastet, da die im Zuge der Angleichung zu tätigen Investitionskosten auf Bewohnerinnen und Bewohner umgelegt werden können. Im Übrigen ergibt sich eine Entlastung für die zuständige FQA, da für Bestandsbauten keine aufwändige Prüfung komplexer baulicher Anforderungen mehr erfolgen muss und gegebenenfalls noch nicht entschiedene Anträge auf Verlängerung der Angleichungsfrist gegenstandslos werden. Die Ausgestaltung und der Zeitpunkt von Modernisierungen der baulichen Anforderungen bestehender Einrichtungen wird in die Verantwortung von Trägern gelegt. Insoweit tritt der ordnungsrechtliche Schutzauftrag zurück.

Zu § 7 Wohnflächen und persönlicher Wohnraum

§ 7 enthält die bislang für Wohnflächen und persönliche Wohnräume geltenden Bestimmungen. Die Ausführungsverordnung spricht nun nicht mehr von „Wohnplatz“, sondern von „persönlichen Wohnraum“, um die Unverletzlichkeit der einem Hausrecht der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mieter unterliegenden Räume zu betonen.

Zu Abs. 1

Wie bisher gilt nach § 7 Abs. 1 Satz 1 für die Berechnung der Wohnfläche die Wohnflächenverordnung in der am 31. Dezember 2024 entsprechend, wobei für die Berechnung der Wohnfläche Wintergärten, Balkone, Loggien, Dachgärten und Terrassen nicht herangezogen werden dürfen, um eine erhebliche Unterschreitung z. B durch die Anrechnung von Wintergärten zu verhindern (§ 3 AVPfleWoqG a. F).

Zu Abs. 2

Zur Sicherstellung einer angemessenen Wohnqualität beinhaltet § 7 Abs. 2 in übersichtlicher Form die bislang in §§ 4 Abs. 1, 3 Satz 2, Abs. 5 und 6 AVPfleWoqG a. F. geltenden Bestimmungen betreffend den persönlichen Wohnraum. Diese gelten für alle Einrichtungs- und Wohnformen im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1, da der persönliche Wohnraum privater Rückzugsort und wesentlicher Bereich menschlichen Lebens ist.

Zu § 8 Telekommunikation

In Zeiten fortschreitender Digitalisierung sind Telekommunikationseinrichtungen ein elementarer Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und damit für die Teilnahme am Leben in der Gesellschaft unentbehrlich. Auch in Zeiten der SARS-CoV-2-Pandemie erfuhren die digitalen und technischen Möglichkeiten für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Aufrechterhaltung sozialer Kontakte eine zunehmende Bedeutung. Bisher „soll“ jeder persönliche Wohnraum in vollstationären Pflegeeinrichtungen über einen Telekommunikationsanschluss verfügen (§ 9 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F.). Nunmehr muss gemäß § 8 Satz 1 die technischen Voraussetzungen zum Führen von

Telefonaten, zum Empfang von Rundfunk- und Fernsehprogrammen sowie zur Nutzung des Internets in persönlichen Wohnräumen ermöglicht, innerhalb von spätestens fünf Jahren ab dem 1. Januar 2025 vorzuhalten, um die Nutzung digitaler und technischer Weiterentwicklung zu gewährleisten. Die Bereitstellung eines Endgeräts oder eines Vertrags mit einem Telekommunikationsanbieter ist hiervon nicht umfasst (§ 8 Satz 2). Die nunmehr normative Verpflichtung steigert die Lebens- und Wohnqualität der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mieterinnen und Mieter und fördert die Digitalisierung im Bereich der Pflege und Betreuung. Es wird klargestellt, dass die Mindestanforderung auch durch die Verwendung von WLAN erfüllt werden kann, indem sprachlich nicht mehr das Wort „Anschluss“ verwendet wird. Die aktuelle Formulierung berücksichtigt nicht die heutigen vielfältigen technischen Gegebenheiten, Telekommunikationsmittel zu nutzen. Hiervon unberührt wird empfohlen, je nach örtlichen Gegebenheiten eine mobile Datennutzung über ein drahtloses lokales Netzwerk (WLAN) in den Einrichtungen und Wohnformen zu ermöglichen.

Kapitel 3 Allgemeine personelle Mindestanforderungen

Zu § 9 Leitung und Verantwortung mehrerer Einrichtungen und Wohnformen

§ 9 regelt die bislang in § 14 Abs. 1, 2 und 6 Satz 1 AVPfleWoqG a. F. enthaltenen Bestimmungen zur Leitung mehrerer Einrichtungen und Wohnformen. Zur stärkeren Differenzierung zwischen vollstationären und ambulanten Wohnformen, insbesondere hinsichtlich Betreuten Wohngruppen, sieht § 9 nun sprachlich nicht nur die „Leitung“, sondern auch die „Verantwortung“ von ambulanten Wohnformen vor. Mit der Wahrnehmung der Funktion der Leitung bzw. Verantwortung werden zahlreiche Pflichten übernommen. Während die Tätigkeit einer Leitung einer vollstationären Wohnform oder eines ambulanten Pflege- oder Betreuungsdienstes unter anderem durch ökonomisch-strukturelle Eigenschaften (z. B. Kenntnisse im rechtlichen Bereich und Controlling sowie in der Betriebswirtschaftslehre, der Finanzierung und der Personalführung) geprägt ist, übernehmen verantwortliche Personen in Betreuten Wohngruppen verstärkt organisatorische Aufgaben betreffend das tägliche Zusammenleben. Außerdem unterscheidet sich die Breite des Aufgabenspektrums durch die Unterschiede in der Größe von vollstationären Wohnformen bzw. ambulanten Pflege- oder Betreuungsdiensten und Betreuten Wohngruppen, deren Personenzahl auf zwölf begrenzt ist. Wie bisher gilt in § 9 Abs. 1 ein Zustimmungsvorbehalt für die Leitung und Verantwortung mehrerer Einrichtungen oder Wohnformen durch eine Person, soweit nicht in § 44 Abs. 2 etwas Abweichendes für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe geregelt ist. Für vollstationäre Pflegeeinrichtungen und besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe sehen § 18 und § 44 Abs. 2 besondere Voraussetzungen betreffend die maximale Anzahl an Einrichtungen und Wohnformen, die durch eine Person geleitet oder verantwortet werden dürfen, vor. Um ambulante Wohnformen und die zuständige Behörde vor bürokratischen Hürden zu schützen, macht § 9 Abs. 1 Satz 3 deutlich, dass der Zustimmungsvorbehalt nicht gilt, wenn ausschließlich Wohnformen nach Art. 2 Abs. 3 bis 5 PfleWoqG (Betreutes Wohnen, ambulant betreute Wohngemeinschaften, Betreute Wohngruppen) geleitet bzw. verantwortet werden. Im Übrigen ergeben sich im Vergleich zur bisherigen Rechtslage keine inhaltlichen Änderungen.

Zu § 10 Fachkräfte

§ 10 Satz 1 orientiert sich unverändert an der bislang in § 16 Abs. 1 AVPfleWoqG a. F. geregelten Bestimmung betreffend die Eignung als Fachkraft.

Aufgrund des engen Sachzusammenhangs wird im Vergleich zur bisherigen Rechtslage die in § 15 Abs. 1 Satz 1 AVPfleWoqG a. F. verortete Regelung, wonach betreu-

ende Tätigkeiten nur durch Fachkräfte oder unter angemessener Beteiligung von Fachkräften wahrgenommen werden dürfen, nunmehr in § 10 Satz 2 normiert. Dabei wird die Regelung um „pflegerische Tätigkeiten“ erweitert, um sprachlich stärker zwischen den Bereichen Pflege und Eingliederungshilfe zu differenzieren.

Die bisher in § 16 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F. geregelte Bestimmung zur Ermächtigung zum Erlass von Verwaltungsvorschriften über die Anerkennung von Fachkräften und der Gleichstellung von Pflegekräften mit einer im Ausland abgeschlossenen Ausbildung wird aufgehoben. Hintergrund ist, dass die Ermächtigung zur Regelung von Verwaltungsvorschriften nicht den rechtlichen Gegebenheiten entspricht und bislang keine Verwaltungsvorschriften im Bereich der Gleichstellung von Pflegekräften mit einer im Ausland abgeschlossenen Ausbildung existiert. Im Übrigen erfolgt die Aufhebung vor dem Hintergrund der Paragrafenbremse, da Verwaltungsvorschriften auch ohne Ermächtigungsgrundlage erlassen werden können. Eine Aufhebung der für die zuständigen Behörden maßgeblichen Vollzugshinweise erfolgt dadurch nicht.

Zu § 11 Fort- und Weiterbildung

§ 11 regelt inhaltlich unverändert die bisher in § 17 AVPfleWoqG a. F. enthaltenen Bestimmungen zur Verpflichtung des Trägers, den in den Einrichtungen und Wohnformen tätigen Personen Gelegenheit zur Teilnahme an tätigkeitsbezogenen Fort- und Weiterbildungen zu geben.

Teil 2 Besondere Vorschriften zur Qualitätssicherung

Teil 2 enthält für die Einrichtungs- und Wohnformen, für die die Ausführungsverordnung Anwendung findet, besondere bauliche und personelle Mindestanforderungen sowie Bestimmungen zur Mitwirkung und Mitbestimmung.

Kapitel 1 Stationäre Einrichtungen im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1

Kapitel 1 regelt besondere ordnungsrechtliche Bestimmungen, die für vollstationäre Pflegeeinrichtungen Anwendung finden.

Abschnitt 1 Besondere bauliche Mindestanforderungen

Zu § 12 Barrierefreiheit

Bei der Anwendung der Barrierefreiheit von Wohnformen und rollstuhlgerechten Ausgestaltung der persönlichen Wohnräume und ihrer Sanitärräume ist die Bestandsschutzregelung nach § 6 zu beachten. § 12 Satz 1 regelt die bislang in § 2 Abs. 1 Satz 1 AVPfleWoqG a. F. enthaltene Bestimmung über die barrierefreie Ausgestaltung von vollstationären Pflegeeinrichtungen. § 12 Satz 2 legt fest, dass auch die persönlichen Wohnräume und ihre Sanitärräume uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbar sein müssen, wenn die Schwere der Beeinträchtigung der Bewohnerinnen und Bewohner oder die Konzeption es erfordert. Dies wurde bislang in den Verwaltungsvorschriften zum Vollzug des PfleWoqG und der AVPfleWoqG durch die sogenannte R-Quote konkretisiert, wonach bei 25 % der Wohnplätze, die mit einem Rollstuhl im Sinn der DIN 18040-2 erreichbar sein müssen, die R-Anforderungen zu erfüllen sind. Mit Beschluss vom 21.08.2023 (Az.: 12 ZB 23.1134) stellte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof fest, dass die staatliche Festlegung quotendefinierter Anforderungen, wie beispielsweise die Anzahl rollstuhlgerechter Wohnplätze oder die Zahl von Einzelzimmern pro

Einrichtung im Lichte der Anforderungen des Art. 12 Abs. 1 Satz 2 GG und des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG einer formell-gesetzlichen Rechtsgrundlage oder einer Rechtsgrundlage in einer Verordnung bedarf. Eine R-Quote wird in § 12 nicht definiert. Da keine entsprechende quotendefinierte Rechtsgrundlage geschaffen wird und eine in den Verwaltungsvorschriften geregelte Normierung nicht ausreichend ist, soll die in den Verwaltungsvorschriften verortete R-Quote aufgehoben und zukünftig ausschließlich bedarfs- und konzeptorientiert ausgestaltet werden. Dies hat zur Folge, dass sich der Prüfansatz der FQA im Hinblick auf R-Anforderungen verändert. Insbesondere eine pauschalisierte Prüfung einer R-Quote von 100 % ist nicht von § 12 Satz 2 umfasst.

Zu § 13 Persönlicher Wohnraum

§ 13 Satz 1 bis 3 orientiert sich an den bislang in § 4 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 sowie § 8 Abs. 1 AVPfleWoqG a. F. enthaltenen Bestimmungen, wonach in stationären Einrichtungen ein angemessener Anteil an Wohnplätzen als Einzelwohnplätze ausgestaltet sein muss, jeder persönliche Wohnraum über einen direkten Zugang oder einen Zugang über einen Vorraum zu einem Sanitärraum verfügen muss und in stationären Einrichtungen, die Wohnplätze für zwei Personen vorhalten, mindestens ein zusätzlicher Wohn-Schlaf-Raum für eine Person zur vorübergehenden Nutzung vorhanden sein muss. Wann ein angemessener Einzelzimmeranteil vorliegt, war bislang in den Verwaltungsvorschriften zum Vollzug des PfleWoqG und der AVPfleWoqG konkretisiert. Demnach belief sich der Anteil auf 75 % der persönlichen Wohnräume. Mit Beschluss vom 21.08.2023 (Az.: 12 ZB 23.1134) stellte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof fest, dass die staatliche Festlegung quotendefinierter Anforderungen, wie beispielsweise die Anzahl rollstuhlgerechter Wohnplätze oder die Zahl von Einzelzimmern pro Einrichtung im Lichte der Anforderungen des Art. 12 Abs. 1 Satz 2 GG und des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG einer formell-gesetzlichen Rechtsgrundlage oder einer Rechtsgrundlage in einer Verordnung bedarf. Eine Einzelzimmerquote wird nicht definiert. Da keine entsprechende quotendefinierte Rechtsgrundlage geschaffen wird und eine in den Verwaltungsvorschriften geregelte Normierung nicht ausreichend ist, soll die in den Verwaltungsvorschriften verortete Einzelzimmerquote aufgehoben und zukünftig ausschließlich in die Verantwortung von Trägern gelegt werden. Hinsichtlich des Zugangs von persönlichen Wohnräumen zu Sanitärräumen ist der Bestandsschutz nach § 6 zu beachten. § 13 Sätze 4 und 5 orientieren sich an § 4 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F., der die Fläche von persönlichen Wohnräumen in stationären Einrichtungen regelt. § 6 bleibt unberührt. Im Übrigen sieht § 13 Satz 6 die Reduzierung der Größe der Einzel- und Doppelwohnräume von solitären und eingestreuten Kurzzeitpflegeplätzen von 14 m^2 bzw. 20 m^2 auf nunmehr 12 m^2 bzw. 18 m^2 vor, wenn über das trägereigene Mobiliar hinaus kein eigenes Mobiliar benötigt wird. Die Reduzierung soll die Schaffung von solitären und eingestreuten Kurzzeitplätzen unterstützen und zugleich die Wohnqualität sicherstellen. Da Gäste von Kurzzeiteinrichtungen nur vorrübergehend in Einrichtungen leben, bedarf es keiner mit einer vollstationären Pflegeeinrichtung vergleichbare Zimmergröße.

Die Bestimmung des § 13 gilt über die Normverweisung in § 42 Abs. 1 auch für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe.

Zu § 14 Funktionsräume und Gemeinschaftsraum

§ 14 regelt die bislang in § 2 Abs. 2 Satz 1, § 7 und § 8 Abs. 2 und 3 AVPfleWoqG a. F. enthaltenen Mindestanforderungen betreffend die Funktionsräume und Gemeinschaftsräume in vollstationären Pflegeeinrichtungen. Im Vergleich zur bisherigen Fassung werden in § 14 Abs. 2 Satz 1 (§ 7 Satz 1 AVPfleWoqG a. F.) die Wörter „in der erforderlichen Anzahl und Größe“ aufgehoben, da hierfür nun die jeweilige Konzeption der Einrichtung maßgeblich ist. Dies hat zudem zur Folge, dass der Ordnungswidrigkeitstatbestand des § 52 Nr. 1 Buchst. c AVPfleWoqG a. F. aufgehoben wird. Außerdem sieht § 14 Abs. 3 Satz 3 die Reduzierung der Anzahl von Pflegebädern in vollstationären Pflegeeinrichtungen vor. Bislang muss in vollstationären Pflegeeinrichtungen für jeweils bis zu 40

Bewohnerinnen und Bewohner mindestens ein Pflegebad zur Verfügung stehen. Diese Regelung wird dahingehend reduziert, dass lediglich mindestens ein Pflegebad in einer vollstationären Pflegeeinrichtung zur Verfügung stehen muss. Die Erfahrung aus der Praxis haben gezeigt, dass der Großteil pflegebedürftiger Menschen vermehrt duschen möchte. Oftmals bleiben die in den Einrichtungen vorhandenen Pflegebäder daher ungenutzt. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen und die Regelung an die gewandelten Lebenswirklichkeiten anzupassen, wird die Bestimmung angepasst. Zugleich wird weiterhin sichergestellt, dass Pflegebedürftigen, die in stationären Einrichtungen leben und die baden möchten, diese Möglichkeit eröffnet wird. Das Pflegebad soll baulich möglichst zentral gelegen sein und der Durchführung medizinisch therapeutischer Maßnahmen sowie dem Wohlfühlerleben der Bewohnerinnen und Bewohner dienen. Es soll über eine entsprechende Ausstattung und Atmosphäre zur Erreichung dieses Zwecks verfügen. Nach der bis zum Inkrafttreten dieser Änderungsverordnung geltenden Rechtslage verbeschiedene Fristen zur Angleichung der Anzahl an Pflegebäder werden gegenstandslos. Außerdem ist nunmehr einheitlich geregelt, dass ein Gemeinschaftsraum mindestens eine Fläche von 20 m^2 umfassen muss. Im Übrigen wird die bislang in § 5 AVPfleWoqG a. F. und für vollstationäre Pflegeeinrichtungen geltende Bestimmung, wonach ein Abschiedsraum vorgehalten werden soll, sofern Wohnplätze für zwei Personen vorgesehen sind, aufgehoben. Mangels verbindlichen Charakters der bisherigen Regelung werden die baulichen Mindestanforderungen dahingehend geändert und die Verantwortung für die Ausgestaltung eines würdevollen und dem Pietätsgefühl entsprechenden Abschiednehmens von verstorbenen Bewohnerinnen und Bewohnern den Trägern sowie Einrichtungen und Wohnformen überlassen. Insoweit tritt der ordnungsrechtliche Schutzauftrag zurück.

Zu § 15 Rufsystem

§ 15 regelt die bisher in § 9 Abs. 1 AVPfleWoqG a. F. normierte Verpflichtung persönliche Wohnräume, Sanitärräume, Therapieräume und Gemeinschaftsräume, die von pflegebedürftigen Menschen genutzt werden, mit einem geeigneten Rufsystem auszustatten. Der in der alten Fassung verwendete Begriff der „Rufanlage“ wird aus sprachlichen Gründen durch den Begriff „Rufsystem“ ersetzt. Über die Normverweisung in § 42 Abs. 1 wird deutlich, dass diese Mindestanforderung auch für Pflegebedürftige, die in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe leben, Anwendung findet. Für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften und Betreute Wohngruppen findet die Regelung mangels Normverweis grundsätzlich keine Anwendung, sodass insoweit die baulichen Mindestanforderungen reduziert werden. Im Übrigen sieht § 15 im Vergleich zur bisherigen Rechtslage keine inhaltlichen Änderungen vor.

Abschnitt 2 Besondere personelle Mindestanforderungen

Zu § 16 Eignung der Beschäftigten

§ 16 Satz 1 enthält die bislang in § 11 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F. geregelte allgemeine Mindestanforderung zum Einsatz von persönlich und fachlich geeigneten Beschäftigten. Die Neufassung von § 16 Satz 2 konkretisiert die Eignung für die jeweilige Funktion und Tätigkeit, indem sie durch eine Einarbeitung sicherzustellen ist. Erfahrungen aus der Praxis haben gezeigt, dass bei neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Leiharbeits- und Honorarkräften häufig die Identifikation mit dem neuen Arbeitgeber fehlt, was sich in der Qualität der Versorgung niederschlagen kann. Eine den Fähigkeiten entsprechende Einarbeitung ist daher sowohl bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stammpersonals als auch bei Leiharbeits- und Honorarkräften zu gewährleisten, um die Qualität der pflegerischen und betreuerischen Versorgung sicherzustellen und neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Eingliederung in interne Betriebsabläufe und Strukturen im vollstationären Bereich zu erleichtern. Die konkrete Ausgestaltung der Einarbei-

tung liegt in der Verantwortung der Einrichtung. Insoweit handelt es sich um eine Konkretisierung der bereits geltenden Bestimmung. Über die Normverweisung in § 43 Abs. 1 wird deutlich, dass § 16 auch für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe Anwendung findet. Für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften und Betreute Wohngruppen findet diese Regelung hingegen keine Anwendung.

Zu § 17 Eignung der Einrichtungsleitung und Pflegedienstleitung; Persönliche Ausschlussgründe

§ 17 regelt die bisher in § 12 Abs. 3 und 4 sowie § 13 AVPfleWoqG a. F. normierten Bestimmungen betreffend die Eignung der Einrichtungsleitung und Pflegedienstleitung in vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie die persönlichen Ausschlussgründe. Nach bisheriger Rechtslage ist als Einrichtungsleitung fachlich geeignet, wer die Eignungsvoraussetzungen „nachweisen“ kann. Zum Zwecke des Bürokratieabbaus und der Reduzierung des Verwaltungsaufwands ist eine formale Anerkennung als Einrichtungsleitung bzw. Pflegedienstleitung ausdrücklich nicht mehr erforderlich. Die Verantwortung zur Erfüllung der Eignungsvoraussetzungen wird Trägern von vollstationären Pflegeeinrichtungen überlassen. Gleichwohl empfiehlt es sich, im Rahmen der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit, mit der FQA in Austausch zu treten. Hiervon unberührt bleibt die FQA berechtigt, die Erfüllung der Eignungsvoraussetzungen zu prüfen und gegebenenfalls Maßnahmen zu treffen.

Zu § 18 Leitung und Verantwortung mehrerer Einrichtungen oder Wohnformen; Personalunion von Einrichtungs- und Pflegedienstleitung

§ 18 regelt die bislang in § 14 Abs. 3 bis 6 AVPfleWoqG a. F. enthaltenen Bestimmungen zur Leitung mehrerer Einrichtungen oder Wohnformen sowie zur Personalunion von Einrichtungs- und Pflegedienstleitung. Zur stärkeren Differenzierung zwischen vollstationären und ambulanten Wohnformen sieht § 18 nun sprachlich ausdrücklich auch die „Verantwortung“ von ambulanten Wohnformen vor. Außerdem wird die Möglichkeit der FQA zur Zustimmung einer Personalunion von Einrichtungsleitung und Pflegedienstleitung flexibilisiert. Der Zustimmungsvorbehalt orientiert sich über die Verweisung auf § 9 Abs. 2 und 3 ausschließlich an der Sicherstellung der Anforderungen nach Art. 3 Abs. 2 PfleWoqG. Im Übrigen entfällt dadurch der Bedarf der Ausnahmemöglichkeit gemäß § 51 Abs. 3.

Zu § 19 Personaleinsatz

§ 19 regelt die besonderen personellen Mindestanforderungen für vollstationäre Pflegeeinrichtungen insbesondere hinsichtlich der Anwesenheit von Pflegekräften am Tag und in der Nacht, die Konkretisierung der Bedeutung von „ausreichend fachlich geeignetem Personal“ im Sinn des Art. 3 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 3 Nr. 1 PfleWoqG und den Einsatz von gerontopsychiatrisch qualifizierten Fachkräften. Diese Anforderungen waren bislang in § 15 AVPfleWoqG a. F. geregelt. Neben der Einräumung eines größeren ordnungsrechtlichen Spielraums zum Einsatz des Personals in vollstationären Pflegeeinrichtungen wird die bisher in § 15 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F. geregelte Bestimmung, wonach die auf der Grundlage von § 87b SGB XI eingesetzten Betreuungskräfte nur in enger Kooperation und fachlicher Absprache mit den Fachkräften tätig werden dürfen, aufgehoben. Zwar besteht gemäß § 43b SGB XI weiterhin ein Anspruch Pflegebedürftiger auf zusätzliche Betreuung und Aktivierung in stationären Pflegeeinrichtungen. Für diese zusätzlich einzusetzenden Betreuungskräfte existieren gemäß § 53b SGB XI Richtlinien zur Qualifikation und zu den Aufgaben zusätzlicher Betreuungskräfte. Demnach ist Zielsetzung, dass die zusätzlich einzusetzenden Betreuungskräfte in enger Kooperation und fachlicher Absprache mit den Pflegekräften und den Pflegeteams die Be-

treuungs- und Lebensqualität von Pflegebedürftigen verbessern. Eine weitere normative Regelung in der AVPfleWoqG bedarf es im Sinn der Entbürokratisierung und vor dem Hintergrund der Paragrafenbremse nicht, sodass die vormals in § 15 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F. enthaltene Regelung aufgehoben wird.

Des Weiteren wird die in § 15 Abs. 5 AVPfleWoqG a.F. enthaltene Regelung, wonach der Einsatz von in einer stationären Einrichtung tätigen Betreuungskräften während ihrer Dienstzeit in ambulanten oder teilstationären Einrichtungen im Sinn des Elften Buches Sozialgesetzbuch, in anderen Wohnformen im Sinn des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes oder in Formen des Betreuten Wohnens unzulässig ist, soweit nicht Abweichendes im Gesamtversorgungsvertrag geregelt ist, aufgehoben. Die Änderung dient der Entbürokratisierung und Flexibilisierung, da den Einrichtungsträgern der nötige Freiraum zur eigenverantwortlichen, organisatorischen Gestaltung des Personaleinsatzes (zurück-)gegeben wird. Die FQA bleibt berechtigt Anordnungen gemäß § 19 Abs. 2 zu treffen, wenn und soweit der sektorübergreifende Personaleinsatz zu Mängeln und daraus resultierenden Qualitätsdefiziten in der Versorgung pflegebedürftiger Menschen führt. Die Änderung erfolgt ferner im Hinblick auf individuelle Versorgungskonzepte. Dadurch kann beispielsweise der Personaleinsatz bei Pflegewohnungen in Kombination mit anderen Versorgungsangeboten erleichtert werden. Pflegewohnungen bieten Pflege- und Betreuungsleistungen für einen zeitlich begrenzten Zeitraum an, während die eigentliche Pflegeperson verhindert ist.

Zu Abs. 1

§ 19 Abs. 1 spiegelt die bisherige Praxis wider, wonach in stationären Einrichtungen die ständige Anwesenheit einer Pflegefachkraft sicherzustellen ist.

Zu Abs. 2 und 3

Die bislang in § 15 Abs. 1 Satz 2 AVPfleWoqG a. F. geregelte Bestimmung zur Fachkraftquote wird in vollstationären Pflegeeinrichtungen dahingehend geändert, dass nun gemäß § 19 Abs. 3 Satz 1 von einer ausreichenden Personalausstattung auszugehen ist, wenn die Pflegesatzvereinbarung auf Grundlage der Personalbemessung gemäß § 113c SGB XI abgeschlossen wurde. Sofern die Voraussetzung erfüllt ist, werden zunächst keine weiteren personalbezogenen Unterlagen mehr geprüft. Dadurch wird die formale Prüfung der Fachkraftquote durch eine ergebnisorientierte und qualitätsbezogene Prüfung der personellen Mindestanforderungen durch die FQA ersetzt. § 19 Abs. 2 Satz 1 regelt die Grundsätze der qualitätsbezogenen Prüfung und stellt klar, dass die erforderlichen personalbezogenen Maßnahmen nur getroffen werden können, wenn Mängel und ein daraus resultierendes Qualitätsdefizit in der Versorgung von pflegebedürftigen Menschen bestehen und nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese auf einem unzureichenden Personaleinsatz oder einer unzureichenden Konzeption beruhen. Indizien für einen kausalen Zusammenhang zwischen Mangel in der Versorgung und personeller Ausstattung können sich grundsätzlich aus der Differenz der in den Pflegesatzvereinbarungen verhandelten und tatsächlich besetzten Personalstellen, Gesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Art und Häufigkeit des festgestellten Mangels in der pflegerischen Versorgung ergeben. Der qualitätsbezogene Prüfansatz ist gegenüber dem quotendefinierten Prüfansatz vorzugswürdig, da er die Herausforderungen des Personals und des Bewohnerschutzes (Schutzauftrag des Staates) berücksichtigt. Im Übrigen stellt § 19 Abs. 2 Satz 2 klar, dass das Ordnungsrecht wie bisher unabhängig vom Leistungsrecht gilt, indem die FQA höhere Anforderungen an die Anzahl und Qualifikation des Personals sowie die Konzeption stellen kann. Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, dass der pflegefachliche Diskurs gestärkt und der Bürokratieaufwand bei Prüfungen der FQA reduziert wird, indem beispielsweise halbjährliche Personalmeldungen sowie formale Berechnungen einer Quote ohne pflegefachliche Bewertung entfallen.

Hintergrund der oben dargestellten Flexibilisierung der personellen Mindestanforderungen im pflegerischen Bereich ist die Angleichung der ordnungsrechtlichen Fachkraftquote an das in § 113c SGB XI angelegte bedarfs- und qualifikationsorientierte Personalbemessungssystem. Die Umsetzung dessen erfordert eine Personal- und Organisationsentwicklung in vollstationären Pflegeeinrichtungen, um dem Personal- und Fachkräftemangel sowie den Entwicklungen infolge des demografischen Wandels zu begegnen. Auf Grundlage der Ergebnisse des Projekts „Entwicklung und Erprobung eines wissenschaftlich fundierten Verfahrens zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen nach qualitativen und quantitativen Maßstäben gemäß § 113c SGB XI (PeBeM)“ wurden mit dem Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz bundesrechtliche Stellenschlüssel als sogenannte Personalanhaltswerte für die Ausstattung vollstationärer Pflegeeinrichtungen mit Pflege- und Betreuungspersonal in § 113c SGB XI festgelegt (Personalbemessungssystem). Dadurch wird ausweislich § 113c Abs. 1 SGB XI künftig bei der Verhandlung von Pflegesatzvereinbarungen nicht mehr zwischen Fachkraft- und Hilfskraftpersonal, sondern zwischen Hilfskraftpersonal ohne Ausbildung, Hilfskraftpersonal mit landesrechtlich geregelter Helfer- oder Assistenzausbildung in der Pflege (Pflegefachhelferinnen und Pflegefachhelfer) und Fachkraftpersonal unterschieden. Dies hat für die Praxis zur Folge, dass Fachkräfte künftig verstärkt in ihrer Fachlichkeit tätig werden und Aufgaben delegieren. Außerdem orientiert sich die Personalbemessung künftig an der Bewohnerstruktur und den Pflegegraden der Bewohnerinnen und Bewohner. Zur Umsetzung des Personalbemessungssystems wurde auf Grundlage von § 113c Abs. 5 SGB XI der „Nachtrag vom 18.04.2023 zum Rahmenvertrag für die vollstationäre Pflege in Bayern gemäß § 75 SGB XI ab 01.03.2013 zur Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens nach § 113c SGB XI“ abgeschlossen, der insbesondere Ausführungen zur mindestens zu vereinbarenden personellen Ausstattung, zu besondere Personalbedarfen sowie zu den erforderlichen Qualifikationen für das Pflege- und Betreuungspersonal enthält. Dieser knüpft an dem Personalbemessungssystem und damit an den Ergebnissen des Projekts zur Entwicklung und Erprobung eines wissenschaftlich fundierten Verfahrens zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen an und stellt sicher, dass sich die Personalausstattung in Bayern nicht verschlechtert. In diesem Zusammenhang bieten die aufgrund des Nachtrags zum Rahmenvertrag verhandelten Pflegesatzvereinbarungen eine geeignete Grundlage, die erforderliche Fachlichkeit sicherzustellen. Daher ist es aus ordnungsrechtlicher Sicht angemessen, dass entsprechend der Zielsetzung des Personalbemessungssystems künftig in vollstationäre Pflegeeinrichtungen von einer ausreichenden Personalausstattung auszugehen ist, wenn Pflegesatzvereinbarungen auf Grundlage der Personalbemessung des § 113c SGB XI und dem Rahmenvertrag gemäß § 75 Abs. 1 SGB XI abgeschlossen wurden. Um eine umfassende Prüfung zu ermöglichen sowie Träger und Einrichtungen für eine Personal- und Organisationsentwicklung zu sensibilisieren, ist weiterhin eine Konzeption vorzuhalten. „Vorhalten“ bedeutet in diesem Sinn, dass eine inhaltliche Prüfung der Konzeption für die Erfüllung der personellen Mindestanforderung zunächst nicht notwendig ist. Nur wenn nicht auszuschließen ist, dass Mängel in der pflegerischen Versorgung auf eine unzureichende Konzeption zurückzuführen sind, ist die Konzeption durch die FQA inhaltlich zu prüfen.

§ 19 Abs. 3 Satz 2 macht im Übrigen deutlich, dass für vollstationäre Pflegeeinrichtungen, die noch keine Pflegesatzvereinbarungen nach der neuen Personalbemessung abgeschlossen haben, die Fachkraftquote fortbesteht.

Zu Abs. 4

§ 19 Abs. 4 regelt die bislang in § 15 Abs. 3 AVPfleWoqG a. F. normierte Bestimmung zum Einsatz von gerontopsychiatrisch qualifizierten Fachkräften. In § 2 Abs. 3 Satz 1 des Nachtrags vom 18.04.2023 zum Rahmenvertrag für die vollstationäre Pflege in Bayern gemäß § 75 Abs. 1 SGB XI ab 01.03.2013 zur Umsetzung des Personalbemessungssystems nach § 113c SGB XI wurde vereinbart, dass für bis zu 120 Bewohnerinnen und Bewohner je eine Multiplikatorin bzw. ein Multiplikator der gerontopsychiatrischen Pflege refinanziert werden kann. Die bisherige ordnungsrechtliche Bestimmung,

wonach für den Bereich der gerontopsychiatrischen Pflege und Betreuung entsprechend dem Verhältnis von je einer gerontopsychiatrisch qualifizierten Fachkraft pro 30 Bewohnerinnen und Bewohner, in gerontopsychiatrischen Einrichtungen oder Wohnbereichen entsprechend dem Verhältnis von je einer Fachkraft pro 20 Bewohnerinnen und Bewohner, eingesetzt werden müssen, wird daher im Sinn der Harmonisierung mit dem Leistungsrecht in § 19 Abs. 4 Satz 2 um eine Alternative erweitert. Demnach kann nunmehr auch ein in der Pflegesatzvereinbarung verhandelter höherer Personalschlüssel zur Erfüllung der Qualitätsanforderung dienen, wenn die gerontopsychiatrisch qualifizierte Fachkraft entsprechend für den Bereich der gerontopsychiatrischen Pflege und Betreuung von ihren Aufgaben im Regelbetrieb freigestellt wird. § 19 Abs. 4 Satz 2 sieht als Voraussetzung eine Freistellung vor, um die Differenz der leistungs- und ordnungsrechtlich geregelten Personalschlüssel zu kompensieren. Zudem wird dadurch sichergestellt, dass gerontopsychiatrisch qualifizierte Fachkräfte ihre Funktion effektiv und bedarfsgerecht ausüben können. Außerdem gilt künftig in vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie in gerontopsychiatrischen Einrichtungen oder Wohnbereichen einheitlich, dass für jeweils bis zu 30 Bewohnerinnen und Bewohner eine gerontopsychiatrisch qualifizierte Fachkraft beschäftigt sein muss. Dies ist vor allem in Zeiten des demografischen Wandels, der Steigerung der Anzahl demenziell erkrankter Menschen und der Tatsache, dass vermehrt multimorbide Personen in Einrichtungen leben, sachgerecht. Die neuen Alternativen bieten in Zeiten des Fachkräftemangels insbesondere für größere Einrichtungen eine Erleichterung, da ordnungsrechtlich nunmehr insbesondere die Möglichkeit eröffnet wird, auch zentralisiert eine gerontopsychiatrisch qualifizierte Fachkraft einzusetzen. Träger haben sicherzustellen, dass die stellenanteilig freigestellte gerontopsychiatrisch qualifizierte Fachkraft in geeigneter Weise den entsprechenden Einrichtungen zugeordnet werden.

Zu Abs. 5

§ 19 Abs. 5 regelt die bisher in § 15 Abs. 1 Satz 3 und 4 AVPfleWoqG a. F. enthaltenen Bestimmungen zur Anwesenheit von Pflegekräften in der Nacht. In der Nacht musste bislang in vollstationären Pflegeeinrichtungen mit bis zu 30 oder bis zu 40 Bewohnerinnen und Bewohner je eine Pflegekraft, mindestens aber eine Pflegefachkraft, ständig anwesend sein (§ 15 Abs. 1 Satz 3 AVPfleWoqG a. F.). In den Verwaltungsvorschriften zum Vollzug des PfleWoqG und der AVPfleWoqG sind bislang Kriterien geregelt, in welchen Fällen ein Anwesenheitsschlüssel von bis zu 1:30 oder bis zu 1:40 gilt. Entsprechend dem jeweils geltenden Personalschlüssel richtet sich hiernach die erforderliche Anzahl an anwesenden Pflegekräften in der Nacht. Vor dem Hintergrund des Fachkräfte- und Personalmangels und der Entbürokratisierung wird diese Bestimmung dahingehend geändert, dass kein Korridor von bis zu 30 oder bis zu 40 Bewohnerinnen und Bewohner, sondern nun einheitlich für bis zu 40 Bewohnerinnen und Bewohner je eine Pflegekraft anwesend sein muss (§ 19 Abs. 5 Satz 1). Durch die Neuregelung wird der Bürokratie- und Verwaltungsaufwand reduziert, da die Bestimmungen in den Verwaltungsvorschriften entfallen sowie Prüfungen und gegebenenfalls notwendige Personalmeldungen an die zuständige Behörde entbehrlich werden. Außerdem wird die Regelung dahingehend erweitert, dass in vollstationären Pflegeeinrichtungen mit 41 bis 50 und mehr als 80 Bewohnerinnen und Bewohner eine in Rufbereitschaft befindende Pflegekraft die Anwesenheit maximal einer Pflegekraft nach § 19 Abs. 5 Satz 1 ersetzen kann, wenn entsprechend der fachlichen Konzeption eine angemessene räumliche und zeitliche Distanz zur Einrichtung, die Gründe für eine Kontaktaufnahme und die Erreichbarkeit festgelegt sind (§ 19 Abs. 5 Satz 2). Eine festgelegte Höchstgrenze für die zeitliche und räumliche Distanz existiert nicht, da hierfür die jeweiligen Umstände vor Ort maßgeblich sind. Für die Bewertung einer „angemessenen räumlichen und zeitlichen Distanz zur Einrichtung“ können insbesondere die unmittelbare Nähe des Wohn- oder Aufenthaltsortes der in Rufbereitschaft befindlichen Person zur Einrichtung, die Art der Fortbewegung, z. B. per Fahrrad, PKW oder öffentliches Verkehrsmittel, sowie die Dauer bis zum Erscheinen in einer Einrichtung einbezogen werden. Zudem umfasst dies insbesondere eine Darlegung der Mittel und konkreten Maßnahmen zur Sicherstellung der Rufbereitschaft unter Berücksichtigung der Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner. Letzteres kann sich beispielsweise aus Erkenntnissen über Unruhezu-

stände, z. B. in der Eingewöhnung neuer Bewohnerinnen und Bewohner, akute Infektionsgeschehen, Notarzteinsätze oder herausfordernde Verhaltensweisen, wie Tag-Nacht-Umkehr, ergeben. Hiervon unberührt muss eine Pflegefachkraft in der Einrichtung in der Nacht ständig anwesend sein. Durch die Formulierung „eine in Rufbereitschaft befindende Pflegekraft“ wird klargestellt, dass je Einrichtung maximal eine Pflegekraft durch eine in Rufbereitschaft befindende Pflegekraft ersetzt werden kann. Diese Vorgehensweise war bislang über eine konzeptionell begründete und unter Zustimmungsvorbehalt der zuständigen Behörde stehende Abweichung nach § 51 Abs. 4 AVPfleWoqG a. F. möglich. Um Verwaltungs- und Bürokratieaufwand zu reduzieren und Träger wirtschaftlich zu entlasten, sieht § 19 Abs. 5 Satz 2 diese Möglichkeit nun ausdrücklich ohne vorherige Antragstellung bei der zuständigen Behörde vor. Eine Zustimmung durch die FQA ist nicht mehr erforderlich. Insoweit wird der Gestaltungsspielraum zur Erfüllung der personellen Mindestanforderung für die Nacht erweitert. Die FQA kann ihren ordnungsrechtlichen Schutzauftrag erfüllen, indem Umsetzungen in der Praxis überprüft und gegebenenfalls Maßnahmen nach § 19 Abs. 2 getroffen werden können. Im Bereich von 51 bis zu 80 Bewohnerinnen und Bewohner ist der Pflege- und Betreuungsaufwand für nur eine anwesende Pflegekraft aus pflegefachlicher Sicht zu hoch, sodass unter Berücksichtigung des Bewohnerschutzes in diesem Bereich keine normative Ersetzung durch eine Rufbereitschaft vorgesehen ist. In diesem Fall besteht weiterhin die Möglichkeit eines konzeptionell begründeten Antrags auf Abweichung gemäß § 51 Abs. 3 AVPfleWoqG (z. B. Einsatz von digitalen und technischen Assistenzsystemen). Für stationäre Hospize gelten die Sätze 1 bis 3 nicht, da für sie die Rahmenvereinbarung nach § 39a Abs. 1 Satz 4 SGB V über Art und Umfang sowie Sicherung der Qualität der stationären Hospizversorgung vom 13.03.1998, i. d. F. vom 31.03.2017 Anwendung findet.

Zu Abs. 6

§ 19 Abs. 6 regelt inhaltlich unverändert die bisher in § 15 Abs. 4 AVPfleWoqG a. F. enthaltene Bestimmung zum Ausgleich kurzfristiger Ausfälle von Pflege- und Betreuungskräften.

Abschnitt 3 Mitwirkung und Mitbestimmung

Zu §§ 20 bis 40 Allgemeines zur Bewohnervertretung; Wahl und Zusammensetzung; Amtszeit und Stellung der Mitglieder; Tätigkeit, Mitwirkung und Mitbestimmung der Bewohnervertretung; Bewohnerfürsprecherin und Bewohnerfürsprecher

Die §§ 20 bis 40 enthalten die bisher in §§ 18 bis 45 AVPfleWoqG a. F. geltenden Bestimmungen zur Mitwirkung und Mitbestimmung der Bewohnervertretung in vollstationären Pflegeeinrichtungen. Die Regelungen werden aus redaktionellen Gründen und zum Zwecke der Übersichtlichkeit überarbeitet und teilweise zusammengefasst. Im Übrigen ergeben sich im Vergleich zur bisherigen Rechtslage folgende inhaltlichen Änderungen:

§ 21 regelt gebündelt die Aufgaben des Trägers und der Leitung im Zusammenhang mit der Mitwirkung und Mitbestimmung (§ 19 AVPfleWoqG a. F.). Die Mitwirkung und Mitbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner dienen der Sicherung der Qualität der Pflege, Betreuung und Versorgung sowie der Gewährleistung eines möglichst selbstbestimmten und selbstständigen Lebens. Damit Bewohnerinnen und Bewohner effektiv ihre Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte ausüben können, sieht § 21 weiterhin Aufgaben des Trägers und der Leitung zur Bildung einer Bewohnervertretung (§ 21 Abs. 1) sowie zur grundsätzlichen Unterstützung (§ 21 Abs. 2) vor. Die Ansprechbarkeit im Verantwortungsbereich der Einrichtung ist sicherzustellen.

§ 24 regelt die Zahl der Mitglieder der Bewohnervertretung (§ 22 AVPfleWoqG a. F.). Diese ist abhängig von der regelmäßigen Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner, die in einer stationären Einrichtung leben. Bislang besteht die Bewohnervertretung bei regelmäßig bis zu 19 Bewohnerinnen und Bewohner aus einem Mitglied. Da gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 die ordnungsrechtlichen Bestimmungen der AVPfleWoqG nur noch auf Einrichtungen und Wohnformen anwendbar sind, die in der Regel mindestens sechs Personen aufnehmen, wird in § 24 Abs. 1 klargestellt, dass die Bewohnervertretung bei regelmäßig sechs bis 19 Bewohnerinnen und Bewohnern aus einem Mitglied besteht.

§ 26 regelt die Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Bewohnervertretung (§ 24 AVPfleWoqG a. F.). In § 26 Abs. 2 Satz 6 wird die Möglichkeit der Zulassung einer elektronischen Wahl eröffnet, um die Digitalisierung zu fördern. Außerdem wird § 24 Abs. 5 AVPfleWoqG a. F. aufgehoben und bei den Aufgaben des Trägers und der Leitung in § 21 AVPfleWoqG verortet.

§ 29 regelt die Mitteilung an die zuständige FQA (§ 28 AVPfleWoqG a. F.). Bisher hat der Träger einer stationären Einrichtung die FQA zu unterrichten, wenn eine Bewohnervertretung gebildet und nicht gebildet wurde. Um Bürokratie- und Verwaltungsaufwand zu reduzieren, entfällt künftig die Mitteilung an die FQA für den Fall, dass eine Bewohnervertretung gebildet wurde. Aus Sicht des Bewohnerschutzes wird ordnungsrechtlich die Notwendigkeit der Kenntnisnahme durch die zuständige Behörde nur dann gesehen, wenn eine Bewohnervertretung nicht gebildet werden konnte.

§ 36 AVPfleWoqG a. F. enthielt die Bestimmung zur Veranstaltung von Bewohnerversammlungen. Das Recht der Bewohnervertretung, Bewohnerversammlungen abzuhalten, ist aus Gründen der redaktionellen Straffung nunmehr bei den Aufgaben der Bewohnervertretung in § 36 Abs. 1 Nr. 5 geregelt, sodass hierfür keine eigenständige Vorschrift mehr vorgesehen ist.

§ 39 AVPfleWoqG regelt wie bisher die Bestellung und Aufgaben der Bewohnerfürsprecherin oder des Bewohnerfürsprechers mit der Neuerung, dass in § 39 Abs. 5 Satz 1 AVPfleWoqG die Bestellung der Bewohnerfürsprecherin oder dem Bewohnerfürsprecher und dem Träger in Textform und nicht mehr schriftlich mitzuteilen. Hierdurch wird die Digitalisierung gefördert.

Kapitel 2 Besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2

Kapitel 2 regelt besondere ordnungsrechtliche Bestimmungen, die unter Berücksichtigung der Bedarfe von Menschen mit Behinderung für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe Anwendung finden.

Abschnitt 1 Grundsatz

Zu § 41 Berücksichtigung der Bedarfe von Menschen mit Behinderung

§ 41 Satz 1 enthält die bislang in § 50 Abs. 4 Satz 1 und § 51 Abs. 6 Satz 1 AVPfleWoqG a. F. geregelten Bestimmungen, wonach bei der Anwendung der baulichen und personellen Mindestanforderungen im Bereich der Eingliederungshilfe die Aufgaben der Betreuung, Förderung und Eingliederung von Menschen mit Behinderung, die besonderen Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner, die sich insbesondere aus der Art und Schwere der Beeinträchtigung ergeben, sowie die fachliche Konzeption zu berücksichtigen sind. Durch die neue systematische Stellung dieses Grundsatzes zu Beginn des

besonderen Kapitels zur Eingliederungshilfe wird die Berücksichtigung der Bedarfe von Menschen mit Behinderung gestärkt und klargestellt, dass bei Überprüfung der Mindestanforderungen zwischen Pflege und Eingliederungshilfe zu unterscheiden ist. Zudem wird hierdurch verdeutlicht, dass die jeweilige Art der Beeinträchtigung, wie zum Beispiel die geistige, körperliche oder psychische Beeinträchtigung, sowie die Schwere der Beeinträchtigung vielfältig sein können. Die jeweilige fachliche Konzeption einer Wohnform und damit die individuelle Ausrichtung sind folglich bei der Anwendung der baulichen und personellen Mindestanforderungen stets zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund der Umsetzung des BTHG werden die Aufgaben der Betreuung, Förderung und Eingliederung von Menschen mit Behinderung außerdem dahingehend konkretisiert, dass diese „personenzentriert und sozialraumorientiert“ erbracht werden müssen. Ziel des BTHG ist unter anderem, dass Menschen mit Behinderung möglichst selbstbestimmt ihr Leben gestalten können. Hierfür ist eine Sozialraumorientierung essentiell. Durch die Reform des Eingliederungshilferechts orientiert sich die Gewährung von Leistungen nach §§ 90 ff. SGB IX zudem nicht mehr an bestimmten Einrichtungsformen (Einrichtungszentrierung), sondern am notwendigen individuellen Bedarf des Menschen mit Behinderung (Personenzentrierung). Durch die Erweiterung des § 41 Satz 1 um die Aufgaben der personenzentrierten und sozialraumorientierten Betreuung wird daher der Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung Rechnung getragen (Teilhabeorientierung) und ein Gleichlauf mit dem BTHG erzielt. Außerdem bezieht sich § 41 Satz 2 nunmehr ausdrücklich auf die nach den Lebensbereichen der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) im Sinn des § 118 Abs. 1 SGB IX ermittelten Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner. Dadurch wird das BTHG umgesetzt und eine Harmonisierung hinsichtlich der Berücksichtigung der Bedürfnisse und Wünsche von Menschen mit Behinderung mit dem Leistungsrecht hergestellt. Bei der Überprüfung der Mindestanforderungen kann die FQA bei der Feststellung von Abweichungen im Rahmen ihres Ermessens und unter Berücksichtigung von § 41 bei besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe von Mangelfeststellungen absehen. Dies kann beispielsweise das Erfordernis der vollständigen Barrierefreiheit in Übergangseinrichtungen für Menschen mit seelischer Behinderung betreffen.

Abschnitt 2 Besondere bauliche Mindestanforderungen

Zu § 42 Anwendbare Vorschriften; Persönliche Wohnräume und Funktionsräume

§ 42 regelt die besonderen baulichen Mindestanforderungen für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe. Diese orientieren sich an den bislang geltenden baulichen Mindestanforderungen.

Zu Abs. 1

Über die Normverweisungen in § 42 Abs. 1 müssen besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe die Anforderungen an die Barrierefreiheit (§ 2 Abs. 1 Satz 1 AVPfleWoqG a. F.), an die persönlichen Wohnräume (§ 13), an die Therapieräume (§ 7 AVPfleWoqG a. F.), an die sanitären Anlagen (Haltegriffe und Verbrühungsschutz nach § 8 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F.), an die Gemeinschaftsräume (§ 6 AVPfleWoqG a. F.) und an das Rufsystem (§ 9 Abs. 1 AVPfleWoqG a. F.) erfüllen. § 6 bleibt unberührt. Die Möglichkeit, von diesen baulichen Mindestanforderungen abzuweichen, bleibt unverändert bestehen (§ 50 Abs. 3). Besondere bauliche Mindestanforderungen aus dem Kapitel für vollstationäre Pflegeeinrichtungen, auf die nicht in § 42 Abs. 1 verwiesen wird, finden für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe keine Anwendung, sofern nicht in Kapitel 2 Abweichendes bestimmt ist. Hinsichtlich des Erfordernisses eines Rufsystems wird stärker zwischen dem Bereich Pflege und Eingliederungshilfe differenziert, indem die Bestimmung entsprechend mit der Maßgabe gilt, dass die pflegebedürftigen Menschen mit Behinderung in ihrer Mobilität erheblich eingeschränkt sind. Zudem wird durch § 41 klargestellt, dass stets die konzeptionelle Ausrichtung der besonderen

Wohnform der Eingliederungshilfe zu berücksichtigen ist, um den jeweiligen Schwerpunkt der Wohnform angemessen zu berücksichtigen. Beispielsweise betreffend die Erfüllung der Anforderungen an die Barrierefreiheit wird der zuständigen Behörde demnach in Qualitätsprüfungen die Flexibilität eingeräumt, im Rahmen ihres behördlichen Ermessens zu entscheiden, inwieweit anhand der Bedarfe der Bewohnenden und der Konzeption der Wohnform die Einhaltung der Anforderungen der DIN 18040-2 im Interesse des Bewohnerschutzes im Einzelfall notwendig sind. Insoweit wird die Möglichkeit gestärkt, die in der Norm enthaltenen Ermessensspielräume entsprechend der bedarfs- und konzeptanhängigen Ausgestaltung zu berücksichtigen. Die zuständige Behörde bleibt berechtigt, Maßnahmen zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner zu treffen. Im Übrigen wird die bislang in § 5 AVPfleWoqG a. F. geregelte Bestimmung, wonach ein Abschiedsraum vorgehalten werden soll, sofern Wohnplätze für zwei Personen vorgesehen sind, aufgehoben. Mangels verpflichtenden Charakters der bisherigen Regelungen werden die baulichen Mindestanforderungen insoweit reduziert und die Verantwortung für die Ausgestaltung eines würdevollen und dem Pietätsgefühl angemessen Abschiednehmens von verstorbenen Bewohnerinnen und Bewohnern Trägern, Einrichtungen und Wohnformen überlassen. Der ordnungsrechtliche Schutzauftrag tritt insoweit zurück. Wie nach bisheriger Rechtslage sieht § 42 Abs. 1 über die Verweisung auf § 13 vor, dass in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe ein angemessener Anteil an Wohnplätzen als Einzelwohnplätze ausgestaltet sein muss. Um eine qualitätsvolle und individuelle Betreuung von Menschen mit Behinderung zu gewährleisten ist das Leben in Einzelzimmern dem in Doppelzimmern vorzugswürdig. Über die Normverweisung wird ebenfalls klargestellt, dass in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe, in denen persönliche Wohnräume für zwei Personen vorgehalten werden (z. B. bei Lebenspartnerschaften oder Zustimmung beider Bewohnerinnen und Bewohner bzw. deren bestellten Vertretungspersonen), mindestens ein zusätzlicher Wohnraum für eine Person zur vorübergehenden Nutzung vorhanden sein muss. Die Möglichkeit, einen konzeptionell begründeten Antrag auf Abweichung gemäß § 50 Abs. 3 zu stellen, bleibt unberührt.

Zu Abs. 2

§ 42 Abs. 2 regelt inhaltlich unverändert die bisher in § 2 Abs. 2 Satz 2 AVPfleWoqG a. F. enthaltene Bestimmung, dass in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe Funktionsräume und Fäkalienspülen in ausreichender Zahl vorhanden sein müssen, wenn die fachliche Konzeption der Wohnform einen eindeutigen Schwerpunkt auf pflegerische Versorgung legt oder die tatsächliche Zusammensetzung der Bewohnerschaft es erfordert.

Abschnitt 3 Besondere personelle Mindestanforderungen

Zu § 43 Anwendbare Vorschriften

§ 43 regelt die besonderen personellen Mindestanforderungen für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe. Über die Normverweisungen in § 43 müssen besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe wie bisher die Anforderungen an die Eignung der Beschäftigten gemäß § 16 (§ 11 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F.) und an den Ausgleich kurzfristiger Ausfälle von Pflege- und Betreuungskräften gemäß § 19 Abs. 6 (§ 15 Abs. 4 AVPfleWoqG a. F.) erfüllen. Die neu in § 16 Satz 2 geregelte Konkretisierung der Eignung für die jeweilige Funktion und Tätigkeit durch die Sicherstellung einer Einarbeitung gilt damit auch für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe. In der Betreuung ist eine den Fähigkeiten entsprechende Einarbeitung sowohl bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stammpersonals als auch bei Leiharbeits- und Honorarkräften essentiell, um die Qualität der Versorgung sicherzustellen und neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Einarbeitung in interne Betriebsabläufe und Strukturen im Bereich der Eingliederungshilfe zu erleichtern. Besondere personelle Mindestanforderungen für vollstationäre Pflegeeinrichtungen, auf die in § 43 Abs. 1 nicht verwiesen wird, finden für

besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe keine Anwendung, sofern nicht in Kapitel 2 Abweichendes bestimmt ist.

Zu § 44 Eignung der Leitung; Leitung und Verantwortung mehrerer Einrichtungen und Wohnformen

Zu Abs. 1

§ 44 Abs. 1 regelt unverändert die bislang in § 12 Abs. 1 AVPfleWoqG a. F. enthaltenen Voraussetzungen zur Eignung der Leitung einer besonderen Wohnform der Eingliederungshilfe. Durch die Normverweisungen in § 44 Abs. 1 Satz 2 auf § 17 Abs. 2 und 4 Satz 1 und 2 wird klargestellt, dass jede Person die Voraussetzungen zur Eignung erfüllen muss, wenn mehrere Personen eine besondere Wohnform der Eingliederungshilfe leiten sowie die persönlichen Ausschlussgründe, die zur Ungeeignetheit der Leitung führen, gelten (§ 12 Abs. 3 und § 13 Abs. 1 AVPfleWoqG a. F.).

Zu Abs. 2

§ 44 Abs. 2 enthält besondere Bestimmungen zur Anzahl der durch dieselbe Person nach § 9 übernommenen Leitung oder Verantwortung mehrerer Einrichtungen oder Wohnformen. Durch die Neufassung werden besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe im Vergleich zur bisherigen Rechtslage entlastet. Grundsätzlich dürfen gemäß § 44 Abs. 2 Satz 1 maximal drei Einrichtungen und Wohnformen durch eine Person geleitet oder verantwortet werden. § 44 Abs. 2 Satz 2 eröffnet nun die Möglichkeit, dass die Leitung einer besonderen Wohnform der Eingliederungshilfe mehr als insgesamt drei Einrichtungen oder Wohnformen leiten oder verantworten darf, wenn eine Gesamtzahl von 72 Betreuungsplätzen nicht überschritten wird. Aufgrund der Erfahrungen in der Praxis wird die Anzahl an Betreuungsplätzen auf 72 festgelegt. Eine Vielzahl von Konzeptionen von besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe sehen in der Regel bis zu 24 Plätze und Betreute Wohngruppen bis zu 12 Plätze vor. Durch die Erhöhung ist nicht zu befürchten, dass die Leitung keinen Bezug mehr zu den Wohnformen und den dort lebenden betreuungsbedürftigen Menschen hat. Hierdurch wird zudem stärker zwischen den Bereichen Pflege und Eingliederungshilfe differenziert und den Gegebenheiten in der Praxis Rechnung getragen, dass Wohnformen für Menschen mit Behinderung im Vergleich zu Wohnformen für Pflegebedürftige in der Regel eine niedrigere Platzzahl aufweisen. Im Übrigen wird der Bürokratie- und Verwaltungsaufwand reduziert, da für diese Vorgehensweise bisher die Zustimmung der FQA und ein konzeptionell begründeter Abweichungsantrag erforderlich sind, welche nun entfallen.

Zu § 45 Personaleinsatz

§ 45 regelt die besonderen personellen Mindestanforderungen für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe hinsichtlich der Anwesenheit von Betreuungskräften sowie die Konkretisierung der Voraussetzung „ausreichend fachlich geeignetes Personal“.

Zu Abs. 1

Über die Normverweisung in § 45 Abs. 1 auf § 19 Abs. 2 wird deutlich, dass bei der Prüfung der personellen Mindestanforderungen vorrangig die Qualität der betreuerischen Versorgung zu prüfen ist. Personalbezogene Maßnahmen kann die FQA demnach dann treffen, wenn Mängel und ein daraus resultierendes Qualitätsdefizit in der Versorgung von betreuungsbedürftigen Menschen bestehen und nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese auf einen unzureichenden Personaleinsatz oder auf einer unzureichenden Konzeption beruhen. Indizien für einen kausalen Zusammenhang zwischen Mangel in der Versorgung und personeller Ausstattung können sich grundsätzlich aus der Differenz der in den schriftlichen Vereinbarungen verhandelten und tatsächlich besetzten Personalstellen, Gesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie

der Art und Häufigkeit des festgestellten Mangels in der betreuerischen Versorgung ergeben. Damit wird klargestellt, dass ein bloßes Unterschreiten der personellen Mindestanforderungen nicht für Mangelfeststellungen oder das Treffen von Maßnahmen (z. B. Beratung oder Anordnung) genügt. Vielmehr ist in einem ersten Schritt die bei den Bewohnerinnen und Bewohnern ankommende Qualität der betreuerischen Versorgung zu prüfen. Lassen Mängel sowie ein festgestelltes Qualitätsdefizit auf einen unzureichenden Personaleinsatz oder auf eine unzureichende Konzeption schließen, ist in einem zweiten Schritt die Personalausstattung und der Personaleinsatz zu prüfen. Durch die Regelung soll die ausschließlich formale Prüfung der Fachkraftquote für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe durch eine qualitätsbezogene Prüfung ersetzt werden.

Zu Abs. 2

Nach bisheriger Rechtslage musste in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe am Tag und in der Nacht in der Regel mindestens eine Fachkraft anwesend sein. Diese Bestimmung wird bedarfsorientiert ausgestaltet, indem unter Berücksichtigung von § 41 die Anwesenheit einer Fachkraft in der Regel sicherzustellen ist, wenn der betreuerische oder pflegerische Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner diese erfordert. Die Beurteilung des Bedarfes der Bewohnerinnen und Bewohner liegt in der Verantwortung der jeweiligen Leitung oder dem Träger der besonderen Wohnform der Eingliederungshilfe. Hiervon unberührt bleibt die FQA berechtigt, die Feststellung des Bedarfes der Bewohnerinnen und Bewohner zu überprüfen. Dies bietet insbesondere in den Zeiten, in denen Bewohnerinnen und Bewohner von besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe einer (beruflichen) Tätigkeit, z. B. in Werkstätten nachgehen, eine hinreichende variable Planungsmöglichkeit, indem in solchen Fällen keine ständige Anwesenheit vorausgesetzt wird. Beispielsweise das Entsorgen des Hausmülls führt nicht ohne Weiteres dazu, dass die Anwesenheit nicht mehr gegeben ist, wenn die Verantwortlichkeit und Erreichbarkeit weiterhin gegeben sind. Das Erfordernis der Anwesenheit einer Hilfskraft wird ordnungsrechtlich nicht geregelt, sodass dies ebenfalls grundsätzlich in der Verantwortung der Leitung oder des Trägers der besonderen Wohnform der Eingliederungshilfe liegt. Bei Feststellung von Mängeln, die zu einem Qualitätsdefizit in der betreuerischen Versorgung führen, kann die FQA den Personaleinsatz prüfen und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen treffen. Erfordert der betreuerische oder pflegerische Bedarf in der Nacht keine Anwesenheit einer Fachkraft, ist die Erreichbarkeit einer in Rufbereitschaft befindlichen Fachkraft sicherzustellen. Durch die Änderung wird den Belangen in der Eingliederungshilfe sowie dem Fachkräfte- und Personalmangel Rechnung getragen. Hiervon unberührt dürfen betreuende und pflegerische Tätigkeiten nur durch Fachkräfte oder unter angemessener Beteiligung von Fachkräften wahrgenommen werden (§ 10 Satz 2).

Zu Abs. 3

Im Vergleich zur bisherigen Rechtslage wird die Fachkraftquote in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe gemäß § 45 Abs. 3 Satz 1 dahingehend geändert, dass nunmehr in der Regel von einer ausreichenden Personalausstattung auszugehen ist, wenn eine schriftliche Vereinbarung, welche die wesentlichen Leistungsmerkmale gemäß § 125 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 und 5 SGB IX umfasst, abgeschlossen wurde, die Personalausstattung dieser Vereinbarung grundsätzlich entspricht und die fachliche Konzeption unter Berücksichtigung von § 41 nicht entgegensteht. Hierdurch wird deutlich, dass die Individualität der Vereinbarungen maßgeblich ist und die individuellen Vereinbarungen im Vordergrund stehen, ebenso wie beim Personaleinsatz die Konzeption. Hierbei handelt es sich um kumulative Voraussetzungen. Dies setzt neben dem Abschluss einer Vereinbarung und entsprechender Personalausstattung durch die Träger eine aktive Prüfung der Konzeption durch die zuständige FQA anhand der in § 41 genannten Merkmale sowie der Betreuungsqualität voraus. Durch die aktive Prüfung der zuständigen Behörde wird das Schutzbedürfnis der Bewohnerinnen und Bewohner hinreichend berücksichtigt, da sie nun ausweislich des Verordnungstextes hinsichtlich der personellen Mindestanforderungen vorrangig die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort und insbesondere die Konzeption, nicht mehr lediglich eine formale Quote prüft. Die bloße

Unterschreitung der Fachkraftquote führt zudem nicht mehr per se zu einem Mangel, vgl. § 45 Abs. 1. Im Übrigen gilt für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe, die die Voraussetzungen nach § 45 Abs. 3 Satz 1 nicht erfüllen, die Fachkraftquote gemäß § 45 Abs. 3 Satz 2 fort. Sofern die FQA nach Prüfung der Betreuungsqualität und der fachlichen Konzeption der Auffassung ist, dass die Konzeption dem Vorhandensein von ausreichend fachlich geeignetem Personal entgegensteht, kann in der Konsequenz die Fachkraftquote nach § 45 Abs. 3 Satz 2 geprüft und bei einer Unterschreitung gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen getroffen werden.

Abschnitt 4 Mitwirkung und Mitbestimmung

Zu § 46 Mitwirkung und Mitbestimmung

In besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe ist wie in vollstationären Pflegeeinrichtungen eine Bewohnervertretung zur Mitwirkung und Mitbestimmung einzurichten. § 46 verweist daher auf §§ 20 bis 40 und verdeutlicht in diesem Zusammenhang die bereits aktuell geltenden besonderen Bestimmungen für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe. Neben den in der Begründung zu §§ 20 bis 40 näher dargestellten Neuerungen ergeben sich im Übrigen inhaltlich keine Änderungen.

Kapitel 3 Trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3

Kapitel 3 regelt besondere ordnungsrechtliche Bestimmungen, die für trägergesteuerte ambulant betreuten Wohngemeinschaften Anwendung finden.

Zu § 47 Besondere bauliche und personelle Mindestanforderungen

Zu Abs. 1

§ 47 Abs. 1 regelt die besonderen baulichen Mindestanforderungen für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften. Diese werden im Vergleich zur bisherigen Rechtslage unter Berücksichtigung des Schutzes der Mieterinnen und Mieter auf ein verhältnismäßiges Maß im Sinn einer angemessenen pflegerischen Versorgung reduziert. Bisher galten für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften die Bestimmungen für vollstationäre Pflegeeinrichtungen entsprechend mit der Möglichkeit der konzeptionellen Abweichung. Neben den in §§ 6 bis 8 geregelten allgemeinen baulichen Mindestanforderungen sind über die Normverweisungen in § 47 Abs. 1 Satz 1 die Anforderungen an die „geeigneten Haltegriffe in sanitären Anlagen“ und den „Verbrühungsschutz an Badewannen-, Dusch- und Waschtischarmaturen“ zu erfüllen. § 47 Abs. 1 Satz 2 sieht zudem vor, dass ein Gemeinschaftsraum existieren muss und aufgrund der Zweckbestimmung einer Wohngemeinschaft eine Küche vorhanden sein muss. Der Gemeinschaftsraum dient der Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben und ist entsprechend der fachlichen Konzeption zu gestalten, § 47 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 14 Abs. 4 Satz 1. Die Größe des Raumes muss mindestens 20 qm², betragen, § 47 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 14 Abs. 4 Satz 5. Persönliche Wohnräume sollen eine angemessene barrierefreie Lebensführung ermöglichen und sind in der Regel als Einzelwohnräume auszugestalten. Aufgrund des Merkmals „in der Regel“ können beispielsweise auch Ehegatten gemeinsam in einem Wohnraum leben. Außerdem müssen trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften unter Gewährleistung einer angemessenen pflegerischen Versorgung über ausreichende sanitäre Möglichkeiten (Bad mit Dusche, WC und Waschbecken) verfügen. Die Würde der Mieterinnen und Mieter darf hierbei nicht beeinträchtigt werden. Der Umstand, dass es sich beim Aufsuchen sanitärer Räume um einen intimen Lebensbereich handelt, muss berücksichtigt werden. Bei einer trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaft für 12 Mieterinnen

und Mieter kann beispielsweise von ausreichend sanitären Möglichkeiten ausgegangen werden, wenn für jeweils drei Mieterinnen und Mieter je eine sanitäre Möglichkeit zur Verfügung steht. Die persönlichen Wohnräume von Mieterinnen und Mieter müssen mangels Normverweisung auf § 13 Satz 2 nicht über einen direkten Zugang oder einen Zugang über einen Vorraum zu einem Sanitärraum verfügen.

Um eine Umgehung der für den vollstationären Bereich geltenden Bestimmungen durch die Auflösung einer vollstationären Wohnform in Kleinsteinrichtungen zu verhindern, sieht § 47 Abs. 1 Satz 5 vor, dass nicht mehr als zwei ambulant betreute Wohngemeinschaften der gleichen Initiatoren in unmittelbarer räumlicher Nähe und organisatorischen Verbund gegründet werden dürfen. Im Übrigen werden trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften der außerklinischen Intensivpflege aufgrund des besonderen Versorgungssettings ausdrücklich in § 47 Abs. 1 Satz 6 geregelt. Im Vergleich zu trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige oder Menschen mit Demenz gilt für solche der außerklinischen Intensivpflege aufgrund der Schwerstpflegebedürftigkeit bzw. Beatmungspflichtigkeit der Mieterinnen und Mieter die Mindestanforderung eines geeigneten Rufsystems fort. Weitergehende besondere bauliche Mindestanforderung, die für vollstationäre Pflegeeinrichtungen Anwendung finden, gelten für trägergesteuerte ambulant betreute Wohngemeinschaften künftig nicht mehr. Die Gründung insbesondere ambulanter Wohnformen wird hierdurch unterstützt und zugleich ordnungsrechtlich ein Mindestmaß an Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität sichergestellt.

Zu Abs. 2

Die besonderen personellen Mindestanforderungen werden dahingehend reduziert, dass zur Unterstützung der gemeinschaftlichen Lebensführung sowie zur Betreuung der Mieterinnen und Mieter eine Pflege- oder Betreuungskraft in der Regel anwesend sein muss. Hintergrund ist, dass gemäß Art. 2 Abs. 4 Satz 1 PfleWoqG das gesellschaftliche Leben Teil der Zweckbestimmung einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft ist. Zudem wird stärker zwischen den Bereichen Pflege und Eingliederungshilfe differenziert, indem in trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften eine Pflege- oder Betreuungskraft „anwesend“ sein muss, während in Betreuten Wohngruppen eine sozialpädagogische Fachkraft „verantwortlich“ sein muss. Dadurch soll eine angemessene und qualitativ hochwertige Versorgung sichergestellt werden. Eine ständige Anwesenheit ist nicht gefordert, sodass beispielsweise gemeinsame Veranstaltung, Einkäufe tätigen oder haushaltstypische Angelegenheiten, wie Müll entsorgen, nicht entgegenstehen. Aufgrund der erhöhten intensivpflegerischen Anforderungen muss in ambulant betreuten Wohngemeinschaften der außerklinischen Intensivpflege eine Pflegefachkraft ständig anwesend sein.

Zu § 48 Gremium der Selbstbestimmung

Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes ist in trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften anstelle einer Bewohnervertretung ein Gremium der Selbstbestimmung zur Regelung der Angelegenheiten des täglichen Lebens einzurichten. Dadurch wird der ambulante Charakter der Wohnform betont. Hierzu wurde mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des PfleWoqG zum 01.08.2023 die Verordnungsermächtigung nach Art. 25 Abs. 2a PfleWoqG um die Möglichkeit, Bestimmungen zur ordnungsgemäßen Ausübung eines Gremiums zu erlassen, erweitert. § 48 Satz 1 reduziert im Vergleich zur bisherigen Rechtslage die Anforderung an die Mitwirkung der Mieterinnen und Mieter und konkretisiert dies nunmehr dahingehend, dass zum Zwecke der Regelung der Angelegenheiten des täglichen Lebens in trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften ein Gremium der Selbstbestimmung einzurichten ist. In dem Gremium sind alle Mieterinnen und Mieter und für den Fall, dass diese ihre Angelegenheiten nicht mehr selbstständig regeln können, die Vertretungs- und Betreuungspersonen vertreten und stimmberechtigt. § 48 Satz 3 bis 5 orientiert sich an den gemäß Art. 22 Satz 3 bis 5 PfleWoqG für selbstge-

steuerte ambulant betreuten Wohngemeinschaften geltenden Bestimmungen. Einzelheiten, wie beispielsweise zeitliche Abstände der Treffen, Einladung von Gästen und Umfang der Protokollierung von Ergebnissen, bestimmt das Gremium selbst. Überbordende Bürokratie wird nicht vorgeschrieben und der größtmögliche Handlungsspielraum eingeräumt. § 48 Satz 8 listet Angelegenheiten auf, bei deren Entscheidungen und Umsetzungen der Träger der ambulant betreuten Wohngemeinschaft das Gremium vor der Durchführung rechtzeitig einzubeziehen hat. Diese Regelung dient dem Ziel, dass der Träger Anregungen der Mieterschaft bei der Vorbereitung der Entscheidungen und bei Umsetzungen der Maßnahmen anzuhören und zu berücksichtigen sowie ggfs. eine Verständigung zu erörtern hat. Bei diesen Angelegenheiten besteht ein Mitwirkungsrecht, jedoch kein Mitbestimmungsrecht. § 48 Satz 8 orientiert sich an den bislang für die Bewohnervertretung in § 40 und § 42 Abs. 1 AVPfleWoqG a. F. geregelten Bestimmungen. Da für das Zusammenleben in einer Wohngemeinschaft die Auswahl neuer Mieterinnen und Mieter essentiell ist, sieht § 48 Satz 8 Nr. 5 nunmehr ausdrücklich die Aufnahme neuer Mieterinnen und Mieter als mitwirkungsfähige Angelegenheit vor. Im Übrigen finden über die Normverweisungen in § 48 Satz 9 Grundsätze zum gegenseitigen Vertrauen und Verständnis, zur Selbstständigkeit und Verantwortung des Trägers sowie zu Aufgaben und zur Unterstützung des Trägers entsprechend Anwendung. Konnte ein Gremium nicht gebildet werden, sind Ausnahmen im Benehmen mit der zuständigen Behörde zulässig, wenn die Selbstbestimmung der Mieterinnen und Mieter gewahrt ist. Einer Zustimmung der zuständigen Behörde bedarf es nicht.

Kapitel 4 Betreute Wohngruppen im Sinn des § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4

Kapitel 4 regelt besondere ordnungsrechtliche Bestimmungen, die grundsätzlich für Betreute Wohngruppen Anwendung finden.

Zu § 49 Besondere bauliche und personelle Mindestanforderungen

Zu Abs. 1

§ 49 Abs. 1 regelt die besonderen baulichen Mindestanforderungen für Betreute Wohngruppen für Menschen mit Behinderung. Diese werden im Vergleich zur bisherigen Rechtslage unter Berücksichtigung des Bewohnerschutzes auf ein verhältnismäßiges Maß im Sinn einer angemessenen betreuerischen Versorgung reduziert. Bisher galten für Betreute Wohngruppen, die dem zweiten Teil des PfleWoqG und somit der Ausführungsverordnung unterfallen, die Bestimmungen für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe entsprechend mit der Möglichkeit der konzeptionellen Abweichung. Neben den in §§ 6 bis 8 geregelten allgemeinen baulichen Mindestanforderungen ist über die Normverweisungen in § 49 Abs. 1 sicherzustellen, dass ein Gemeinschaftsraum existiert. Der Gemeinschaftsraum dient der Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben und ist nach der fachlichen Konzeption zu gestalten. Die Größe des Raumes muss mindestens 20 qm² umfassen. Persönliche Wohnräume sollen eine angemessene Lebensführung ermöglichen und sind in der Regel als Einzelwohnräume auszugestalten. Weitergehende besondere bauliche Mindestanforderung, die beispielsweise für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe Anwendung finden, gelten für Betreute Wohngruppen künftig nicht mehr. Die Gründung insbesondere inklusiver Wohnformen wird hierdurch unterstützt und zugleich ordnungsrechtlich ein Mindestmaß an Wohnqualität sichergestellt.

Zu Abs. 2

Die besonderen personellen Mindestanforderungen werden nunmehr dahingehend reduziert, dass zur Organisation und Koordination der Förderung der Selbstständigkeit, Selbstverantwortung, Selbstbestimmung und Unterstützung bei der Eingliederung und Teilhabe am Leben der Gesellschaft in Betreuten Wohngruppen eine pädagogische Fachkraft entsprechend der fachlichen Konzeption „verantwortlich“ sein muss. Gemäß

Art. 2 Abs. 5 Satz 1 PfleWoqG ist diese Aufgabe prägend für eine bedarfsgerechte Betreuung von Menschen mit Behinderung in einer Betreuten Wohngruppe. Zudem wird stärker zwischen den Bereichen Pflege und Eingliederungshilfe differenziert, indem in Betreuten Wohngruppen die „Verantwortlichkeit“ ausreichend ist, während in trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften eine Fachkraft „anwesend“ sein muss. Hintergrund ist, dass Menschen, die in Betreuten Wohngruppen wohnen, mit unterschiedlichen Arten und Schweren von Beeinträchtigungen leben, welche aus den Erfahrungen der Praxis nicht regelhaft eine dauernde Präsenz der pädagogischen Fachkraft erfordert. Um der Vielfalt Rechnung zu tragen, ist die Bestimmung einer „Verantwortlichkeit“ daher der „Anwesenheit“ vorzugswürdig. Im Übrigen macht das Erfordernis einer fachlichen Konzeption deutlich, dass die Anwesenheit von Fach- oder Hilfskräften am Tag und in der Nacht der konzeptionellen Ausrichtung der Betreuten Wohngruppe überlassen bleiben. Dabei sind stets das Wohl und die Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner zu berücksichtigen.

Zu Nr. 2

Es handelt sich um eine Folgeanpassung. Die Überschrift wird aktualisiert.

Zu Nr. 3

Zu Buchst. a und b

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Buchst. c

In § 50 Abs. 3 wird nunmehr ausdrücklich die Möglichkeit vorgesehen, von baulichen Mindestanforderungen in trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften und Betreuten Wohngruppen in Einzelfällen entsprechend der verfolgten fachlichen Konzeption und mit Zustimmung der zuständigen FQA abzuweichen. Im Übrigen wird die Bestimmung des § 50 Abs. 4 Satz 1 AVPfleWoqG a. F., wonach in stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderung bei der Anwendung der §§ 1 bis 9 AVPfleWoqG a. F. die besonderen Bedürfnisse, die sich aus der Art und der Schwere der Behinderung ergeben, zu berücksichtigen sind, aufgehoben. Dieser Grundsatz ist nunmehr in § 41 Satz 1 geregelt. Die Möglichkeit, für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe von baulichen Mindestanforderungen abzuweichen, bleibt hiervon unberührt.

Zu Buchst. d

Es handelt sich um eine Folgeanpassung.

Zu Nr. 4

Zu Buchst. a bis c

In § 51 Abs. 4 wird ausdrücklich die Möglichkeit vorgesehen, von personellen Mindestanforderungen in trägergesteuerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften und Betreuten Wohngruppen in Einzelfällen entsprechend der verfolgten fachlichen Konzeption und mit Zustimmung der zuständigen FQA abzuweichen. Im Übrigen wird die Bestimmung des § 51 Abs. 3 und 6 Satz 1 AVPfleWoqG a. F. aufgehoben. Die Möglichkeit, für besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe von personellen Mindestanforderungen abzuweichen, bleibt hiervon unberührt. Im Übrigen handelt es sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Buchst. d

Es handelt sich um eine Folgeanpassung.

Zu Nr. 5

§ 52 AVPfleWoqG a. F. wird aus systematischen Gründen in § 89 neu verortet.

Zu Nr. 6 und 7

Es handelt sich um eine Folgeanpassung und redaktionelle Anpassungen.

Zu Nr. 8

Zu Buchst. a bis c

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Buchst. d

§ 90 AVPfleWoqG a. F. wird aus systematischen Gründen in § 52 Abs. 3 neu verortet.

Zu Nr. 9

Zu Buchst. a und b

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Buchst. c

Bei der letzten Änderung der Verordnung zum 01.01.2021 wurde in § 54 Abs. 6 AVPfleWoqG a. F. eine Regelung zur Durchführung der Weiterbildungen in Form eines Fernlehrgangs ergänzt. Versäumt wurde dabei, die konkreten Verfahrensschritte festzulegen. Nunmehr wird klargestellt, dass Weiterbildungen nur mit Zulassung der zuständigen Behörde als Fernlehrgang durchgeführt werden dürfen. Voraussetzung für die Zulassung durch die zuständige Behörde nach § 53 Abs. 6 ist die Zulassung der Weiterbildung als Fernlehrgang durch die staatliche Zentralstelle für Fernunterricht nach § 12 des Fernunterrichtsschutzgesetzes. Dadurch wird sichergestellt, dass die Durchführung der Weiterbildungen als Fernlehrgang durch die zuständige Behörde nur genehmigt werden kann, wenn die bundesrechtlichen Vorgaben des Fernunterrichtsschutzgesetzes eingehalten worden sind.

Zu Nr. 10

Zu Buchst. a

§ 55 AVPfleWoqG a. F. sah bislang vor, dass nur erfolgreich absolvierte Module oder vergleichbare Qualifikationen auf die Weiterbildung auf Antrag angerechnet werden können, sofern die Inhalte gleichwertig sind. Seit 2014 ist gängige Verwaltungspraxis, nur solche Module anzurechnen, die mit einer Prüfung erfolgreich abgelegt wurden. Gleiches gilt für vergleichbare Qualifikationen im Sinn des Abs. 1. Etwaige Teilnahmebescheinigungen, Berufszeiten oder durch lebenslanges Lernen erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten werden nicht auf die Weiterbildungen durch die zuständige Behörde angerechnet. Diese Verwaltungspraxis dient zur Vereinheitlichung der Qualitätsstandards und der Qualitätskontrolle.

Nunmehr soll diese Verwaltungspraxis in § 54 Abs. 1 klarstellend festgeschrieben werden. § 54 Abs. 1 sieht künftig insoweit vor, dass nur Module oder vergleichbare Qualifikationen auf Weiterbildungen auf Antrag bei der zuständigen Behörde angerechnet werden können, wenn diese mit einer Prüfung erfolgreich absolviert wurden und die Inhalte vergleichbar sind. Berufserfahrung oder durch lebenslanges Lernen erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten sind keine vergleichbaren Qualifikationen und damit nicht anrechnungsfähig.

Zu Buchst. b

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Nr. 11

Zu Buchst. a

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Buchst. b

Staatliche Anerkennungen konnten bislang nur auf der Grundlage der Art. 48 und 49 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) aufgehoben worden. In der Praxis hat sich dieses Verfahren aufgrund der restriktiven Voraussetzungen der Art. 48 und 49 BayVwVfG jedoch nicht bewährt. Aus diesem Grund wird nun eine spezialgesetzliche Befugnis zur Rücknahme und zum Widerruf der staatlichen Anerkennung in § 55 mitaufgenommen. Künftig kann die staatliche Anerkennung zurückgenommen werden, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung im Zeitpunkt der Erteilung nicht gegeben waren und diesem Mangel trotz Aufforderung der zuständigen Behörde innerhalb einer gesetzten Frist nicht abgeholfen wird (Abs. 5). Die staatliche Anerkennung kann zudem durch die zuständige Behörde nach Abs. 6 widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung weggefallen sind und diesem Mangel trotz Aufforderung der zuständigen Behörde nicht innerhalb einer gesetzten Frist abgeholfen wird. Klarstellend regelt Abs. 7, dass im Falle der Rücknahme oder des Widerrufs die

Weiterbildungseinrichtung verpflichtet ist, den zum Zeitpunkt der Rücknahme oder des Widerrufs bereits an der Weiterbildung teilnehmende Person die Beendigung ihrer Weiterbildung zu ermöglichen.

Zu Nrn. 12 bis 15

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Nr. 16

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchst. aa

§ 59 Abs. 3 Satz 2 legt fest, dass jeder der in Nrn. 1 bis 3 genannten Leistungsnachweise im Rahmen der zu absolvierenden Fallbearbeitungen mindestens einmal erbracht werden soll.

Zu Doppelbuchst. bb

Künftig stellt Satz 3 klarstellend fest, dass der Stundenumfang der Fallbearbeitungen nicht in der Gesamtstundenzahl der Weiterbildungen inkludiert ist.

Zu Buchst. b

Künftig sieht § 59 Abs. 5 Satz 2 vor, dass für die Anerkennung eines Projektberichts über eine bereits außerhalb der Weiterbildung erfolgreich durchgeführte und einschlägige Projektarbeit als Leistungsnachweis ausschließlich die zuständige Behörde, nicht mehr die Weiterbildungseinrichtungen zuständig ist. Hierdurch soll ein Gleichklang der Zuständigkeiten im Vollzug erreicht werden, da die zuständige Behörde bereits die zuständige Behörde für die Anrechnung gleichwertiger Qualifikationen auf die Weiterbildungen nach § 54 ist.

Zu Nr. 17

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Nr. 18

Zu Buchst. a und b

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Buchst. c

Bislang war nicht eindeutig geregelt, dass die mündliche Abschlussprüfung durch die Mitglieder des Prüfungsausschusses nach § 61 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 und 2 abgenommen und bewertet wird. Denn es war lediglich vorgegeben, dass das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses zwar Zeit und Ort für die mündliche Abschlussprüfung festlegt und die Teilnehmer einlädt sowie der Prüfungsausschuss die Note der Abschlussprüfung festlegt. Nicht eindeutig war vorgegeben, dass der Prüfungsausschuss die mündliche Abschlussprüfung auch abnimmt und bewertet. Um den Anforderungen an den Gesetzesvorbehalt für das Prüfungswesen Rechnung zu tragen, wird nunmehr in § 61 Abs. 3 festgelegt, dass die Mitglieder des Prüfungsausschusses die mündliche Abschlussprüfung abnehmen und bewerten.

Zu Buchst. d

Es handelt sich um eine Folgeanpassung.

Zu Buchst. e und f

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen und Folgeanpassungen.

Zu Nr. 19

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

Zu Nr. 20

Zu Buchst. a

§ 63 Abs. 2 regelt wie bislang (§ 64 AVPfleWoqG a. F.) die Bildung der Gesamtnote und das Rundungsschema bei Bruchteilsergebnissen. Um ein einheitliches Verfahren

bei der Berechnung der Gesamtnote zu gewährleisten, wird nunmehr in Abs. 2 klarstellend festgelegt, dass die Berechnung der Gesamtnote als arithmetisches Mittel künftig auf zwei Stellen nach dem Komma ohne Rundung erfolgt.

Zu Buchst. b

Auch das bislang in § 64 Abs. 2 Satz 2 AVPfleWoqG a. F. hinterlegte Rundungsschema wird ergänzt. Künftig sind entstehende Bruchteilsergebnisse bis 1,15 auf 1,0, von 1,16 bis 1,50 auf 1,3, von 1,51 bis 1,85 auf 1,7, von 1,86 bis 2,15 auf 2,0, von 2,16 bis 2,50 auf 2,3, von 2,51 bis 2,85 auf 2,7, von 2,86 bis 3,15 auf 3,0, von 3,16 bis 3,50 auf 3,3, von 3,51 bis 3,85 auf 3,7, von 3,86 bis 4,0 auf 4,0 und von über 4,0 auf 5,0 zu runden. Damit wird sichergestellt, dass alle Weiterbildungseinrichtungen ein einheitliches Bewertungssystem verwenden.

Zu Nr. 21

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Nr. 22

Um die Digitalisierung zu fördern, sieht § 65 Abs. 1 Satz 1 künftig vor, dass Anträge auf Wiederholung von Prüfungen nicht mehr nur schriftlich, sondern in Textform und damit auch elektronisch gestellt werden können.

Zu Nr. 23

Zu Buchst. a

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

Zu Buchst. b

Zu Doppelbuchst. aa

Bislang ging aus der Regelung nicht eindeutig hervor, wer über den Ausgleich der Fehlzeiten entscheidet. In der Praxis hat regelmäßig die Leitung der Weiterbildung über den Ausgleich entschieden, da ihr die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit und ihre Bewertung oblag. Künftig wird in Abs. 2 klarstellend geregelt, dass die Leitung der Weiterbildung über den Ausgleich der Fehlzeiten nach Satz 1 entscheidet.

Zu Doppelbuchst. bb

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

Zu Nrn. 24 bis 47

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen und Folgeanpassungen.

Zu Nr. 48

Zu § 89 Ordnungswidrigkeiten

§ 89 enthält die vormals in § 52 AVPfleWoqG a. F. geregelten Bestimmungen zu Ordnungswidrigkeiten. Neben der Aktualisierung der Normverweisungen wird im Vergleich zur bisherigen Rechtslage in § 89 Nr. 1 die Ordnungswidrigkeit für die fehlende erforderliche Anzahl oder nicht erforderliche Größe eines Therapieraums sowie in § 89 Nr. 3 Buchst. d die Ordnungswidrigkeit für die nicht oder nicht rechtzeitige Mitteilung der Bildung einer Bewohnervertretung an die zuständige Behörde aufgehoben. Hintergrund der Anpassung ist, dass die erforderliche Anzahl und Größe eines Therapieraums mit Änderung des § 14 Abs. 2 Satz 1 und die Mitteilung der Bildung einer Bewohnervertretung mit Änderung des § 29 Abs. 1 nicht mehr Bestandteil der Ausführungsverordnung sind.

Neu wird in Nr. 4 ein Ordnungswidrigkeitstatbestand zur Verfolgung von Weiterbildungseinrichtungen in der Pflege, die ohne staatliche Anerkennung die Weiterbildungen nach den Vorschriften der AVPfleWoqG durchführen, aufgenommen. Grund hierfür ist, dass es bislang keine staatlichen Sanktionsmöglichkeiten für solche Weiterbildungseinrichtungen gab, diese aber zum Zwecke der Qualitätssicherung erforderlich wären. Künftig kann insofern mit Geldbuße bis zu zehntausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig, entgegen § 55 Abs. 2 Satz 1 Weiterbildungen nach § 52 Abs. 2 Nr. 1

bis 4a ohne staatliche Anerkennung durchführt. Zuständig für die Verfolgung dieser Ordnungswidrigkeiten ist die zuständige Behörde nach § 52 Abs. 3.

Zu § 90 Übergangsregelung

§ 90 orientiert sich an den vormals in § 91 AVPfleWoqG a. F. geregelten Übergangsbestimmungen und sieht mehrere redaktionelle Anpassungen und Folgeanpassungen vor. Der Bestandsschutz für bauliche Mindestanforderungen ist in § 6 geregelt, weshalb sich § 90 auf Übergangsregelungen zu personellen Mindestanforderungen und Weitebildungsvorschriften bezieht. Diesbezüglich ergeben sich mit der Ausnahme, dass die bisher in § 91 Abs. 5 und 6 AVPfleWoqG a. F. geregelten Übergangsbestimmungen betreffend Heimbeiräte und Weiterbildungseinrichtungen aufgehoben, weil diese nicht mehr aktuell bzw. anwendbar sind, keine Änderung der Rechtslage.

Zu Nr. 49

Zu Buchst. a und b

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Buchst. c

Die vormals in § 92 Abs. 2 AVPfleWoqG a. F. vorgesehenen Bestimmungen zur Ersetzung von Bundesrecht sind nicht mehr regelungsbedürftig und werden daher aufgehoben. § 91 regelt damit nur noch das Inkrafttreten.

Zu Nr. 50

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu § 2 Inkrafttreten

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten der Verordnung.